

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großsch und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pöggau und Taucha

Bezugspreis mit Kultur, Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M., ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. Postkassenkonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Str. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10gehalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Familienanzeigen von Privaten mit 50% Nachlaß. Stellenangebote 10gehalt. Kolonelle 25 Pfg. Reklamezeile 2 M. Inserate von auswärtig: die 10gehalt. Kolonelle 40 Pfg., bei Platzvorschrift 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Sozialismus als Wachstumsidee

Höhepunkte der Debatte zum Referat Tarnows über die Wirtschafts-anarchie

Wir wissen nur nicht, daß wir einig sind

„Verwilderungsillusionen“

Leipzig, 1. Juni.

„Der Sozialismus als Wachstumsidee.“ So schloß Genosse Professor Dr. Nötting seinen Zehnminutenbrenner in der Debatte über Tarnows Referat. Der Zehnminutenbrenner gliedert sich in drei Teile. Der erste Teil ist der Unterschied, daß die funkelnden Sterne dieser Rede nicht schnell verglimmen werden. Der zweite Teil lauschte mit gespannter Aufmerksamkeit den Darlegungen, die Genosse Nötting gab. Es waren keine Offenbarungen, die er niederlegte, wohl aber Selbstverständlichkeiten, die leider nicht mehr für jeden Selbstverständlichkeit sind. Darum bildete die Zehnminutenrede des Genossen Nötting einen zweifelslosen Höhepunkt in der Debatte, mit der die Sitzung des Parteitag am Montagnachmittag ausgefüllt worden ist.

Genosse Nötting stellte fest, daß die Bewegung der Nationalsozialisten nicht lediglich eine Angelegenheit der Gasse sei. Die faschistische Bewegung in Deutschland ist die Rebellion der kapitalistischen Zwischenschichten, in deren Köpfen die Idee des Sozialismus traumhaft, aber verzerrt reflektiert. Das „kleinbürgerliche Wülschloß“ fange an zu wackeln. Selbst Adolf Hitler, die Verkörperung des Antimarxismus, sei nichts anderes als ein „verwachsener Entelknirps von Karl Marx“. Eben weil wir aber die Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung — die Wahlen vom 14. September waren die Quittung dafür — nicht unterschätzen dürfen, darum sei das Gebot der Stunde mehr denn je, daß eine Fronterweiterung herbeigeführt werden muß. Die Arbeiterklasse sei heute, nicht mehr wie früher, die allein ausschlaggebende Dominante im Proletariat. Auch aus diesen Gründen muß füglich bezweifelt werden, ob alle die vergeblichen Dokumente früherer Zeit, die immer wieder erneut im elektrischen Licht der Gegenwart erglänzen müssen, heute noch zu Recht verwendet werden.

Genosse Nötting warnte vor den „Verwilderungsillusionen“, die von einigen Kreisen in der Partei gefördert werden. Sie müssen zum Ergebnis haben, daß uns die von Illusionen vollgefüllten Massen entgleiten werden. Und das sei das furchterlichste in dieser Zeit, daß der „aufgeregteste Radikalinsti von heute der Deserteur von morgen sei“. Wer wagt an der Feststellung dieses Sachbestandes irgendwie zu rütteln. Wie oft wurde festgestellt, daß der von unklaren Ideen erfüllte Sozialdemokrat, in dessen Parteibuch die Tinte noch kaum trocken war, zu den Kommunisten überging, um binnen weniger Monate bei dem gefüllten Fleischtopf der Nazis zu landen. Dies freilich hindert nicht, daß er über die SA hinweg binnen weiterer Monate in der Antifa gelandet ist. Der Parteitag unterstrich diese Feststellungen des „Professors“ mit stürmischem Beifall, der allerdings von den Gästen des Parteitages nicht reflexlos geteilt worden ist.

Damit entrollt sich die ganze Bedeutung dieses Problems unmittelbar vor den Vertretern der Gesamtpartei. Wer wollte bestreiten, daß zwischen dem Parteitag des Parteitages und den Gästen eine starke Divergenz besteht? Und um die Probe auf das Exempel zu machen — so schien es fast — hatte wohl ein Breslauer Genosse Ausführungen gemacht, die derartige „Verwilderungsillusionen“ nähren könnten. Das Echo, das sich dabei ergab, war vieldeutig genug, und für jeden, der in der Psyche seiner Mitgenossen lesen kann, war zu erkennen, welche Gefahren mit derartigen Methoden der Propaganda unabwendbar verbunden sind.

So mancher glaubt heute, die Konjunktur zu nützen und — wie Gen. Heimgartner erklärte — spürt ein Wundermittel in der Hand. Weihenberg ist nicht möglich im Zeichen guter Konjunktur. Aber jetzt werde der Versuch gemacht, alle Schäden und alle Gebrechen gemeinsam durch den Duft des weißen Käses zu beschwören. Würde es nicht viel besser sein, auch einmal zu loben, was gegenüber früher besser geworden ist? Hat sich nicht auch in Deutschland einiges verändert, seitdem das System der Monarchie zum Teufel ging? Haben wir nur in Rußland derartige Veränderungen festzustellen? Wer dieser Auffassung ist, lese das demnächst im Druck erscheinende Referat des Genossen Tarnow recht eingehend nach. In der sechsten Abendstunde wurde dem Referenten — dem Genosse Nötting den Dr. h. c., den Ehrendoktor, prophezeite — das Schlusswort erteilt. Dieses bildete einen zweiten Höhe-

punkt dieses Nachmittags. Tarnows Referat wurde von nahezu allen Rednern, ganz gleich welcher „Schattierung“ — Richtung darf, wie Nötting meinte, nicht mehr gesagt werden — sie angehörten, rückhaltlos als bedeutungsvoll anerkannt. Dies geschah durch den Mund der Genossen Ströbel und Graf. Ebenso erkannten Petrich und Jensen diese Feststellung an. Nur die Schlussfolgerungen bildeten den Kern des Streits. Aus diesem Grunde wurde eine von den Genossen Graf und Petrich unterzeichnete zweite Entschließung eingebracht. Genosse Tarnow setzte sich mit all den Argumenten auseinander, die von den verschiedensten Rednern gegen seine Darlegungen erhoben worden waren. Dabei ergab sich eine weitere Überraschung, die das Schicksal dem Leipziger Parteitag des Jahres 1931 vorbehalten hat, nämlich die Tatsache, daß wir im Grunde alle einig sind.

Dies wies Genosse Tarnow an der Hand all der Einwendungen nach, die gegen ihn erhoben worden waren. Man sagte ihm, daß aus dem Saulus ein Paulus geworden sei. Damit ergibt sich logischerweise, daß sich Tarnow zurückrevidieren muß. Damit ergibt sich aber weiterhin, daß zwischen ihm und der linken „Schattierung“, die von den Genossen Graf und Petrich vertreten wurde, tiefgehendere Gegensätze nicht vorhanden sein können. Warum dann diese trojanische Männerchlacht, obwohl im Kampfe nicht gefallen sind? Wie aber Tarnow mit absozialischer Spitzfindigkeit den Nachweis erbrachte, daß in Punkt eins und zwei Einstimmigkeit vorhanden sei, dies war ein ästhetischer Hochgenuss. Und wenn das erst und zweit nicht wär, das dritte wär nimmermehr. Am Ende stellte sich dann heraus, daß tiefgehendere Differenzen tatsächlich überhaupt nicht vorhanden sind, wieweil das in den Reden der einzelnen Genossen anklingen möchte.

Zuletzt allerdings blieb eine Differenz. Die Mitwirkung des Gefühls. Das Gefühl ist ein Faktor, der nicht zu wägen ist. Und in der gefühlsmäßigen Ausdeutung liegt — nach

Tarnow — in Wirklichkeit der einzige maßgebende Gegensatz, der zwischen den „Schattierungen“ und „Unterschattierungen“ vorhanden ist.

Dem Genossen Tarnow wurde anempfohlen, Rußland gegenüber einen weniger „pharisäischen Standpunkt“ einzunehmen. Ueber die Gesamtbeurteilung der sowjetrussischen Probleme kann man geteilter Meinung sein. Wer aber der Auffassung ist, daß an Rußland keine Kritik geübt werden soll, oder aber, daß sie gemäßigtere Formen tragen soll, der sollte diesem ethischen Grundsatz in erster Linie in den eigenen Reihen die entsprechende Geltung verschaffen. Wer die Kritik der Kritiker an Rußland kritisiert, sollte mit der Kritik an der eigenen Partei vorsichtiger sein. Diese Feststellung rief ein starkes Echo hervor. Wobei auch hier wieder — der Objektivität halber — bemerkt werden soll, daß das Echo der Beifallsstürme im Parteit nicht eben stark von den Brüllungen der Galerie wiederkehrte.

Tarnow schloß, daß die während der Debatte hervorgetretene Differenz — neben den reinen Gefühlsfaktoren — noch Gegensätze in der Beurteilung der politischen Methoden erkennen ließe. Die praktische Politik aber werde durch die jeweilige Gestaltung der politischen Machtverhältnisse bestimmt. Sie zu verändern ist die Aufgabe einer marxistischen Partei. Um sie zu verändern, brauchen wir die Massen der Arbeiterschaft. Wie aber sollen wir sie gewinnen, wenn wir selbst nicht ehrlich an das glauben, was in Reden, in Zeitungsartikeln, in Flugblättern verbreitet und verkündet wird? Wenn wir unsere Organisation geschlossen und einig machen werden, dann kommen wir besser voran als mit trügerischen Parolen, die sich als hohl erweisen müssen auch für die, die damit vorübergehend begeistert worden sind.

Damit klang die erste große Debatte aus. Die Feststellungen des Genossen Tarnow, daß eigentlich tiefgehendere Gegensätze nicht vorhanden seien, hatte Wunder gewirkt. Zur Abstimmung lagen zwei Resolutionen vor. Die Entschließung, die dem Parteitag vom Parteivorstand in Übereinstimmung mit dem Parteiausschuß vorgelegt worden war. Ihr gegenüber stand die oben genannte Resolution Petrich-Graf. Der Genosse Wels teilte mit vor Heiserkeit krächzender Stimme — die Generalstrankheit — dem Parteitag mit, daß ihm der Genosse Böchel-Chennitz im Namen noch anderer Unterszeichner versichert habe, er würde sich im Falle der Ablehnung der Entschließung der linken „Schattierung“ selbstverständlich für die Resolution Tarnow entscheiden. Aus diesem Grunde stellte der Vorsitzende — entgegen dem allgemeinen Brauch — die Resolution Graf-Petrich als erste zur Entscheidung. Sie wurde mit allen gegen etwa 50 Stimmen abgelehnt. Danach entschied sich der Parteitag einmütig — nur zwei Zweifler waren noch übrig geblieben — für die Resolution der Zentralinstanzen. Damit betätigte sich, daß grundlegende Differenzen nicht vorhanden sind. Die erste große Entscheidung auf dem Parteitag brachte demzufolge das Bild fester Geschlossenheit.

Hoffen wir, daß die kommenden Abstimmungen in ähnlicher Weise ausklingen mögen.

Am Dienstagmorgen kommt Genosse Dr. Breitscheid mit seinem Referat über den Faschismus zum Wort.

Kampf gegen den Faschismus

Der Tag der großen Referate

Leipzig, 2. Juni.

Unmittelbar nach Beginn der heutigen Sitzung erhielt der Genosse Breitscheid zu seinem Referat über „Die Ueberwindung des Faschismus“ das Wort. Sein Vortrag dehnte sich auf annähernd 2 Stunden aus. Danach trat der Parteitag in eine Pause von 10 Minuten ein.

Alsdann begann Genosse Sollmann mit seinem Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Seine Rede führte die Verhandlungen des Parteitages auf den Höhepunkt. Im Anschluß daran sollen: all die Fragen der taktischen Praxis, wie Panzerkreuzer, das Verhalten der Reim, die Notverordnungen und anderes besprochen werden. Die Ausführungen Sollmanns wurden teilweise durch starke Beifallsstürme unterbrochen. Auch der Genosse Breitscheid erntete stärksten Beifall, als er die Aufgaben der Partei gegenüber der Jugend in den Vordergrund hob.

Das Referat Sollmann wird gegen 14 Uhr zu Ende gehen. In der Nachmittagsitzung beginnt die Debatte, der einige Resolutionen zugrunde liegen.

Professor Nötting



„Stalingrad“

Von Otto Männchen-Hessen.

Telegramm aus Moskau, 16. Mai 1931:

Die durch den Fünfjahresplan entstandenen Werke in Tscheljabinsk, die größten Traktorenwerke der Sowjetunion, haben am Freitag ihren Betrieb stillgelegt. Die Stilllegung erfolgte aus Mangel an Rohmaterial, Maschinen und qualifizierten Arbeitern.

Die russischen Traktorenfabriken haben eine doppelte Aufgabe zu erfüllen. Sie müssen den neuen Kollektivwirtschaften die maschinelle Basis geben, ohne die eine höhere Form der Wirtschaft nicht möglich ist. Kollektiven ohne Maschinen können wohl durch ökonomischen Zwang, durch die Steuerpeitsche, Prämien, Vorzugskreditierung, und durch nackte Gewalt zusammengehalten werden — ohne Maschinen müßten sie früher oder später doch wieder zerfallen. Mit Trost zu sprechen: Tausend zusammengebundene Röhre sind noch kein Dampfer. Der erste Sturm würde sie vernichten. Damit ist die erste, die direkte Aufgabe der Traktorenfabriken bestimmt.

Die zweite ist nicht weniger wichtig. Seit dem Beginn dieses Monats widmet die russische Presse besonders der Stalingrader Traktorenfabrik sehr viel Aufmerksamkeit. Mit Recht.

Diese Fabrik ist unsere erste Fabrik für Massenproduktion mit komplizierten Maschinen, die erste Fabrik von amerikanischem Typus und Maßstab. Ihr werden Duzende und dann Hunderte Betriebe gleicher Art folgen. Vor uns steht jetzt in ganzer Größe die Aufgabe, uns die Organisation und Technik der Massenproduktion anzueignen. Die Stalingrader Fabrik ist unsere erste große Lehrerin, an ihr haben nicht allein die neuen riesigen Autotraktorenfabriken zu lernen, sondern auch die vielen hundert anderen Betriebe der gleichen Art in anderen Industrien.

Die Stalingrader Traktorenfabrik ist zum Prüfstein für die neue Technik, die neuen Produktionsmethoden, für die neue Sowjetindustrie geworden.

In dem guten, kürzlich erschienenen Buch S. N. Antikofers „Der rote Handel droht“ wird die Stalingrader Fabrik in einem eigenen Kapitel beschrieben. Der Direktor der Fabrik entwickelte dem Amerikaner den Produktionsplan: je 5000 Traktoren im Oktober, November und Dezember 1930, je 8000 im Januar, Februar und März 1931, je 10 000 im April, Mai und Juni, und im Juli, August und September die volle Leistungsfähigkeit, je 12 500 Traktoren im Monat. Offiziell hielt diesen Plan zwar für unerfüllbar, aber er sprach doch die Hoffnung aus, die Produktion bereits im November 1930 auf 1000 bringen zu können, um sie dann sehr rasch weiter zu steigern.

Weber der erste noch der schon beträchtlich herabgesetzte zweite Plan wurde erfüllt. Es kam zur Aufstellung eines dritten, nochmals reduzierten Planes. Statt der ursprünglich geforderten 10 000 Traktoren sollten im April wenigstens 2255 erzeugt werden. Erzeugt wurden ganze 806.

Was die russische Presse, im besonderen die Prawda seit dem 8. Mai, da sie die „Stalingrader Schande“ Tag für Tag brandmarkt, an Material bringt, erlaubt, an einem typischen Fall — die Bolschewiki haben ihn selbst als typisch erklärt — einige der Hauptschwierigkeiten des Fünfjahresplans zu erlassen.

Stalin gab kürzlich die Parole aus: „Wir müssen die Technik erlernen“, ein Gegenstück zu der Parole Lenins zu Anfang der Rev: „Wir müssen Kaufleute werden.“ Das jüngste Dekret über die Konsumgenossenschaften hat gezeigt, daß die Bolschewiki nicht gerade Musterkaufleute geworden sind, doch das Erlernen des Handels war ein Kinderpiel gegen die neue Aufgabe, das Erlernen der Technik.

Das laufende Band steht viel öfter als das es läuft, in 24 Stunden etwa 8 Stunden. Bald stößt die Zufuhr von Details, bald wird Ausschuh angeliefert, bald bringt irgend etwas anderes das Band zum Stehen, stets neue, gar nicht erwartete Ursachen, die sich immer erst dann zeigen, wenn es schon zu spät ist, etwas dagegen zu tun. Dabei steht der Betrieb fast ohne Vorräte da, ohne Reserve Drehbänke, Werkzeuge, präger usw. In den technischen Konferenzen jeden Tag das gleiche Rätselraten: Was wird uns der nächste Tag bescheren? — und in der Tat bringt jeder Tag neue, unerwartete Lebererkrankungen.“ — (Prawda vom 8. Mai.)

Die einzelnen Abteilungen müssen, um das laufende Band wirklich laufen zu lassen, auf das genaueste aufeinander abgestimmt sein. Aber es fehlt selbst der Anseh zu einer Planmäßigkeit innerhalb des Betriebes (von der stockenden und unregelmäßigen Rohstoffversorgung von außen soll hier ganz abgesehen werden). „In der Fabrik kann niemand sagen, wieviel Traktoren am nächsten Tag werden erzeugt werden.“ Selbst wenn alle Maschinen von selbst liefen, würde die tägliche Betriebstechnik, sie allein schon, den Produktionseffekt außerordentlich senken müssen. Ohne betriebstechnisches Wissen, ohne betriebstechnische Erfahrung der Produktionsleiter wäre auch die beste Schulung der Ingenieure, die höchste Qualifikation der Arbeiter nicht imstande, die Planerfüllung zu sichern. Die paar amerikanischen Spezialisten der Fabrik sind nicht imstande, das gutzumachen, was die „Spezialisten“ verderben.

Von den 1030 Ingenieuren und Technikern der Fabrik gehören 263 der kommunistischen Partei und 88 dem kommunistischen Jugendverband an. Die absolute Ergebenheit der Hauptmasse der Ingenieure und Techniker unterliegt keinem Zweifel.

So schreibt die Prawda selbst, man wird also die Ursachen des Mißerfolges nicht in der Schädigungsarbeit der Intelligenz zu suchen haben. Allerdings fährt die Zeitung fort:

„Doch fehlt leider fast allen genügende technische Erfahrung, genügende Vertrautheit mit der amerikanischen Technik, das Verständnis für den komplizierten Produktionsprozeß im ganzen.“

Schon jetzt zeigt sich, welche ungeheures Hindernis der Mangel an wirklich geschulten Technikern und Ingenieuren ist. Das Problem der Kadern, um dieses jetzt immer öfter gehörte russische Schlagwort zu gebrauchen, ist fast unlösbar. Was Rußland an Technikern und Ingenieuren besitzt, reicht auch nicht annähernd aus für die wachsende Industrie. Im Jahre 1931 benötigt die Industrie neue 100 000 höchst qualifizierte Kräfte. Sämtliche Hochschulen geben nicht mehr als 30 000! Der Bedarf an mittlerem technischem Personal beträgt 300 000 — alle technischen Schulen geben bestenfalls 100 000. Dabei ist die Ausbildung schon auf das allernotdürftigste beschränkt worden. Wenn schon die früher geschulten, älteren Techniker und Ingenieure, die in Stalingrad arbeiten, nur derart Klägliches leisten, wie wird erst die Arbeit der neuen Absolventen der „Schnellfaberzürle“ aussehen?

Für die neuen 518 Großbetriebe, die in diesem Jahre in Betrieb genommen werden sollen, werden 900 000 qualifizierte Arbeiter benötigt. Die Schulen können diesen Bedarf nur zu 14 Prozent decken. Die moderne Großindustrie ohne qualifizierte Arbeiter!

Von den Arbeitern der Stalingrader Fabrik sind 60 Prozent zwischen 17 und 24 Jahre alt. 5224 Arbeiter arbeiten noch nicht einmal ein halbes Jahr im Betrieb, das sind 45 Prozent der Belegschaft. Vier Fünftel sind erst im letzten Jahr überhaupt in die Fabrik gekommen. Es wäre ein Wunder, wenn diese jungen Arbeiter den an sie gestellten Anforderungen entsprechen könnten. Die Arbeiter sind jung nicht bloß an Jahren. Auch die älteren unter ihnen sind junge Proletarier, Menschen, die aus dem Dorf kommen, fremd dem Leben in der Fabrik, ungewohnt, genaue Arbeit zu leisten. Selbst wenn sie alle den besten Willen hätten, könnten sie nicht leisten, was von ihnen verlangt wird. Aber weil sie es nicht leisten und der Plan erfüllt werden muß, „in jedem Preis“, werden an sie immer höhere Anforderungen gestellt.

Nach dem Besuch Orskonidzes in Stalingrad erschien ein Erlass des Obersten Volkswirtschaftsrates, der die Disziplin verpflichtet, „sofort alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Arbeitsdisziplin zu heben, den Arbeitstag zu verbüßten und den normalen Gang der Produktion zu sichern“. Die Arbeitsdisziplin heben — das heißt, noch mehr aus den dazu unfähigen Arbeitern herauszuholen, den Arbeitstag verdichten — das heißt die Untreue noch steigern. Es genügt zu sagen, daß in diesem Erlass angeordnet wird, daß augenblicklich an Stelle der 5-Tagewoche die 6-Tagewoche einzuführen ist. Ein Federstich und die Arbeitszeit wird ganz empfindlich verlängert!

Was von den Arbeitern verlangt wird, übersteigt ihre Kraft. Der Plan wird nicht erfüllt. Allerdings, wer meinen würde, die Arbeiter würden gegen die unerträgliche Belastung durch den Betriebsrat oder die Gewerkschaft Einspruch erheben, und wer aus dem Umstand, daß das nicht geschieht, schließen wollte, daß die Arbeiter alles gut finden, der würde damit nur zeigen, daß er ein Opfer der Phrasen von der Arbeiterdemokratie geworden ist. Es gehört zu der Eigenart dieses „Arbeiterstaates“, daß die Arbeiter den Kampf gegen die Herren der Fabriken nur indirekt, heimlich, nur maskiert führen können. Die Prawda schreibt:

Nicht selten wird einem gesagt, daß alle Arbeiter im Stalingrader Betrieb den Stößbrigaden angehören. In Wirklichkeit schwänzen nicht wenige Stößbrigader die Arbeit, ruinieren die Drehbänke usw. Eine eben vorgenommene Prüfung hat gezeigt, daß es Hunderte von Pseudo-Stößbrigadlern gibt.

Was veranlaßt denn diese Hunderte von Arbeitern, sich in die Stößbrigaden einzureihen? Taten sie das aus Begeisterung für den Fünfjahresplan? Wie verträgt sich die Begeisterung mit dem „Schwänzen“? Das Rätsel löst sich ganz einfach: Stößbrigader bekommen etwas mehr zu essen, mehr Kleider, Schuhe, Fembden als die „einfachen“ Arbeiter. Unfähig, direkt Forderungen zu erheben und durchzusetzen, sind Hunderte von Arbeitern gezwungen, zu „betriegen“. Der „Betrug“ ist ein Mittel, den Lohn zu erhöhen, den Lohn für eine maßlos anstrengende, ungewohnte Arbeit, ein Stück Kampf gegen die Ausbeutung durch den Staatskapitalismus, ein Stück Klassenkampf. Was ist das „Schwänzen“ anderes als ein barbarisches Mittel, sich die notwendige Freizeit zur Wiederherstellung der Muskelkraft zu schaffen?

Wenn das Pseudo-Stößbrigadertum den Anteil des Arbeiters an seinem Produkt durch „Betrug“ vergrößert, so verlangsamt das zwar die Akkumulation, aber es schädigt nicht den Produktionsapparat wie eine zweite Form indirekten Klassenkampfes, die in der letzten Zeit immer häufiger wird. „Die Stößbrigader ruinieren die Drehbänke.“ Sie tun es mit Absicht! Am 23. Februar d. J. schrieb „Sa Industriallastju“ folgendes:

„In der Koltower Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik kommen Fälle vor, daß Arbeiter bewußt und mit Absicht Maschinen zerstören.“

Aus der Stalingrader Traktorenfabrik berichtet die Prawda am 12. Mai:

Den Arbeitern fehlt die elementarste Arbeitsdisziplin. Es ist soweit gekommen, daß einige Arbeiter in der ersten Abteilung der mechanischen Werkstätte die Schraubenschlüssel verstreuten. Sie bringen die Produktion künstlich zum Stillstand, indem sie sich auf den Mangel an Werkzeugen ausreden. Am 6. Mai wurden z. B. dort 16 Schlüssel ausgegeben. Am 8. Mai waren nur noch 5 vorhanden und am 9. Mai gar keiner mehr.“

Und in Sperrschrift fügt sie hinzu: „Der Arbeiter kann sein Werkzeug nach Wunsch verstecken oder mit nach Hause nehmen.“ Also nicht bloß einige, sondern sämtliche Arbeiter sind Sabotageverbrecher!

Ohne Streikrecht, ohne wirkliche Gewerkschaft, politisch an Händen und Füßen gefesselt, führen die Arbeiter einen barbarischen Kleinrieg gegen ihre Herren.

Stalingrad heißt auf Deutsch „die Stalingstadt“. Stalin bedeutet etwa „der Stählerne“. Doch selbst der härteste Wille kann nicht die Zauberschwelle Entwicklung einer modernen Industrie, ganz zu schweigen von einer sozialistischen Industrie, dort erzwingen, wo dazu die ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen fehlen.

Mussolini und der Papst

Kampf um die Diktatur über die Masse

SPD Rom, 1. Juni.

Alle Jugendvereinigungen, die nicht der faschistischen Partei unterstehen, wurden von der Regierung aufgelöst, wie heute abend offiziell mitgeteilt wird. Das ist der große Schlag gegen die katholischen Jugendverbände, der in diesen Tagen vorbereitet wurde. Mit 18 Uhr nicht alle Verbände der „Aktion dem Schutze des Konfessats“ stehenden katholischen Aktion aufgelöst. Das muß man in dieser Lage genau unterscheiden.

Der Papst wandte sich in einer großen Rede mit den denkbar schärfsten Ausdrücken des Protestes gegen alle faschistischen Gewalttaten. Sie seien die ersten Früchte der faschistischen Jugend-erziehung, die sich als Gegensatz zu jeder christlichen und zivilisierten Erziehung erwiesen habe. Denn systematisch werde die faschistische Jugend zum Haß, zur Beschimpfung und zur Gewalttat

erzogen. Der Papst sagte u. a.: „Man kann von uns verlangen, daß wir sterben, nicht aber, daß wir schweigen“, nämlich von all den faschistischen Gewalttaten. Er erhob laut seine Stimme, um vor der ganzen Welt zu protestieren durch die diplomatischen Schritte, die bereits im Gange seien. Tatsächlich haben das Zentralkomitee der faschistischen Gewerkschaften und der „Observatore Romano“ heute abend ihre Politik wegen dieser diplomatischen Schritte eingestellt. Die Sache soll jetzt auf diplomatischem Wege erledigt werden, soweit dies möglich ist.

Das Kardinalkollegium war heute vormittag zu einer Sonder-sitzung beim Papst wegen der Schwere der Situation einberufen. Die Kardinele erklärten sich alle mit dem Papst in seinem Vorgehen völlig solidarisch. So werden damit wie mit anderen Erklärungen die Mittelungen der faschistischen Presse widerlegt, wonach es angeblich schwere Unstimmigkeiten im Vatikan wegen dieser Streitfrage gebe.

Der Vatikan soll angezündet werden

SPD Lugano, 1. Juni.

Im vatikanischen Staatssekretariat sind eine Reihe von anonymen Briefen mit wilden Beschimpfungen eingetroffen, die drohen, daß der ganze Vatikan in Brand gesteckt werde. Das Staatssekretariat hat daraufhin, nach den Erfahrungen der letzten Tage, nach all den neuerlichen Verwüstungen und Gewalttaten durch faschisten, polizeilichen Schutz angefordert. Die Briefen, die zum Vatikan führen, wurden von starken Polizeiaufgeboten besetzt.

Waffenstillstand

TI Rom, 1. Juni.

In dem Streit zwischen der Kurie und dem Faschismus wegen der katholischen Aktion ist ein vorläufiger Waffenstillstand eingetreten, um eine Störung der einseitigen diplomatischen Verhandlungen zu vermeiden. Der „Observatore Romano“ und der „Canoro Fascista“ geben mit gewissen Vorbehalten Erklärungen ab, denen zufolge die Polemik eingestellt wird, um die Arbeit der verantwortlichen Stellen nicht zu stören. Sollte die Polemik jedoch zur Klärung der Ideen erforderlich sein, um die gegenseitige Stellung genauer festzulegen, so soll sie wieder aufgenommen werden.

Spiegelarbeit?

SPD Rom, 1. Juni.

In Bologna erwiesen sich die aufgefundenen Bomben, die an mehreren Stellen der Stadt in der Nacht explodierten und einen Polizisten töteten, als Versuche zu antifaschistischen Bombenattentaten. So berichtet heute abend die faschistische Presse selber, ohne die Attentäter und andere Einzelheiten angeben zu können.

Die Wahlen in Rumänien

WB Bukarest, 1. Juni.

Die Kammerwahlen sind im ganzen Land in voller Ruhe und ohne nennenswerten Zwischenfall vor sich gegangen. Die Wahlbeteiligung war sehr groß. Der allgemeine Eindruck ist, daß die Regierung eine bedeutende Mehrheit erhalten hat. Der interimistische Innenminister Argetolanu hat dem König über die Lage Bericht erstattet. Die endgültigen Ergebnisse werden erst am Montagabend bekannt werden, da das Wahlsystem eine Zusammenzählung der im ganzen Lande für jede Partei abgegebenen Stimmen erfordert.

Der Song von der Kraft im Massenschritt

Von Walther Victor

So lang das Weltgebäude steht,
Ein Mund zum andern spricht's:
Wem je der Sinn nach Taten steht —
Der einzelne ist nichts!

Gehst du allein, verirrst du dich.
Gemeinschaft ist das Ziel!
Und niemals je verlierst du dich
Vereint im Kampfgewühl.

Das ist der Song vom Massenschritt,
Von Lust und Leidenschaft;
Der zweite reißt den dritten mit —
Kraft! Kraft! Kraft!

Was ist es, das so lichterloh
Aus allen Augen sprüht?
Was macht das Volk so stark und froh,
Das durch die Straßen zieht?

Wie letzten Kampfs Fanfaren dringt's
Bald durch die ganze Stadt.
Da singt's und ruft's, da tönt's und kling't's —
Jubel kein Ende hat.

Das rote Wehen hört nicht auf!
So herrlich klang noch nie
In einem einz'gen Siegeslauf
Die neue Melodie:

Der kühne Song vom Massenschritt,
Von Lust und Leidenschaft;
Und alle, alle reißt er mit —
Kraft! Kraft! Kraft!

(31. 5. 31.)

Die Parteitagsverhandlungen

werden durch Lautsprecher in den Volkshausgarten übertragen!

Nachprüfung der Zahlungsfähigkeit?

Vor der Englandreise der deutschen Minister

11 London, 2. Juni.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“, des offiziellen Organs der Arbeiterpartei, legt eingehend die voraussichtliche englische Antwort dar, die die deutschen Minister in Chequers auf ihre Fragen über die Reparationen erhalten würden. Macdonald und Henderson würden ihren Gästen die Versicherung abgeben, daß sie den Ernst der wirtschaftlichen Lage Deutschlands voll anerkennt, und daß in England volles Verständnis für die Schwierigkeiten des deutschen Volkes und der deutschen Regierung vorhanden sei. Sie würden aber ganz klar darauf hinweisen, daß die Revision des Youngplanes nicht eine Angelegenheit Englands und Deutschlands allein sei.

Macdonald und Henderson würden deshalb die deutschen Minister darauf hinweisen, daß sie sich an die andern Mächte, einschließlich Amerika wenden müßten, wenn sie eine Revision des Youngplanes wünschten.

Die ganze Angelegenheit werde baldigst nachgeprüft werden, wenn die Lage in Deutschland wirklich so ernst sei, wie die Deutschen behaupteten. Es sei anzunehmen, daß die Deutschen diesen Rat befolgen. Eine Folge der Besprechungen in Chequers und London würde also sein, daß baldmöglichst die Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit wieder einmal von Sachverständigen, und zwar entweder durch einen Sachverständigenausschuß oder durch die IZJ nachgeprüft werde.

Der „Daily Herald“ gibt den Deutschen in sehr höflicher Form den Rat, sich unter kurzer Darlegung der finanziellen Schwierigkeiten in Deutschland, der Verteilung der Reparationen und der vergeblichen Versuche zur Balancierung des Haushalts auf eine Warnung zu beschränken, die einfach besage, daß die Zeit herankomme, in der Deutschland von seinem Recht der Einstellung der Lieferungen gemäß Youngplan Gebrauch machen müsse, falls nicht irgendetwas geschehe. Hierbei erwähnt der „Daily Herald“ auch, daß die französischen Drohungen gegen das Zustandekommen der österreichisch-deutschen Zollvereinbarung den deutschen Standpunkt rechtfertigten.

Die nationale Orgie in Breslau

Auf dem Stahlhelmtag in Breslau ist am Sonntag die größte nationale Orgie gegen den neuen „Erbfeind“ in verstärkter Weise fortgesetzt worden. Die ganze Kundgebung war eine offene Kampfsache gegen Polen. Die Wiedereroberung des abgetrennten Gebietes in Oberschlesien war der Hauptinhalt der Stahlhelmtage. Der erste Bundesführer Selbte erklärte, der Kampf um das Leben und Sterben des deutschen Volkes werde im Osten entschieden. Die Ostmark werde dem Sieger nicht preisgegeben. Die Grenzziehung von Versailles erkenne der Stahlhelm nie an. Die Stahlhelmer würden nie ruhen und rasten, bis alles deutsche Land, das das Blut und den Schweiß zahlreicher deutscher Generationen getrunken habe, wieder ans Reich zurückgeführt sei.

Der wahre Charakter des Stahlhelms wird übrigens auch durch die Tatsache gekennzeichnet, daß 10 000 Stahlhelmer im Paradezug an dem Kronprinzen vorübermarschierten und 6000 Stahlhelmer am dem Erzherzog August von Sachsen. Die Stahlhelmtkundgebung war, wie wir schon feststellten, eine Parade der Kriegsehre und der monarchistischen Gegenrevolution.

Kommunisten fordern Reichstags-einberufung

11 Berlin, 1. Juni.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat an den Reichstagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert wird, um den Parteien die Möglichkeit zu geben, sich zu den Absichten der Reichsregierung zu äußern. Die Reichsregierung soll sich, so heißt es, in dem Schreiben, wegen ihrer reaktionären Anschläge auf das werktätige Volk sofort vor dem Reichstag verantworten.

Die kommunistischen Mitglieder des Vorkommensrates haben die sofortige Einberufung des Vorkommensrates verlangt, für den Fall, daß der Reichstagspräsident die Einberufung des Reichstags von sich aus ablehnt.

Internationaler Kongress für Wohnungswesen

SPD Berlin, 2. Juni.

Ein Empfang des in Berlin eröffneten Internationalen Kongresses für Wohnungswesen und Städtebau durch die Reichsregierung, die preussische Regierung und die Stadt Berlin fand am Montagmittag in Krollsaal statt. Der preussische Wohlfahrtsminister Hirtzler betonte dabei, daß alle Rationalisierung der Bautechnik nur die Verbilligung der Miete und die Schaffung neuer Wohnungen, die dem Einkommen der breiten Massen angemessen seien, zum Ziel haben könne. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald erklärte in seiner Ansprache, es werde wohl, im Gegensatz zu früher, heute viel öffentliches Kapital zum Wohnungsbau für die ärmere Bevölkerung verwendet, immer noch sei aber die Zahl der Wohnungsuchenden sehr groß und immer größer. Er verlangte eine baldige gesetzliche Verabschiedung des Wohnheimrätengesetzes.

Der arme Herzog

Der ehemalige Herzog von Braunschweig ist verpflichtet, als Patron des Landesmuseums und der Landesbibliothek die Hälfte der Verwaltungskosten für beide Institute aufzubringen. Um die Kosten herabzumindern, hatte der Herzog versucht, das berühmte Bild von Vermeer „Das Mädchen mit dem Weinglas“ für zwei Millionen Mark zu verkaufen. Der Landtag hat den Verkauf aber abgelehnt. Nun erklärt der Herzog, die Verwaltungskosten nicht mehr zahlen zu können. Vorjorglich wurde allen Museumsdirektoren und Angestellten zum 1. Juli gekündigt. Die beiden Institute sollen nach dem Willen des Herzogs geschlossen werden. Dabei muß man berücksichtigen, daß der Herzog bei der Auseinandersetzung mit dem Staat im Jahre 1925 von der bürgerlichen Regierung Vermögenswerte von etwa 20 Millionen Mark, allein 58 000 Morgen besten braunschweigischen Bodens erhalten hat.

Finanzsanierung und Notverordnung

Die letzten Arbeiten des Kabinetts

11 Berlin, 1. Juni.

Wie wir erfahren, hat das Reichskabinet in seiner heutigen Sitzung, die von mittags bis über Mitternacht dauerte, die Aussprache über die geplanten Finanzsanierungsmassnahmen zum Abschluß gebracht. Die Redaktion der Notverordnung wird morgen erfolgen. Ihre endgültige Verabschiedung durch das Kabinet ist für Mittwoch vorgesehen.

Widerspruch der Volkspartei

Revisionsverhandlungen über Reparationslasten gefordert

11 Berlin, 1. Juni.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist am Montagmittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dingeldey zu einer stark besuchten Fraktionsversammlung zusammengetreten. Ueber die Sitzung, die bis in die späten Abendstunden dauerte und an der zeitweise auch Reichsaussenminister Dr. Curtius teilnahm, gibt die Fraktion folgenden Bericht aus:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat sich mit

der gesamten politischen Lage befaßt. Sie wird nach der Veröffentlichung der von der Reichsregierung geplanten Notverordnung und nach der Rückkehr des Reichsfinanzministers und des Reichsaussenministers aus England erneut zur Beschlusfassung über die inner- und außenpolitische Lage zusammenzutreten. Schon jetzt aber wurde auf Grund der Besprechungen über die geplante Notverordnung entschieden, die Widerspruch gegen eine Reihe wesentlicher Punkte angemeldet.

Die Fraktion befaßte dabei erneut ihre Saarbrückener Beauftragten, wonach weitere Opfer freitender deutscher Volksteile nur tragbar seien, wenn die gleiche Regierung, die sie verlangt, gleichzeitig aus eigenem Entschluß die Revisionsverhandlungen in der Tributfrage in Gang bringt.“

In der Aussprache wurden, wie die Telegraphen-Litton erfährt, Bedenken in der Hauptsache gegen die Krisensteuer und die Kürzung der Beamtengehälter geltend gemacht, da man hierin einen grundsätzlichen Bruch in der politischen Linie der Regierung des Kabinetts erblickte. Auch die in Aussicht genommene Ermächtigung an das Reichskabinet, allgemein Arbeitszeitverlängerungen im Verordnungswege vorzunehmen, hat lebhaften Widerspruch ausgelöst, da sie zu einer Verteuerung und Erschwerung der Produktion führen müßten. Des weiteren wurden die Gegenverschlüsse der DVJ zum Sanierungsprogramm erörtert.

Der Parteiführer, Abg. Dingeldey, wird den Reichsfinanzminister im Laufe des Dienstags über die Auffassung der volksparteilichen Reichstagsfraktion und ihre Bedenken unterrichten.

Mit Dolch und Revolver

SPD Jauer, 1. Juni.

Anlässlich der Stahlhelmtage kam es durch das provokatorische Verhalten der Stahlhelmlaute auch in Jauer zu schweren Zusammenstößen zwischen Stahlhelmlauten und politisch Andersgesinnten. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Der 20jährige Arbeiter Drieschner aus Jemmelswitz, Vater von drei Kindern, wurde, als er die Heil-Rufe der Stahlhelmlaute mit einem „Heil Moskau“ erwiderte, von einem ganzen Haufen Stahlhelmlaute überfallen, niedergeschlagen und durch Stiche lebensgefährlich verletzt. U. a. wurde die rechte Lunge durchstochen. Der Niedergestochene wurde dann in ein Lokal geschleppt, unterwegs noch weiter mißhandelt und dann seinem Schicksal überlassen. Er liegt in bedenklichem Zustande im Krankenhaus.

11 Babelsberg, 1. Juni.

Nach einem Propagandaumzug der nationalsozialistischen SA-Abteilung, der ohne Störung verlief, kam es in verschiedenen Teilen der Stadt zu Zusammenstößen zwischen den Umzugsteilnehmern und Kommunisten. Die Zusammenstöße waren anscheinend planmäßig vorbereitet worden.

Genosse Buchinger, Budapest

spricht heute im Felsenkeller über

Horthy-Ungarn

Außerdem spricht Genosse Crispian

da die Kommunisten teilweise mit Messern, Knütteln und Pistolen ausgerüstet waren. Drei Nationalsozialisten wurden durch Messerstiche in den Kopf, ein vierter durch einen Schrotschuß in den Hals verletzt. Die Personalisten einiger Täter stehen fest.

SPD Berlin, 2. Juni.

Die Ermordung eines Stahlhelmmanns, die am letzten Freitag in der Nähe des Görtzer Bahnhofs von Kommunisten verübt wurde, ist von der Polizei rasch aufgeklärt worden. Als Haupttäter wurde der 18jährige ungelernete Arbeiter Willi Unruh aus der Rigaer Straße verhaftet. Er hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Um die Hintermänner und Anstifter des Mordes festzustellen, hat die Polizei verschiedene Wohnungen von Kommunisten durchsucht. Sie fand dabei in der Wohnung des Arbeiters Becker in der Feldstraße eine Kiste mit 20 neuen Selbstlade-pistolen und 2000 Schuß Munition. Becker wurde verhaftet.

11 Dortmund, 1. Juni.

Auf Ersuchen der Nordkommission in Hagen, die mit der Aufklärung der dortigen schweren Zusammenstöße beauftragt ist, wurden 18 Mitglieder der NSDAP von der Dortmunder Kriminalpolizei festgenommen und der Hagener Nordkommission zugeführt. Unter den Festgenommenen befindet sich auch der Bezirksführer Heinrich König.

Revoltierende Sachengänger

In Wielun im westlichen Kongress-Polen kam es zu Ausschreitungen von Sachengängern, denen von der polnischen Behörde wegen Ueberschreitung der Quote die Ausreise nach Deutschland verboten werden mußte. Die Menge versammelte sich vor dem Wanderungsamt, stürmte es, zerstörte die Einrichtung und verprügelte die Amtsdirektor. Ein Sachmann, der einschreiten wollte, wurde gleichfalls mißhandelt. Die Polizei zerstreute die Menge mit Tränengas-Bomben. Zahlreiche Demonstranten sind verhaftet worden.

Fremdenfeindliche Demonstration

SPD Mexiko City, 1. Juni.

Die lange angekündigte nationalsozialistische, fremdenfeindliche Demonstration verlief angesichts der außerordentlichen behördlichen Vorkehrungsmaßnahmen ruhig. Sämtliche fremden Handelshäuser waren geschlossen. Das Demonstrationsbanner denunzierte die Ausländer offen als Wirtschaftsfahrer für die Mexikaner. Die Kampagne hat deutlich antisemitischen Einschlag und fordert Massenemigration der Juden. Die Bundesregierung bleibt zurückhaltend, aber die Stadtbehörden ermutigen die fremdenfeindliche Kampagne.

Gemeinde-Erskawahlen in Spanien

11 Madrid, 2. Juni.

Nach Beendigung des Ministerrates am Montag gab der Innenminister die Ergebnisse der am Sonntag abgehaltenen Gemeinde-Erskawahlen bekannt. Demnach verteilten sich die 8666 städtischen Gemeindevorsteher, deren Mehrheit bei den ursprünglichen Wahlen am 12. April monarchisch war, nunmehr auf folgende politische Richtungen: 875 Sozialisten und radikale Sozialisten, 757 liberale Rechtsrepublikaner (die vom Ministerpräsidenten gegründete Partei), 461 republikanische Autonomisten, die die Autonomie der spanischen Levante erstreben, 354 keiner Partei Zugehörige, 208 radikale Republikaner (Partei des Außenministers Lerroux), 201 Monarchisten, 690 kleine und kleinste politische örtliche Gruppierungen.

Der Angriff auf die Währung

SPD Madrid, 1. Juni.

Die Regierung veröffentlichte ein längeres Dekret, das strenge Maßnahmen zur Verhinderung der Kapitalflucht enthält. U. a. ist die vorläufige Aufhebung internationaler Wechselbriefe vorgesehen. Ferner sollen Postanweisungen ins Ausland nur bis zum Höchstbetrage von 1000 Peseten gestattet sein.

Auf Grund des katastrophalen Falls der Peseta verlangt Finanzminister Prieto seine Demission ein. Der Ministerpräsident nahm die Demission nicht an. Er hat den Finanzminister, bis auf weiteres im Amte zu verbleiben.

Keine neuen Adligen in Spanien

11 Madrid, 2. Juni.

Der Justizminister hat bekanntgegeben, daß künftig Adels-titel und Adelsauszeichnungen in Spanien nicht mehr verliehen werden dürfen, und daß die bestehenden Adels-titel keine Vorrechte irgendwelcher Art mehr zur Folge haben dürfen.

Verminderung der Marokko-Armee

11 Madrid, 2. Juni.

Der Ministerrat beschloß eine vorläufige Reorganisation der Marokko-Armee, nach der diese Truppen-teile um drei Generale, 163 Offiziere, 294 Unteroffiziere und 5555 Mannschaften vermindert werden, was eine Ersparnis von mehr als 14 Millionen Peseten bedeutet.

Rundfunkprogramm

Leipzig—Dresden

- Leipzig (1157 kHz, 2,3 kW) Welle 289,3. — Dresden (941 kHz, 0,3 kW) Welle 318,6. Mittwoch, 3. Juni.
- 10.05 Uhr: Wetterdienst, Verkehrsfunk und Tagesprogramm.
- 10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 10.50 Uhr: Dank der Hausfrau. Unter Vorgarten.
- 12.00 Uhr: Wetterdienst und Wasserhandelsmeldungen.
- 12.30 Uhr: Anton Dostob-Sunde (Schallplatten).
- 12.35 Uhr: Rawener Zeitzeichen.
- 13.00 Uhr: Wettervorhersage, Presse- und Börsenbericht.
- 13.15 Uhr: Hörbericht aus dem Bayerischen Rotoren-Weiten, Zweigniederlegung Eisenach.
- 14.00 Uhr: Erwerbslosenfunk. „Gibt es Vorschläge zur sofortigen Beseitigung der Arbeitslosigkeit?“ Fritz Keller, Leipzig.
- 14.30 Uhr: Jugendfunk. Zwei Spiele aus dem Schillerleben, von Herbert Roth, Dresden.
- 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 16.00 Uhr: Scherens Fliegen.
- 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. Das Kaufmann-Orchester Dresden. Dirigent Bruno Kaufmann.
- 17.30—17.35 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangaben.
- 17.35 Uhr: Wirtschaftsnachrichten: Letzte Notierungen.
- 18 Uhr: Bildausstellung. Funk. Gespräch über die Schuldenfahndungsbewegung.
- 18.30 Uhr: Sprachenfunk. Italienisch.
- 18.50 Uhr: Wir geben Auskunft . . .
- 19.00 Uhr: Die Verlagerung aus Binnenmarkt.
- 19.30 Uhr: Schlager des Abends. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent Hilmar Weber. Gesellen: Cecil Beck vom Landestheater Gotha (Soprano); Heinz Hiltzner vom Landestheater Gotha (Tenor).
- 20.30 Uhr: Zwischen Spanien und Rußland. Ein Kapitel Weltkammer, ausgemittelt und eingeleitet von Dr. Paul Theodor Hoffmann.
- 21.15 Uhr: Vom Tage.
- 21.25 Uhr: Hörfunkkonzert. Der Zicherenverein Dresden-Neustadt. Dirigent Albert Henschke.
- 22.00 Uhr: Nachrichtendienst. Ausfliegendes Langmuß.
- 0.00—1.00 Uhr: Nachtkonzert aus der St. Georgenkirche in Wülfa. Nur auf Leipziger Welle und dem Deutschen Rundfunksender. Mitwirkende: Professor Julius Kienzel, Leipzig (Violoncello); Max Krümer, Leipzig (Violine); Johannes Wierig, Leipzig (Gitarren-Orchester).

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Kurt Gänther in Leipzig. Verantwortlich für den Interalienell: Hugo Seyffand in Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittengel-Schott, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.

blondes Haar Pixavon Shampooen 258



Augusts Ansprache

August, einstmals Genig von Sachsen, nahm beim Breslauer Stahlhelmtag die Parade ab, zu Pferde natürlich. Die Rede, die er hierbei von sich gegeben haben soll, übermitteln wir uns nach Breslau entfanter Sonderberichterstattung Erich Gottgetreu:

Gammeraden!

Drobbts dár drigganden Hiddse will ich es mir nich nähmen lassn, Sie alle in Breslau aufs hártlichste zu begriessen. Alles hab mir die Reubillig genom' bis auf e paar Schließr un noch e bissl anntes Gelumbe — awr das gannse mir nu nich náhm! Wenn bloß dár Gaul ruhig háld — bis schdille, Liebe —

Ich meene, 's is bei dár Hiddse en eenschies Glück, daß Sie zwar „Schdahlhelm“ heefn, awr teen Schdahlhelm uffn Gobbie dragn.

Sozialdemokratische Lehrer Weltliche Elternräte (SPD.)

Heute Dienstag, 2. Juni, 20 Uhr, im Gesellschaftssaal des Volkshauses spricht Genosse Dr. Löwenstein über: Die schulpolitische Lage im Reiche. Aussprache. Keiner fehlt! Die ASL, Leipzig, die Elternratszentrale.

Ich will drmit nischd gechn Ihrn Gobb gesachd ham. Awr dár Schdahlhelm, das Luder, das driggd námlích, un am besdn is da, wennr sich da ooch selwr dabron driggd. Un 's is ja gerade tee Feind in dár Nähe, insofern gláhbdsje.

Ich hoffe, daß es Ihr' in Schlesjen gut gefáld. Mir gefálds hier ooch. Wennsch ooch máhmal in meiner Eíchnscháft als Auslandsfachsje richdichs Helmweh hawe. Wiefe awr im Drádnier Anzeíchr wern gefáhn ham, machn scheddts meine dreien Underdan' Ihrn Ladrn for sich alleene off. Die Brieder wolln mich garnich máhr fáhn. Drwechn gemeene, wennr bedángd, dahóse selwr so ofd dobbts gefáhn hab.

Bis schdille, Liebe, wenns ooch hees is, du garnich drgleíchn —. Wie ich heere, wolln Sie das Wadrland schídn. Das is brav von Ihr', un so e Schídnfest is ja ooch immer eene schínrlíche Sache. Immer schídn Sie! Sachd doch ooch schon Geede: Was du von dein' Bádren geerbt háld, das halde sehd mid Herz un mid Hándn! Bis schdille, Liebe —

Im íwíchn genn' de Leide von mir aus de Bólledig machn, wiefe wolln — mir is alles egal. Un auch Ihr', mein' Gammeraden vom Schdahlhelm, rufsch zu, machnse nur alles so, wiefes for richdich gefíndn. Wennse vrelíchd 'n neien gleeenen Gríech wolln gechn Frang-reích oder gechn Bóoln — áhnsje los, ich mach mid. Bis schdille, Liebe —. Ich mach wídr inde Lazareddn un írdeíl Ordn un rebn Grangn gud zu; íeícher Grofd, der mußde ooch ín.

Un, weílmr gekad von geísdíchen Dínge redn: mr mesch íachn, 's is ooch ícheen drwechn, dahmr de Hoffnung forde Zukunft ham. In díesn Sinn: Bórnwárd's íns díritte Reích! Un íeíd íewzeíchd drwon: ích bleíb eíer August!

Was sich die Kommunisten erzählen

29 304 zählten wir. Es fiel uns aber fürchtbar schwer, Es kamen ja so viele daher. Sie wurden nicht alle, die vielen Reich'n, Sollte es nicht bald genügend sein? Doch welcher quoll der Strom heran, sie schritten zusammen Mann an Mann. Wir schwigten und schwigten, es wollte nicht enden, wir wollten uns schon zum Gehen wenden. Wir haben gegählt und da stoppten wir bei Neunundzwanzigtausenddreihundertundvier. Noch viele Tausend mühten wir sehen, doch uns blieb der Verstand still stehen. Warum haben wir tagelang diskutiert, die Häuser besetzt, die Straßen beschnürt, geschimpft auf die Panzerkreuzer-Partei und jetzt zogen so viele vorbei? Zur Antwort: Was auch die Sozialisten erzählen: Was nützt euer Zetern und Geschrei Wir bleiben doch die stärkste Partei 29 000 zählst ihr, aber Hunderttausend waren wir.

Speß

Notes Leipzig, aus der Fremdenperspektive...

Die Genossen sind auf dem Posten!

Wenn man als Nicht-Leipziger beobachtend durch die Straßen schlendert, fällt einem vor allem die Leidenschaftlichkeit auf, mit der die Einzelgänger überall in kleinen, lebhaft gestikulierenden Diskussionsclubs aktuelle Tagesereignisse durchsprachen. Sie tun das noch mit jenem hoffnungsvollen Eifer, der an die Bekehrung des andern im Augenblick glaubt. Nichts man sich in die kleinen Grüppchen, so sind es meist Sozialisten und unentwegt stänkerrnde Kommunisten, die debattieren. Was sich einem sogleich einprägt, ist die Sicherheit und überlegene Energie, mit der der Leipziger Sozialdemokrat die billigen Thesen der Nazis erledigt. Da gibt es keine Minute Verlegenheit, kein Zaudern, kein Ausweichen... Wie begoffene Wübel müssen die Sowjetstern-Whrasseure stets abziehen. Zwei Beispiele dafür seien kurz skizziert. Sie zeigen die Aktivität der Leipziger Genossen im günstigsten Licht...

In der Zeißer Straße, unweit des Volkshauses. Zwei Kommunisten, der eine von Kopf bis Fuß auf sowjetisch dekoriert, spielen die alten, brüchigen „Anlageplatten“. „Ihr kämpft ja gar nicht gegen die Nazis“, sagt jetzt der eine Kommunist, „ihr habt sie großgelächelt...“ Brauendes Gelächter. „Das wart ihr!“ schallt

Erbaufiches von der Universität

„Die Neue Literatur“ bringt in ihrem Aprilheft einen Aufsatz, der sich mit äußerster Schärfe gegen den Leipziger Geographen, Geheimrat W. Volz wendet. Da es sich hierbei um Dinge dreht, die nicht nur Akademiker, sondern auch (und besonders!) die Steuerzahler interessieren müssen, veröffentlichen wir den Artikel auszugsweise. Es heißt dort:

„Seit Jahren wartet die an Fragen des Auslandsdeutschstums interessierte Öffentlichkeit auf das Erscheinen eines Fachlexikons für Auslandsdeutschstumsfragen, für das vom Reichsministerium des Innern im Winter 1926/27 nicht weniger als 300 000 Mark bereitgestellt worden sind. Es ist augenscheinlich, daß hier eine höchst betrübliche Verschwendung öffentlicher Gelder vorliegen muß, wenn nach vier Jahren noch immer nichts von dem Erscheinen dieses Wertes zu hören ist. Wir sind in der Lage, nachzuweisen, daß hier nicht nur geldliche Mittel, sondern vor allem ein moralisches Kapital verschwendet worden ist, und daß sich hier ein Sumpf gebildet hat, dessen Ausbódrung eine schwierige aber dringend notwendige Aufgabe ist. Die Gelder wurden vom Reichsministerium des Innern der Stiftung für deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig zur Verfügung gestellt, an deren Spitze der arbeitsame Professor der Geographie an der Universität Leipzig, Geheimrat Volz, steht.“

Nachdem die persönlichsten Reibereien innerhalb der oben-erwähnten Stiftung erwähnt worden sind, schreibt der Verfasser des Aufsatzes weiter: „... vermutlich ist jener Fonds von 300 000 Mark noch nicht ausgebraucht. Ob noch aktuell da ist, möchten wir freilich bezweifeln. Denn kaum war der Fonds bewilligt, da erbaute sich Geheimrat Volz eine Dienstwohnung bei der Stiftung für 40 000 Mark; ein Tennisplatz wurde nicht vergessen, ebenso wenig ein Auto. Diese Tatsache ist in allen geographischen Fachkreisen bekannt, aber unangreifbar, da sie vom Ministerium gedeckt worden ist.“

Zum 60. Geburtstag von Geheimrat Volz sollte eine Festschrift erscheinen, doch fanden sich keine Fachgenossen bereit, ihn durch Beiträge zu ehren. Da beschloß man, die Protokolle der Grenzlandtagungen der Stiftung in Buchform zu veröffentlichen. Das bedeutet eine Verschwendung, denn die Protokolle wurden schon früher in je 300 Exemplaren vervielfältigt und den interessierten

Stellen überreicht. Auch muß man Bedenken haben, ob sich der Inhalt der Protokolle, die sehr intime grenzpolitische Fragen betreffen, überhaupt zur Veröffentlichung eignen. Jedenfalls bedeutet es ein Armutszugnis, wenn ein wissenschaftliches Institut als Festschrift nichts anderes herauszubringen weiß, als das unverarbeitete Rohmaterial früherer Tagungsprotokolle.“

Wir hätten diesen Anklagen an sich nichts hinzuzufügen, weil sie für sich sprechen: Da uns aber in den letzten Semestern Dinge zu Ohren gekommen sind, die damit im Zusammenhang stehen, möchten wir an Geheimrat Volz einige Fragen richten, deren Beantwortung wir ebenfalls veröffentlichen werden.

1. Ist es wahr, daß Sie zu Ihrer 60. Geburtstagfeier dem Sinne nach geäußert haben: Die Wissenschaft habe, wenn es die Not gebiete und wenn das Vaterland in Gefahr sei, ihre Erkenntnisse zurückzustellen und das Vaterland höher zu achten? (Das hieße dann: die Objektivität der Wissenschaft umstoßen und an ihre Stelle den Nationalismus setzen.)

2. Ist es wahr, daß Sie einen großen Teil Ihrer Vorklesungen in den vergangenen Semestern aus „dienstlichen“ und anderen Gründen haben ausfallen lassen, obwohl gerade Ihre Kollegen zu den teuersten gehören?

3. Ist es wahr, daß Sie zwei Drittel Ihrer Oberseminare nicht selbst leiteten, sondern Vertreter damit beauftragten? Warum aber setzten Sie dann Ihren Namen über diese Übungen und nicht die Ihrer Vertreter?

4. Ist es wahr, daß Sie verschiedene Aufsichtsratsposten innehaben und durch sie und durch reichspolitische Funktionen in Ihrer Tätigkeit als wissenschaftlicher Lehrer stark beeinträchtigt wurden?

Herr Geheimrat, wir bitten um Antwort! — Was aber gerad die Regierung zu tun, wenn Herr Volz sich ausschweigt und damit zu erkennen gibt, daß er nichts entgegenzusetzen weiß?

Wir halten es für eine glatte Unmóglichkeit, daß ein Professor, den der Staat bezahlt und der für die Studenten da sein soll, etwa keine wissenschaftliche Arbeit als eine Nebenbeschäftigung betradtet.

Jedenfalls werden wir die Dinge aufmerksam verfolgen und unsere Leser auf dem Laufenden halten.

es dem Sowjetmann vielmehr zurück. „Ihr verbündet euch ja tagtäglich mit ihnen gegen die Sozialdemokraten...“

Einige Sekunden Stille. Dann sagt der zweite „Revolutionär“: „Ehrlich gesprochen, eigentlich sind Sie auch viel sympathischer als ich...“ Da haben wir's! — endet die Debatte, „profi Sowjetstern am Hakenkreuz!“

Vor dem Haus der „Leipziger Volkszeitung“ versuchen redelustige Nazis zu provozieren. „Das waren ja alles keine Protesten bei eurem Sonntagsumzug...“ meint einer, „alles Stehtragen-Kleinbürger!“ „Ich bin Metzler, mein Junge...“ sagt ihm zur Antwort ein Genosse lachend. „Und was bist du...?“ „Zuerst große Verlegenheit. Dann kommt zögernd die Antwort: „Bankbeamter...“

Nachahmungen von Reichsbanknoten zu Reklamazwecken

In letzter Zeit sind wiederholt Nachahmungen von Reichsbanknoten (sogenannte Blüten) zu Reklamazwecken verbreitet worden. Trotz der vorhandenen Abweichungen zeigen diese Blüten, besonders wenn sie zusammengefasst sind oder der Reklametext durch Ueberkleben abgedeckt worden ist, eine Ähnlichkeit mit den echten Noten, so daß es in zahlreichen Fällen Betrügnern gelungen ist, sie zu Zahlungen zu verwenden.

Es erscheint angebracht, das Publikum, insbesondere die gewerblichen Kreise, darauf hinzuweisen, daß nach § 300, Ziffer 6 StGB, die Anfertigung und Verbreitung von Warenempfehlungsarten, Antikündigungen oder anderen Drucksachen oder Abbildungen, welche in der Form oder Verzierung dem Papiergelde ähnlich sind, strafbar ist. Das Reichsbankdirektorium warnt daher vor Anfertigung und Verbreitung und warnt gleichzeitig auch vor Annahme derartiger Blüten.

Nochmals etwas für Nichtsachsen

Wertter Genosse „Zetes“!

Erlauben Sie mir einige Worte als Kommentar zu Ihrem „Auslandsfachs“-Artikel in der W. (Keine Kritik! Kommentar, wie ich soeben sagte).

Sie haben bei der Definition des „Echa“, „Echaal“, „Echaaaa!“ das „Echa?“ vergessen. Exemplum: A: „Karl hat wieder Arbeit!“ B: „Echa?“ (d. i. „is nich mellich?“) Dazu noch etwas. Wie übersehen Sie jenes ominöse „Echa“ ins Deutsche, oder anders: von welchem deutschen Wort leiten Sie es ab? „Ach wo“ und „Ach wie!“ sind die besten Uebersetzungsmöglichkeiten. Hier kommt noch etwas dazu. Die Klagelieder Jeremia beginnen (im Original) mit dem hebräischen Worte „echo“, neudeutsch gesprochen „echa“ (mit dem Unterschied von unserem „echa“, daß das ch rauh, wie in Christus gesprochen wird). Dieses hebräische „echo“ bzw. „echa“ finden Sie in jeder besseren und schlechteren Uebersetzung mit „Ach wie!“ übersetzt. Ich habe damit keineswegs gesagt, daß wir Nordfachsigen Gebährlich gelernt hätten; nein, es ist das reine Duplizität des Wortes. — Etwas Unrecht fügen Sie allerdings den Eingeborenen zu, wenn Sie ihnen „harte“ Laute absprechen. Wir hören sehr wohl sagen: „Ich gehe mit Paulin in Karzin, da schpieln mir Gartin!“ Oder nicht? Sie erwähnen die Umwandlung von Pfennig in Fáng, ich führe aber das Gegenstück an: „Fünfer“ wird „Fimpfer“, also hier haben wir ein „pf“. Interessant ist auch die falsche Anwendung von „balb“. Ich wäre halbe auf die Presse geflogen.“ „Bald“ ist ein Zeitwort, wofür in meinem Falle natürlich „fast“ oder „beinahe“ zu stehen hätte. Zu Ihren angeführten „Veem“ und „Dieder“ erzähle ich Ihnen rasch dies. Als etwa 10jähriger Leipziger habe ich in meiner elterlichen Wohnung so um den „Tauschen“ eine Varieté-Vorstellung kreiert. Ich sagte an: „Und nun, meine Hárn, genosse bei mir Veem (Löwen) un Dieder (Tiger) sehn, Bah! uff, gleich geht de Diere uff!“ Hereinstolziert kam mein Helfer. Er war mit einer Badehose bekleidet und von oben bis unten mit „Indianerbraun“ eingeschnürt. In seinem Genick baumelte der „falsche Wilhelm“ meiner Mutter (müßig mit einem Gummiband um den Kopf geschlungen), und er hielt in seiner Rechten einen Teller mit Veem, indes seinen linken Arm einige Wischtücher schmückte. (Daß diese indianerbräunt wurden und das

meiner Mutter absolut nicht gefiel, gehört nicht hierher. Vom „falschen Wilhelm“ ganz zu schweigen.) Un nu, Herr Zetes, nisch for unaut, fínne mir nur nich gei beeje un machn Se wídrer á freíndliches Gesicht.

Weitere Lockerung des Mieterrechtes

Der Rat macht bekannt: Die in Paragraph 1 der 2. Verordnung über die Lockerung der Wohnungswirtschaft vom 17. März 1931 festgelegte Grenze für teure Wohnungen, die mit Ausnahme der §§ 2 und 8 des Wohnungsmangelgesetzes den Vorschriften dieses Gesetzes nicht unterliegen, wird mit sofortiger Wirkung von 1200 Mark Jahresfriedensmiete auf 1000 Mark Jahresfriedensmiete herabgesetzt.

Die Hausbesitzer können hiernach in Zukunft Wohnungen, die am 1. Juli 1914 zu einer Jahresmiete von 1000 Mark oder mehr vermietet waren, ohne Genehmigung des Wohnungsnachweises an alle Wohnungsuchenden vermieten. Die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes und des Mieterkündigungsgesetzes finden auf Wohnungen, auf die die vorstehende Bekanntmachung sich bezieht, nach wie vor Anwendung.

Wer ist unterhaltspflichtig?

Der uneheliche Erzeuger eines Kindes ist verpflichtet, de mKinde bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres den Unterhalt zu gewähren. Der Unterhalt wird seiner Höhe nach nicht (wie beim ehelichen Kinde) nach der Lebensstellung des Vaters be-

Achtung! Achtung! Genosse Dr. Kurt Löwenstein spricht morgen Mittwoch, 18.30 Uhr, im Rundfunk über „Die Kinderfreunde und ihre Ausstellung“

meßen, sondern nach der Lebensstellung der unehelichen Mutter. Er umfaßt den gesamten Lebensbedarf, sowie die Kosten der Erziehung und der Vorbildung zu einem Berufe. Ist das Kind allerdings zur Zeit, wo es das 16. Lebensjahr vollendet, infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande, sich selbst zu unterhalten, so hat ihm der uneheliche Erzeuger auch über das 16. Lebensjahr hinaus den Unterhalt zu gewähren, sofern er bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen und ohne Gefährdung seines eigenen standesmäßigen Unterhalts dazu in der Lage ist. Bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres dagegen ist er unterhaltspflichtig ohne Rücksicht auf seine eigene Leistungsfähigkeit (§ 1708 BGB.). Eine Vereinbarung zwischen dem Vater und dem Kinde über den Unterhalt für die Zukunft oder über eine an Stelle des Unterhalts zu gewährende Abfindung bedarf der Genehmigung des Vormundschafsgerichts. Die Vereinbarung ist zu schließen zwischen dem unehelichen Erzeuger und dem Vormund des unehelichen Kindes. Ein unentgeltlicher Verzicht auf den Unterhalt für die Zukunft ist nicht zulässig, eine solche Vereinbarung würde nichtig sein (§ 1714 BGB.).

Zuhörer zum Parteitag. Zutritt zur Galerie nur gegen Vorzeigung des Parteibuches und der jeweils geltenden Eintrittskarte.

Fremdenverkehr in Leipzig. In der Zeit vom 24. bis 30. Mai 1931 haben sich in Leipzig insgesamt 5708 Fremde, davon 5083 Reichsdeutsche und 625 Ausländer, aufgehalten.

Männer- und Frauenchor Leipzig-West. Die Übungsstunde des Männerchores am Donnerstag fällt aus, dafür heute Dienstag abend, pünktlich 20 Uhr, im Volkshause zur Mitwirkung alle erscheinen. Die Frauen-Übungsstunde findet am Donnerstag statt.

Planetarium am Zoo. Dienstag, den 2. Juni, 20 Uhr, findet ein Sondervortrag über das Thema: „Der Sternenhimmel im Monat Juni 1931“ statt.

Die köstliche KOSMOS KAITRO immer gleichbleibend gut 50 Pf. PACKUNG

Fabriklager: Leipzig, Querstraße 26-28 • Fernruf 159 49

SACHSEN

Brandrede eines Nazipfarrers

Auf dem Kolonialkriegertag in Bauhen, im Hof der Infanterieregiment, an dem die Militärvereine des Ruffhauersbundes, die faschistischen „Bereinigten Vaterländischen Verbände“, die Offiziersverbände, der Stahlhelm teilnahmen, die Reichswehrkapelle mitwirkte und das Reichswehr-Offizierskorps dienstlich vertreten war, hielt der frühere Stahlhelm-jehtige Nazipfarrer und Garnisongeistliche Pastor Berg eine Rede, durch die die Gedankenspiele zu einer wüsten Hehveranstaltung wurde.

Nach dem Bericht der deutschnationalen Bauhener Nachrichten lautete der Hauptteil der heiseren Predigt dieses Christusjüngers:

„Wie wir an keiner Front mit den Waffen besieg wurden, so ist auch v. Lettow-Vorbeck nicht besiegt worden... Womit können wir unsere zwei Millionen toten Helden ehren? Nur durch die einzige Ehrung: daß wir wieder ihres Geistes werden und wir wieder leben für die Fahne, unter der jene starben. Die Toten ruhen nicht, sie sind solange am uns, bis wir wieder das Deutschland haben, für das sie ihr Leben opferten.“

Das alte Deutschland war tausendmal sauberer, tausendmal gerechter als das Gebilde, das die Ruffhauer der Revolution uns befehrt haben.

Es geht eine gewaltige Unruhe durch unser Volk. Die äußere Ursache ist die abgrundtiefe Not, in die unser Volk geraten ist. Die innere Unruhe jedoch ist die Frage unserer toten Helden: „Was habt Ihr aus dem Deutschland gemacht, für das wir stritten und gefallen sind?“

Bei uns wird nicht nach den Notwendigkeiten des Volkes regiert; mit einem Auge sieht man auf das Ausland, mit dem anderen stiehlt man nach der Gasse, auf die Massen. So ist es gekommen, daß man Roterordnungen machte gegen diejenigen (der Pastor meint die Nazi), die ihr Vaterland lieben und eventuell bereit sind, für dasselbe zu sterben, daß man sie verfolgte und in die Gefängnisse warf. Aber Deutschland erwacht und fühlt sich verbunden mit den zwei Millionen Kameraden,

aus deren Vaterland ein solches geworden ist, in dem die Korruption groß ist, Recht und Gerechtigkeit mit Füßen getreten werden und russische Zustände herrschen.

Die größte Gefahr sei der Pazifismus, der sogar Christus für sich beanspruche.

Die Rede des Nazipfarrers ist ein saftiges Beispiel faschistischer Frechheit. Man wundert sich allerdings, warum nicht die Reichswehrkapelle und die Reichswehrabordnung sofort die Feste verlassen und warum die einschlägigen Reichswehrbehörden — von den Kirchenbehörden ist es wohl kaum zu erwarten — nicht schon längst eingeschritten sind gegen diesen Prediger des Bürgerkrieges.

Der „Geenig“ Ehrenmitglied des Stahlhelms

Wir berichteten bereits, daß die vier Gane des Landesverbandes Sachsen des „Stahlhelms“ am Sonnabend in Sybillaenort bei Breslau, wo sie untergebracht waren, vor dem Erkönig von Sachsen Aufstellung nehmen und einen Paradezug kloppen wollten. Und so geschah es auch.

In Generaluniform erschien hoch zu Ross August, unser „Geenig“. Der Landesverbandführer, Oberst Brüdner, entbot ihm vor versammelter Mannschaft die „ehrerbietigsten Grüße“ und bot ihm die Ehrenmitgliedschaft zum „Stahlhelm“ an, die August gütlich annahm. Dann redete er eine Rede von der Notwendigkeit des Stahlhelmsgedankens und ritt die Front ab, ab und zu seine bekannten königlichen Worte an die Leute richtend. Einen, bei dem er die Goldene Heinrichsmedaille, die höchste Tapferkeitsauszeichnung für Mannschaften fand, ließ er sogar zur Tafel ins Schloß einladen. Und dann kloppten die braven Sachsen einen Paradezug. So ist also nun Friedrich August von Wettin, unser verlassener Landesvater, glückselig Ehrenmitglied des „Stahlhelms“, Bund der Frontsoldaten. An welcher Front lag August und wo erlebte er alle Schrecken und Grauen des Weltkrieges?

Stahlhelmer bombardieren Arbeiter mit Steinen

Wie bereits bei der Hinfahrt, so passierte auch bei der Rückfahrt vom Breslauer Stahlhelmtag das Gros der Personenwagen, Omnibus- und Lastautotransporte die Stadt Bauhen. Zu einem regelrechten Steinschlag wurden die Stahlhelmer auf Arbeiter kam es dabei an der Ecke Steinstraße-Kornmarkt. Dort stand vor dem Geschäft von Bofelmann eine größere Anzahl Zuschauer, darunter auch Kommunisten. Als ein mit Stahlhelmen besetzter Lastwagen mit Anhänger die Ecke passierte, wurden auf die stän-

digen „Heil“-Brüllereien erwidert: „Rufe aus den Zuschauern laut, wie „Nie wieder Krieg“ oder „Heil Moskau“. Darauf eröffneten die Stahlhelmer plötzlich mit Steinen bis zu Faustgröße ein heftiges Bombardement auf die auf dem Fußweg stehenden Zuschauer. Die Autos stammten aus dem Bezirk Halle und waren, nach den Angaben der Vaterlandoretter zu urteilen, mit Studenten, höheren Schülern oder ähnlichen Frontkämpfern besetzt. Weder wurden die Nummern, da die Wagen sofort weiterfuhr, nicht festgehalten. Polizei war zu dieser Zeit noch nicht anwesend.

Ein ähnlicher Vorfall spielte sich am Nachmittag auf der Löbauer Straße ab, auch hier warfen die Stahlhelmer mit Steinen aus den Autos. Am Kornmarkt schleuderte ein Stahlhelmann sogar eine Bierflasche aus dem Wagen. Diese Vorfälle beweisen, daß ein großer Teil der Stahlhelm-Lastautos Steine mit sich führte, mit denen dann die Arbeiter wie in Bauhen sicher auch anderswo in voller Absicht beworfen wurden. Vorproben vom „Dritten Reich“. Von der Polizei wurden mehrere Kommunisten festgenommen, weil sie durch ihre Rufe die Stahlhelmer provoziert haben sollten.

Die Spartätigkeit im Monat April 1931 in Sachsen

Im Monat April wurden nach den Feststellungen des Statistischen Landesamtes bei den 355 faschistischen Spartakisten in 243 053 Fällen 342 880 036 Mark eingezahlt und in 06 541 Fällen 239 373 066 Mark zurückgezahlt. Es ergibt sich somit ein Einzahlungsüberschuß von 1 030 066 889 Mark. Das Einlegergut haben einschließliche der bisher berechneten Zinsen und der den Einlegern auf Reichsmark-Konten gutgeschriebenen Aufwertungsparainlagen war Ende April auf 768 958 488 Mark angewachsen.

Gewitter und Wolkenbrüche

Chemnitz. Am Sonntagnachmittag gingen über Chemnitz und Umgebung schwere Gewitter nieder, die stellenweise mit Hagel schlag verbunden, weniger in der Stadt selbst als besonders im Muldentale große Verheerungen anrichteten. In der Gegend von Mitternieder wurde das Getreide durch walnußgroße Schloffenflüde niedergebregelt. In Hohenstein-Ernstthal war das Gewitter von einem wolkenbrucharigen Regen begleitet, so daß die Schleusen die Wassermassen nicht fassen konnten. Vielsach wurden die Kartoffeln aus den Feldern fortgeschwemmt.

Lengenfeld (Vogtland). Durch Blitzschlag wurde am Sonntag eine mit Heu und Geräten gefüllte Feldscheune des Landwirts Brüdner vollständig eingestürzt. Mehrere an der Brandstätte eingetroffene Feuerwehren konnten nichts mehr retten, da das ganze Gebäude im Nu völlig in Flammen gestürzt war.

Chemnitz. Fünf Selbstmorde am Sonntag. In Chemnitz haben sich am Sonntag fünf Personen freiwillig das Leben genommen. In einem Hause der Richard-Wagner-Straße vergiftete sich vormittags eine 48 Jahre alte Wäschehändlerin infolge Schwermut mit Leuchtgas. Nachmittags zwei Uhr erhängte sich in der Vorstadt Bernsdorf ein 34 Jahre alter Postkassierer, der infolge einer Kriegsverletzung ein Nervenleiden hatte, in seiner Wadestube. In einem Hause der Fürstenstraße verübte ein 58 Jahre alter Postbeamter mit seiner um drei Jahre älteren Ehefrau gleichfalls Selbstmord durch Leuchtgasvergiftung. In der Heinrich-Heine-Straße machte eine 31 Jahre alte Witwe in der elterlichen Wohnung ihrem Leben durch Gasvergiftung ein Ende.

Wo ruft die Pflicht?

Parteiorganisationsleiter. Die Parteitagplatfetten sind umgehend im Sekretariat abzugeben.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Stötteritz, Jungfalken, der Gruppenabend fällt morgen aus. Groß-Weipzig, Mittwoch, 20 Uhr, Feitag im Heim Großfalken. Alle Zelllagerhelfer müssen anwesend sein. Fragebogen mitbringen. Großsteinberg-Fahrer sind ebenfalls da.

Wöhna, Rote Falken. Am Mittwoch treffen wir uns 16.30 Uhr an der Fichte-Gede.

Connewitz, Gruppe Zwer-Mathel. Wir treffen uns morgen Mittwoch 17 Uhr am Kreuz.

Pannsdorf, Mittwoch besuchen wir die Kinderfreunde-Ausschließung im Volkshaus. Treffen 15 Uhr am Heim. 10 Wienig.

Sprech- und Bewegungschor

Heute Dienstag, 19.30 Uhr, in der Bundeschule; Probe für die Parteitagveranstaltung.

Mitgliederveranstaltungen

Wahren. Wir gehen heute alle in die öffentliche Versammlung nach Müdern im Anker.

Pannsdorf, Genossinnen und Genossen, werbt rege für die heutige Versammlung. Genosse Künstler spricht über Faschismus und Demokratie.

Thelma. Alle Mitglieder gehen heute abend in die Versammlung im Neuen Gasthof Rodau.

Zöbiger. Alle Genossen und Genossinnen von Zöbiger besuchen heute abend die Versammlung in Großstäbelen. Stellen 19.30 Uhr bei Genossen Horn.

Rodau. Heute Dienstag, 2. Juni, 20 Uhr, im Neuen Gasthof Rodau: Öffentliche Versammlung. Es spricht Landtagsabgeordneter J. Lau über Demokratie oder Faschismus.

Rundgebung der Gewerbetreibenden

Zu einer großen Rundgebung hat der „GHW“ (Einheitsverband der Handels- und Gewerbetreibenden und freien Berufe, SSB Leipzig) aufgerufen. Ueber „Die Not des Mittelstandes“ werden sprechen die Genossen Reichstagsabgeordneter Paul Vöbe, Professor E. Rilling, Frankfurt/M., Reichstagsabgeordneter Stefan Meier Freiburg/Br., und noch ein österreichischer Genosse.

Diese Rundgebung verdient nicht allein Interesse in Kreisen der Selbständigen, sondern auch in weiten Schichten der Parteimitgliedschaft, die hierzu ebenfalls eingeladen ist. Wir können den Besuch nur empfehlen und bitten um zahlreiche Beteiligung.

Die Rundgebung findet am Mittwoch, 3. Juni 1931, 20 Uhr, in den „Sanssouci-Festsälen“, Leipzig, Promenadenstraße, statt.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute: Ungar. Rindroulade 1.20 Mönch. Topfbraten 1.20 Eisbein mit Sauerkraut u. Kartoffeln 1.85 Hausgericht: Tagessuppe und Frischer Schweinerücken mit Bayrisch Kraut 90 — Morgen: Schmalzbraten — Kalbshaxe mit Kartoffelsalat 1.75 Fäkalrinderbrust mit Senfgrün 1.20 Hausgericht: Tagessuppe und Frischer Schweinerücken mit Sauerkraut 90

Die Delegierten des Parteitages und die Leipziger Parteigenossenschaft

gehen morgen, Mittwoch, den 3. Juni 1931, zum

Sozialistischen Festabend

im großen Festsaal des Palmgartens, Lindenau, Frankfurter Straße. Der Festabend wird gestaltet durch den Sprech- und Bewegungschor des ABI und das sozialistische Lalenkabarett „Die roten Spatzen“, Leipzig

Ein großer Festabend

Eintritt nur 40 und 60 Pfg. e Eintrittskarten im Sekretariat, in den Ortsvereinen und an der Abendkasse! Erscheint zahlreich!

Bezirksausschuß Leipzig für sozialistische Bildungsarbeit

MARIA LEITNER:

HOTEL AMERIKA

Copyright 1930 by Neuer Deutscher Verlag AG.

28] „Warum sehen Sie sich, Chef, nicht unsere Zimmer an? Ein Stall ist ein Salon dagegen. Es ist fast so eng wie an unsern Tischen. Wenn ich aus dem Bett steigen will, höre ich meine Nachbarin, und drei könnten Sie auch genug sehen. Auf unserem Korridor reinigt ein Stubenmädchen an einem Vormittag hundert Zimmer. Gut genug für uns. Faustböck liegen die Staubflocken unter unseren Betten.“

Der Direktor zeigt bewunderungswürdige Geduld. „Hör mal, Shirley, du scheinst doch ein kluges Mädchen zu sein. Wenn es dir zu schmutzig scheint in deinem Zimmer, warum nimmst du nicht einen Besen und legst mal ordentlich?“

„Erstens müßte ich eine halbe Stunde nach einem Besen laufen, wenn ich überhaupt einen bekomme, und dann sehe ich nicht ein, warum ich meine freie Zeit damit verbringen soll. Unsere Zimmer sind doch angeblich gereinigt. Und sehen Sie sich, Chef, mal unsere Wäsche an. Alle Feten, die man nicht mehr ausbessern kann, die auseinanderfallen, wenn man sie nur anrührt, gibt man uns. Oder sollten wir unsere freie Zeit damit verbringen, sie versuchen zusammenzunähen? So dumm wie ihr meint, sind wir noch lange nicht.“

Der Direktor versucht, die Ausbrüche Shirleys ins Humoristische zu biegen.

„Nun, Mädchen, es wundert mich nicht, daß du keine Ruhe hast, dein Zimmer in Ordnung zu bringen; ich glaube eher, du bringst deine freie Zeit als Volkstrednerin und schickst nachts am Columbus Circle auf einer Seifenblase.“

Aber Shirley ist auch jetzt nicht um Antwort vorlegen.

„Ja, das wäre schauer, als versuchen zu ruhen. Man muß schon todmüde sein, um in den überfüllten Räumen schlafen zu können. Wenn das Schmarchen und Betten der Kolleginnen nicht stört, dann hat man die Wanzen. Jawohl, es wimmelt bei uns von Angieser. Die Schaben spazieren am helllichten Tag im Trakt des Personals. Sie können selbst sehen, ob ich genug zerstoßen bin.“ Das Lächeln des Direktors bringt Shirley in Wut. Sie öffnet den weißen Kragen ihrer Uniform und zeigt auf ihre haldbentböste Brust, auf der einige Insektenstiche zu sehen sind.

„Komm, Puppe, die Wanzen haben dich sicher auch sonst nicht geschont, zeig' uns nur, wo sie dich überall gestochen haben.“ Aber solche Zurufe aus der Menge ärgern Shirley weniger

als die spöttischen Mienen des Direktors. Er sagt nichts, läßt sie ausreden, obgleich er ihr das weitere Sprechen verbieten könnte. Aber wahrscheinlich hat er doch Angst, ein Verbot könnte noch schlechter und aufreizender wirken als ihre Worte.

„Ja, zu uns schickt man die Kammerjäger alle Jahre einmal, obgleich man ganz genau wissen könnte, wie es da aussieht. Aber in die Gästezimmer gehen sie alle Tage.“

Der Direktor beginnt jetzt die Geduld zu verlieren. „Genug, Mädchen, du gehst jetzt zurück an die Arbeit. Ich habe eure Beschwerden angehört. Ich werde mich dafür einsetzen, daß Untersuchungen vorgenommen und wirkliche Mängel abgesehafft werden.“

„Das sind doch alles nur leere Versprechungen.“

„So leicht lassen wir uns nicht beschwichtigen.“

Aber diese Zwischenrufe gehen unter in dem mechanisch sich wiederholenden Satz, der von dem Aufsichtspersonal ohne Pause in den Saal gerufen wird:

„Zurück zur Arbeit, zurück zur Arbeit.“

Aber Shirley ist noch nicht fertig. Ihre Stimme ist schon ganz heiser, sie muß sich anstrengen, um dieses „zurück zur Arbeit“ zu überhören.

Der Direktor ist von dem Stuhl gestiegen. Jetzt, wo er dem Ausgang zustrebt, von den „Offizieren“ des Hotels umringt, steht man, daß er die ganze Zeitlang von einer Leibgarde umgeben war. Shirley aber verfolgt ihn.

„Und unsere Aufzüge funktionieren auch nicht! Man kimmert sich nicht darum, wenn da etwas nicht in Ordnung ist. Keine Klingel geht, wir müssen uns selber helfen, wenn die Aufzugsführer uns hören sollen.“

„Muß an zuständiger Stelle gemeldet werden.“

„Heute ist fast ein Unglücksfall geschehen, ein Aufzug ist von selbst losgefahren. Der Führer rannte zwanzig Stockwerke dem Aufzug nach, er ist ganz krank geworden.“

„Hat er dich aufgefordert zu reden, Mädchen?“

„Niemand hat mich aufgefordert, ich wollte einmal sagen, was ich denke.“

„Wie ist nur dein Name, Mädchen?“

„Ich habe es schon einmal gesagt, ich heiße Shirley.“

„Und dein Familienname?“

„Ich heiße Shirley O'Brien. Es ist schön, daß ich auch einmal meinen ganzen Namen sagen darf. Ich arbeite hier schon seit sechs Jahren, aber man hat mich selten nach ihm gefragt. Genügt es nicht, wenn man meine Arbeitsnummer weiß? Ich bin Nummer 2122.“

„Shirley O'Brien, du hast anfangs von Fingerschalen und

Spigendeden, die du in seinen Restaurants gesehen hast, erzählt. Konntest du von deinem Lohn dahin gehen?“

Shirley lacht mit Augen, die voll Haß den Direktor anfunkeln, aber sie lacht.

„Nein, nicht von meinem Lohn, Papachen, das hast du richtig erraten, aber bezahlt habe ich trotzdem, jawohl, Chef. Sie wissen das ganz gut, wie es hier zugeht. Die Mädchen, die hier für einen Dollar den Tag arbeiten, möchten außer den faulen Kartoffeln auch noch was anderes vom Leben haben.“

Shirley O'Brien, wenn es so zugeht, wie du es sagst, soll es geändert werden. Wir geben unserem Personal, jedem Mädchen, das bei uns arbeitet, genügend Schutz. Wir verzichten auf die Mitarbeit solcher, die moralisch haltlos sind.“

„Ja, Schutz geht ihr, nur kein Geld und kein anständiges Essen.“ Shirley wird still. Sie fühlt sich plötzlich müde. Der Direktor ist verschwunden und sie steht da, verloren in der Menge.

Die Rufe „zurück zur Arbeit“ werden immer dringender. Ja, das Aufsichtspersonal beginnt Notizen zu machen. Gut, man weiß heute würde man den kürzeren ziehen, aber alle wissen, das letzte Wort wurde noch nicht gesprochen.

Der Saal beginnt sich langsam zu leeren, nur Shirley wird umringt, trotz des Aufsichtspersonals, und trotz der dringenden Rufe.

Ingrid findet, man hätte ihr das nie zugetraut. Woher nahm sie nur soviel Mut?

„Du wirst gefeuert werden“, versicherte Salvatore Shirley. „Ich bin ‚moralisch haltlos‘, das hat er ganz schlaue eingefädelt der Direktor, nur deswegen wird man mich wegschicken; aber ich will ja gefeuert werden, mir liegt ja längst nichts mehr an dieser Lausbude.“

Celestina hält Shirleys Hand, sie blickt zu ihr auf, als sehe sie die Tochter zum erstenmal. Sie hatte also auch anderes im Kopf, als ihre Vergnügungen. Sie dachte nicht nur an sich selbst, sie hatte sich Gedanken gemacht über das Leben, das sie hier alle führten. Nun braucht Celestina keine Angst mehr um sie zu haben, nicht mehr ihr nachspionieren. Sie würde schon selbst wissen, was sie zu tun hätte, wie sie den richtigen Weg finden müßte. Zum erstenmal merkt die Mutter, daß Shirley kein Kind mehr ist, sondern ein Wesen, das selbständig handeln kann.

Es gibt aber auch Mißvergnügte, die sich nicht genug über Shirleys Auftreten empören können. Sie schimpfen besonders laut und vernehmlich über die Verberbtheit der heutigen Jugend, wenn eine der Haushälterinnen vorbeigeht.

Patrizia ist es vor allem, die einiges über Shirley zu erzählen weiß.

(Fortsetzung folgt.)

Die Begrüßungsfeier in der Alberthalle

Dreitausend Menschen kann die Alberthalle fassen — Ich werde beim Denken an das Festkonzert zum Parteitag immer bedauern müssen, daß die Halle nicht bis über den letzten Platz hinaus besetzt war, daß nur zweieinhalbtausend Besucher da waren, wahrscheinlich aus dem Grunde, weil allzu spät und allzu wenig Propaganda für die Begrüßungsfeier gemacht worden ist. Mein Bedauern kommt aber daher, weil die Veranstaltung so außerordentlich glücklich und vorbildlich erscheint, nach ihrem Verlauf und ihrer eindringlichen Wirkung. Denn beim Hinsehen, in der drangvoll fürchterlichen Enge, hörte ich mehr als ein hundertmal Ausdrücke wie: „herrlich — wunderbar — unvergesslich —“. Nun, danach könnten die Veranstalter zufrieden sein, ihre Aufgabe war ja schwierig genug — und ich kann mich, da ich das Gesamtbild betrachtend vorweggenommen habe, der Einzelkritik zuwenden, nach der mir, den erfreulichen Umständen angemessen, gar nicht zumute ist.

Das Konzert begann mit der Uraufführung eines Wertes der jüngsten Gegenwart. Die moderne Musik in aller Problematik fand eine Stätte beim Parteitag, als erste Gabe wurde schwerste Kost gereicht, die in keiner Note eine Konzession an Gefälligkeit und Effekt macht: Hermann Hegers „Worspiel“ zu einem „Arbeiterfest“ für großes Orchester. Ein herbes Wert, streng logisch in seiner Entwicklung, zusammengesetzt aus zwei Nachbithemen, einer Episode der Besinnung und einem sammelnden Signal. Das Signal hat ähnliche Funktion wie das berühmte Trompeten-Solo in Beethovens Leonoren-Ouvertüre, die Marsch- rhythmischen gemahnen an Mahlers musikalische Welt. Es ist bezeichnend, daß Heger, so fern seine Art und seine Ausdrucksmittel von diesen beiden Sinfonikern sind, doch an sie erinnert, wenn er eine Musik für die Massen schreiben will — denn Beethoven und Mahler legen in ihrer Musik das offenste Bekenntnis zur Masse ab. Das Motto von Hegers Ouvertüre: „Seht, wie der Zug von Millionen“ scheint mir besser zu passen für diese sanftliche, demonstrative, an unmittelbar padenden Episoden reiche „Musik zu einer Demonstration“ als der Haupttitel, für den diese „Proletarische Ouvertüre“ (so sollte sie ursprünglich heißen) zu wenig Festliches hat. Eine gewisse Monotonie des Bläserklanges lag wohl in der Absicht des Komponisten — vielleicht wäre stellenweise andere Instrumentierung zu erwägen, um der imponierend durchgeführten Idee noch größere Anschaulichkeit zu geben für die Masse, der diese Ouvertüre gewidmet ist. Das Orchester hätte übrigens bei diesem ersten Stück etwas passionaler spielen können, und Otto Dida ging manchmal zu Tempobeschleunigungen über, wo bei so unerbittlichem Marschieren nur Klängeitigung gemeint ist. Nach der Ouvertüre folgte pauisoles, von der Jugend gelungen, die „Warschawjanka“. Das gelang wohl, weil der Ouvertüre das Befreiende, der Aufschwung fehlte — wo sollte ein ehrlicher Musiker von heute auch die Stimmung dazu hernehmen? Andererseits wurde dadurch verhindert, das direkte Echo des Worspiels zu prüfen. Hoffen wir, daß dessen Werte nicht nur bei der Jugend Verständnis und Dank geerntet haben. — Nach dem instrumentalen Experiment folgten zwei moderne Arbeiterlieder von Hans Eisler: die brutale „Bauernrevolution“ für Männerchor, und „Auf den Straßen zu singen“ für gemischten Männerchor mit Trommeln. Dieser letzte Chor, vielleicht der geklärtste aller neuen proletarischen Chöre, löste größten Enthusiasmus durch seine mitreißende Kraft und seinen robusten Elan aus.

Ebenso vorzüglich wie die Lieder den Gedankenkreis der Ouvertüre verdeutlicht hatten, wuchs nun aus den Chorregien die Arbeiterkantate, die Lina Carstens reiterte, im Nebenraume verständlich bis auf die letzte Silbe, mit innerem Feuer ohne pathetische Gehe, — es konnte das wohl niemand in der Schlichtheit großartiger, in der Beherrschung brennender sprechen als Lina Carstens. Auch die drei Gedichte (die gefühlvollsten Worte) von Walter Bauer, das Marx-Bekenntnis von Max Barthel und die agitatorische Hymne von Paul Jech) bildeten inhaltlich eine Einheit, und es war überraschend, wie natürlich sich daraus der „Anspruch“ ergab, über den von anderer Seite berichtet wird, wie die Ansprache der ausländischen Delegierten logisch in den Gehang der „Internationale“ mündeten, angestimmt von den Chören der vorzüglichen Volkssingakademie. — die in Disziplin, Klang und Ausdruckskraft einer ihrer rühmlichsten Tage hatte — begleitet vom ganzen Orchester (die geschickte Instrumentation stammte von dem energiegelassen, alle Kraft einsehenden Dirigenten und überlegenen musikalischen Leiter des Abends, von Otto Dida) — und endend im machtvollen gemeinsamen Gesange aller Anwesenden, die das Bekenntnislied stehend anhöreten.

Damit war der erste Teil des Programms beendet. Nunmehr kam eine Reihe ausländischer Parteitagsgäste zu kurzen Begrüßungsansprachen zu Wort.

Grumbach, Paris:

Parteifreunde, Genossinnen und Genossen, im Auftrage der Sozialistischen Partei Frankreichs, im Auftrage ihrer 110 Mann starken Parlamentsfraktion überbringe ich Ihnen, dem Parteitag und der hinter der deutschen Sozialdemokratischen Partei stehenden Arbeiterschaft die Wünsche für ihre Kämpfe, den Ausdruck unserer tiefsten Hoffnungen, daß Ihr trotz der Not, trotz der drohenden Gewalten, die gegen Euch sind, trotz aller Demagogie von rechts und links, trotz all der schweren Probleme, die vor Euch stehen, die Kraft haben werdet, denjenigen zu zerfallen, der sich gegen Euch stellt, gegen Euch, als den besten Verteidiger der deutschen Interessen. Ob ein anderer oder ich auf der französischen Parlamentstribüne, im Kampfe für den Weltfrieden, im Kampfe für die zu der Menschheit Ruhe notwendigen Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland stehen, immer, wenn Nationalisten gegen uns ankämpfen, jedesmal wenn wir sagen, daß ohne Verständnis für die Lage Deutschlands, ohne Verständigungswillen, ohne Berücksichtigung dessen, was Kriegs- und Nachkriegszeit dem deutschen Volke auferlegt haben; jedesmal, wenn wir sagen, daß die ganzen Maßnahmen des Vertrages von Versailles nicht für die Ewigkeit sein können, sondern sich anpassen müssen an neue Verhältnisse und so die Garantie für den neuen Frieden erst schaffen müssen, werden uns entgegengehalten die Horden der Stahlhelmer und Nationalsozialisten. Als ich heute mit meinem Freunde Hugomans hinausging nach dem Friedhof, dicht an dem großen Denkmal, haben uns am tiefsten erschüttert ein alter Vater und eine alte Mutter, die vor einem Grabe saßen. Sie waren schon alt, sie waren wohl seit Jahren daran gewöhnt, alljährlich hinauszufragen in Trauer um einen im Kriege gefallenen Sohn. Wenn ich all das bedenke,

so kommt es mir wie Wahnsinn vor, daß wir noch für den Frieden, noch gegen den Krieg kämpfen müssen.

(Lebhafte Beifall.) Was an uns in Frankreich liegt, was wir tun können, um diese jahrhundertalte unselige Wortschneide auszuhalten, wird gesehen. Trotz allem glaube ich, daß die deutsche Sozialdemokratie den Ocean bilden wird, in dem schließlich alle Kräfte des Friedens, alle Kräfte einträchtiger Zusammenarbeit der Völker sich entsalten, den Kahn des Völkervertrages sicher zu steuern, daß kein Sturm ihn mehr zerstören kann. In diesem Sinne arbeiten wir.

Wir wollen den Frieden, Stärkung des Vertrauens, Zusammenarbeit in Erkenntnis der Schwierigkeiten, die noch da sind, der Hindernisse, die entstanden durch Gegensätze der kapitalistischen Interessen.

Wir wollen nicht Sklaven der Vergangenheit sein, wir wollen uns

lügen, die Alten, die im mittleren Alter Stehenden und die Jungen, wir wollen für die ganze Zukunft den Frieden bauen. In diesem Sinne Glück auf! und Freundschaft!

Buchinger, Budapest:

Parteigenossen und Parteigenossinnen, ich überbringe Ihnen herzlichste brüderliche Grüße des schwergeprüften Proletariats Ungarns. Ich war gestern Zeuge dieser erhebenden Kundgebung und hatte dabei gefühlt, daß das deutsche Proletariat trotz allem, was es zu überstehen hat, sich auf einer Höhe zeigt, die für viele Länder noch unerreichbar ist. Der Genosse Wels hat gestern in seiner Begrüßungsrede erwähnt, wie ich aufzufasse, als ich das Lied: Die Internationale, hörte, und sagte, daß man in Ungarn dafür in den Kerker kommen könne. Ich habe auch gestern andere Wahrnehmungen machen können.

Überall leuchten rote Fahnen, und ich finde nicht Worte, dem Schmerz Ausdruck zu geben, wenn ich hier mitteilen muß: in Ungarn kommt es vor, daß Arbeiterfrauen von Gendarmen aus dem Versammlungsort hinausgewiesen werden, weil sie rote Kleider tragen.

Auch die deutsche Arbeiterschaft macht schwere Zeiten durch, aber zu uns kommen in die Versammlungen der Hauptstädte Millionen Arbeiter barfüßig und Frauen in Fellen und Lumpen gekleidet. Wir wissen in Ungarn ganz genau, daß auch Ihnen die sozialen Leistungen gekürzt worden sind, und daß Sie allerlei anderes Schwere erdulden müssen,

aber in Ungarn gibt es bei dieser großen Arbeitslosigkeit keine, gar keine Arbeitslosenunterstützung.

Ich weiß, was für politische Zustände hier in Deutschland sind, ich weiß, wieviel Sie zu leiden haben durch die unerschämten Provokationen Ihrer Gegner, z. B. der Nazis, aber bei uns sehen diese Sorte Leute in allen Kerkern und auf den Ministerbänken. So schwer wirkt sich die Katastrophe noch immer aus, die das ungarische Proletariat vor mehr als einem Jahrzehnt erlebte. Es trachtet sich aufzurichten, es wehrt sich, heute aber ist seine Lage eine noch verzweifelter. Und Genossen, ich möchte Sie bitten, es nicht als Kompliment eines Gastes hinzunehmen, sondern als wirkliche Tatsache, daß, wenn wir die ungarischen Proletarier, ganz besonders die jüngere Generation aufrechten wollen, in ihrem Glauben an den Sozialismus stärken wollen, dann erzählen wir Ihnen die rühmliche Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, erzählen wir Ihnen von den schweren Zeiten des Bismarckschen Ausnahmegesetzes, erzählen wir Ihnen davon, daß die Sozialdemokratie in Deutschland immer glänzende Weistämpfe geschlagen hat, erzählen wir, daß die Kämpfe des deutschen Proletariats im letzten Jahrzehnt trotz alledem und alledem geeignet sind, die deutsche Sozialdemokratie als das zu betrachten, was sie in der Internationale stets gewesen ist und was ich hoffe, daß sie es auch bleiben wird: die Vorkämpferin der internationalen sozialdemokratischen Parteien, Genossinnen und Genossen, wir sind der festen Überzeugung, daß trotz der schweren Zeiten die deutsche Sozialdemokratie die Schlüsselstellung in der internationalen Front für den Sozialismus inne hat, so daß sie diese Stellung behaupten und herbeiführen wird, den Sieg nicht nur des deutschen Proletariats, sondern des Proletariats der ganzen Internationale.

Dan, Rußland:

Genossinnen und Genossen, es gereicht mir zu einer ganz besonderen Freude, Sie aus Anlaß des Sozialdemokratischen Parteitags in Leipzig begrüßen zu können. Denn so sonderbar es auch klingen mag, ich kann sagen, daß gerade ein sozialdemokratischer Parteitag, der in Leipzig vor neun Jahren, im Januar 1922, stattfand, es gewesen ist, dem ich meine Freiheit, ja vielleicht auch mein Leben verdanke. Es war im Januar 1922, als ich mit anderen sozialdemokratischen Genossen von den Bolschewisten in Moskau eingekerkert worden war und man uns erklärte, daß wir auf lange Jahre hinaus in Gefängnis und Verbannung wandern müßten. Wir protestierten gegen dieses Urteil durch Hungerstreik. Da kam der Tag, als hier in Leipzig der Parteitag, der damals noch nicht geeinigt, sondern der Unabhängigen Partei, tagte, und dank seines Protektes wurden wir aus dem Gefängnis befreit, und es wurde uns gestattet, statt in die Verbannung nach Deutschland zu reisen. Es war damals eine Zeit, als die Bolschewisten noch auf die Stimme der europäischen Arbeiterschaft hören mußten. Als ich gestern sah die Reihen der kräftigen Jugend mit mutig leuchtenden Augen, wendenden Fahnen und klingender Musik, da habe ich mir gesagt, unsere Hoffnung wird uns nicht betrügen. Nach dem Untergang des Kapitalismus wird die Sonne des Menschenglücks strahlen, nicht einfach naturgegeben, sondern erkämpft vom Proletariat. Wir haben die Zuversicht, daß die deutsche Sozialdemokratie, was sie immer war, auch weiterhin bleiben wird, die Vorkämpferin im Kampfe um den Sozialismus. In diesem Sinne lebe die deutsche, lebe die internationale Sozialdemokratie hoch!

Dr. Selter, Tschchoslowakei:

In den Ländern Bayerns, Sachsen und Schlesiens leben bei uns 3 1/2 Millionen Deutsche, deren Sprache, Kultur und Sitte, vor allem aber auch deren wirtschaftliche Lebensbedingungen denen der angrenzenden Bewohner Deutschlands gleichen. Aus dieser Gleichheit der Sprache, Sitten und Kultur gehen die gleichen politischen Verhältnisse hervor. Auch wir deutschen Sozialdemokraten in der Tschchoslowakei haben die gleichen politischen Gegner, Deutsche, Nationale, Christliche, Wirtschaftspartei, Kommunisten und selbstverständlich auch Nationalsozialisten, denen besonders in der letzten Zeit die bürgerliche Intelligenz in ihrem politischen Unverständnis in Haufen zuläuft.

Bei uns sind die Nationalsozialisten keine so gefährlichen Feinde wie bei euch, denn bei uns ist die Einheit nationalsozialistischer Empörung ein wenig gedämpft durch die Furcht vor den Bajanen der Staatsmacht.

Aber wir wissen, daß der Sieg des Nationalsozialismus hierzulande auch für uns die traurigsten Folgen hätte. Aus diesem Bewußtsein und aus der engen Nachbarschaft und der tausendjährigen Verbundenheit geht selbstverständlich ein ganz besonderes Verständnis und eine innige Anteilnahme der deutschen Arbeiter in der Tschchoslowakei an den Verhältnissen und Begegnissen im Deutschen Reich, vor allem an dem Schicksal der deutschen Sozialdemokratischen Partei, hervor. Auch wir haben Schweres schon durchgemacht. Wir, die deutschen Sozialdemokraten, die in der Schule Viktor Adlers aufgewachsen, mußten politisch gegen unsere tschechischen Genossen stehen. In niemand aber lebt ein lebendiger Geist des Internationalismus als in der deutschen Arbeiterschaft der Tschchoslowakei.

Es war eine schwere Aufgabe, in den damaligen Kämpfen auf der einen Seite der Barrikaden stehen zu müssen und unsere tschechischen Genossen auf der anderen Seite stehend zu wissen.

Diese schmerzvollen Zeiten sind seit fünf Jahren vorüber. Hand in Hand veranstalten wir nun gemeinsam unsere Wartungsgebungen, gemeinsam gehen wir politisch miteinander,

seit einhalb Jahren sehen wir deutschen und tschechischen Sozialdemokraten gemeinsam in der Regierung der Tschchoslowakei,

gemeinsam gehen wir, in Regierung oder Opposition. Wir wollen nicht ohne Not die Macht, die wir heute in unserem Lande ausüben, aus der Hand geben, weil wir wissen, was es bedeutet, daß an den Grenzen unseres Staates Sozialdemokraten ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben. Dieser Gedanke ist für uns tschechische

Sozialdemokraten mitbestimmend, die politische Macht gemeinsam auszuüben, ohne Rücksicht auf das Bürgertum, das bei uns übrigens ebenso wie bei euch restlos der Reaktion verfallen ist.

Wir haben hier gestern in Leipzig einen so herrlichen Tag erlebt. Wir wissen nun, daß mit uns in Deutschland die proletarische Jugend ist. Wie bei Ihnen hier, so ist es bei uns drüben.

Auch wir haben in den letzten Monaten Veranstaltungen gehabt, die gleichfalls zeigten, daß die Arbeitermassen der Tschchoslowakei im Lager der Sozialdemokratie stehen. In dieser Überzeugung verbunden, werden alle Anschläge der Reaktion scheitern, an diesem Kampfsgeist der Jungen und der Alten, an diesem Willen der Sozialdemokratischen Partei wird die Reaktion aller Länder zerfallen und zerstoben.

Sanjen, Dänemark:

Im Auftrage der dänischen Sozialdemokratischen Partei bringe ich der deutschen Bruderorganisation zu ihrem bedeutungsvollen Parteitag unsere herzlichsten Grüße. Wir wünschen, daß es Ihnen gelingen möge, Beschlüsse zu fassen und Richtlinien zu geben, die für Ihre Partei von Erfolg und von Bedeutung für die internationale sozialistische Bewegung sind. Wir sind nicht im Zweifel, mit welchen Schwierigkeiten Sie zu kämpfen haben. Ich möchte zum Ausdruck bringen, was der dänische Staatsminister, Genosse Stauning, auf dem Parteitag 1927 in Kiel zum Ausdruck brachte: daß wir friedlich und freundschaftlich mit den Nachbarnölkern leben müssen, daß nicht Chauvinismus uns Grund zu Streitigkeiten geben darf. Wir haben bei der letzten Wahl in Dänemark 42 Prozent sämtlicher abgegebenen Stimmen auf die Sozialdemokratische Partei vereinigten können. (Lebhafte Beifall.) Wir sind dadurch in die Lage gekommen, mit den Demokraten eine Regierung zu schaffen.

Diese Regierung unter Staunings Führung ist darauf bedacht, das wieder aufzurichten, was die frühere reaktionäre Regierung niedergedrückt hat. Wir sind dabei, Reformvor schläge durchzubringen zum Schutze der Arbeitlosen, Verbesserungen für die Invaliden- und Altersrentenempfänger zu schaffen, das Steuergewesen auszugestalten.

Wir sind außerdem dabei, unsere militärische Ordnung, die sehr teuer und für ein Land wie Dänemark nutzlos ist, zu verändern, d. h. abzurufen. Denn die beste Ordnung zur Bewahrung des Friedens ist und bleibt die Abrüstung. (Lebhafte Beifall.) Wir haben im Reichsting, nicht aber im Landsting die Mehrheit. Das hat zur Folge, daß wir nicht alles durchzuführen können und daß dadurch einige Unruhe in der Arbeiterklasse entsteht. Unsere Gegner versuchen, diese Unzufriedenheit auszunützen, um unsere Regierung zu stürzen.

Wir müssen das verhindern und werden es verhindern, wenn die Einheit der Arbeiterklasse gewahrt wird.

In diesem Sinne möchte ich die Hoffnung zum Ausdruck bringen, daß Euch in Deutschland die Einheit der deutschen Arbeiterklasse werden und unter Führung der deutschen Sozialdemokratie bleiben möge zum Besten der deutschen, zum Besten der internationalen sozialistischen Bewegung.

Minister Möller, Schweden:

Ich habe die Ehre, die Grüße aus dem hohen Norden Ihnen darzubringen. Ich wollte eine kleine Geschichte des Orlog erzählen. Aber wegen Zeitmangel werde ich das unterlassen. Jedem falls sind Ihre Sorgen so viel größer als die unsrer, daß Sie überhaupt nicht zu vergleichen sind.

Aus tiefster Überzeugung muß ich sagen, daß es eine Aufgabe gibt, die alles andere überstaltet, das ist die Rettung der demokratischen Republik gegen Angriffe von rechts und links.

Was die deutsche Sozialdemokratische Partei in dieser Richtung macht, ist nicht nur für Deutschland von allergrößter Bedeutung, sondern für die ganze Welt, weil das gleichzeitig eine Arbeit für die Bewahrung des Völkervertrages ist. Deshalb hoffe ich, daß Ihr Wirken in dieser Richtung erfolgreich wird und daß nicht Streitigkeiten über taktische Fragen die deutsche Republik aufs Spiel setzen.

Die Begrüßungsfeier wäre einseitig gewesen, hätte sie nur das politisch-funktionäre Schaffen von 1931 gespiegelt. Die Sozialdemokratische Partei ist nicht nur Wegbereiter der Zukunft, Kämpfer der Gegenwart: sie will auch das Überzeitliche, hohe menschliche Ideale fesselnde Kunstgut der Vergangenheit bewahren. Goethes Dichtung „Die erste Walpurgisnacht“ ist Ausdruck von Kampf der Naturreligion gegen die Kirche, ist Verkörperung des Pantheismus, eine Allegorie aller jener Zeiten, in denen Unterdrückte heimlich die Feste ihrer unwandelbaren Überzeugung feiern, und insofern kann sie wahrhaftig in diesen Zeiten der Jenseitsnot als aktuell gelten. (Wer weiß, was uns noch blüht.) Die Ballade spricht von der Pflicht, Opfer für die Überzeugung zu bringen, und wird gekrönt durch die Zuversicht, daß uns niemand das Licht rauben kann, soviel die Feinde — „diese dumpfen Pfaffenkräften“ — sich auch noch erlauben werden. Das war mit Mendelssohns frischer, volkstümlicher, jugendstarker Musik, mit leichter glänzender Leistungsteigerung der Arbeiterlieder und des Leipziger Sinfonie-Orchesters, mit dem Alt Dorothea Schröters, dem Tenor Reiner Mintens und dem mächtigen Bass Walter Zimmers der richtige Abschluß, um das künstlerische Bild der Leipziger Arbeiterschaft und der sozialistischen Kulturarbeit zu runden und die Zuhörerhaft in heller und nun fröhlich gewordener Begeisterung zu entlassen. H. W.



„Wie konntest Du nur, Liesel, diese Stellung annehmen, wo der Arzt dir doch verboten hat, wegen deines Hämorrhoidalleidens eine sitzende Tätigkeit auszuüben.“ — „Ja, aber seitdem er mir empfahl, eine Zeitlang Posterisan, Salbe und Zäpchen, zu verwenden, geht es mir glänzend. Die elenden Schmerzen und der unerträgliche Juckreiz sind verschwunden. Jetzt halte ich das lange Sitzen gut aus, und die Arbeit macht mir wieder Freude.“ Die Tube Salbe kostet RM 1,75, die Packung Zäpchen RM 2,65 und ist in jeder Apotheke erhältlich.

Der halbverstaatlichte Rothschild

Ursachen und Folgen der Kreditanstaltkrise in Oesterreich

Von Paul Sende (Paris).

Der schwachsinrige Kaiser Ferdinand von Oesterreich wurde im Jahre 1848 zur Abdankung gezwungen und durch seinen jungen Neffen Franz Josef ersetzt. Die italienischen Besitzungen der Habsburger und ihre Vormachtstellung in Deutschland waren gefährdet, und die Hofkammer war der Meinung, daß ein unfähiger Herrscher eine direkte Ermächtigung für alle Gegner der Habsburger bedeute. Trotz des Kaiserwechsels ging die Macht der Habsburger sowohl in Italien als auch in Deutschland im Jahre 1866 endgültig verloren. Als der alte Ferdinand, der als pensionierter Monarch in Prag lebte, von diesen Ereignissen Kenntnis nahm, sagte er vorwurfsvoll zu seiner Umgebung: „Die Lombarden und Venetianer verlieren, aus dem Deutschen Bunde hinausgeschmissen wern, dös hätt' i a treff'n können!“ Ein ähnliches Kunststück hat die österreichische Kreditanstalt, die Aktienbank des Wiener Rothschildhauses zuwege gebracht. Nach vor einem Jahre veröffentlichte sie eine glänzende Bilanz und verteilte Dividenden, jetzt stellte es sich heraus, daß sie den weitaus größeren Teil des Aktienkapitals und der Reserven verloren habe und der Pleite nur durch eine sofortige und ausgiebige Hilfsaktion der Regierung entgehen konnte. Ein großes Finanzinstitut auf die Weise zu führen, daß es den vollständigen Zusammenbruch nur durch eine staatliche Rettungsaktion vermeiden kann, wobei für die schlechte Führung der Bank die Steuerzahler aufkommen müssen, dazu braucht man keine Rothschilds, keine fürstlich bezahlten Bankdirektoren, das hätte auch jede aus Staatsgeldern gefüllte Bank zustandbringen können! Es kann mit Recht und Recht behauptet werden, daß sich ein ähnlicher Fall niemals bei einer öffentlichen Bank ereignen könnte; denn die Kontrolle der öffentlichen Meinung und des Parlaments hätte die Verheimlichung der wirklichen Lage beträchtlich erschwert, wenn nicht vollständig unmöglich gemacht.

Ein Jahrhundert lang standen das Haus Rothschild und das Haus Habsburg in enger Verbindung; Graf Stadion, Minister des Kaisers Franz Josef, betonte es bereits im Jahre 1824, daß die beiden Häuser miteinander auf Gedeih und Verderben verbunden sind. Im Jahre 1918 fiel die Habsburgerdynastie, die Familie Rothschild überlebte sie, als Symbol des geschichtlichen Tatbestandes, daß

die Macht des Kapitals auf festeren Grundlagen ruht als die der Kaiser und Könige.

Doch kaum, daß ein Jahrzehnt verging, konnte die Aktienbank des Wiener Rothschildhauses nur dadurch den Zusammenbruch vermeiden, daß sie sich zwecks Rettung an die Republik, die die Habsburger zum Teufel jagte, wenden mußte. Die Abkehr der Habsburger — von den Kriegserfolgen abgesehen — zog keine wirtschaftliche Krise nach sich; die Pleite der Rothschildbank hätte die ganze Bevölkerung und vor allem die Arbeiterklasse, in Mitleidenschaft gezogen; denn beinahe vier Fünftel der österreichischen Großindustrie wird von dieser Bank beherrscht.

In der W. berichtet ich öfters über den Zweikampf, der in Oesterreich seit zwei Jahren zwischen der Thyssenengruppe, die die größte schwerindustrielle Unternehmung des Landes, die Alpine Montangesellschaft, beherrscht und zwischen der Rothschildengruppe ausgespielt wird. Dieser Kampf war durch die wirtschaftlichen Interessengegensätze, die zwischen den beiden Gruppen bestehen, bedingt, er verschärfte sich aber seit Oktober 1929, als die Kreditanstalt mit der verachteten Bodenreduktion eine Fusion eingehen mußte, beträchtlich. Die Thyssenengruppe stand an der Spitze der schärfmachiartigen Richtung und verpflanzte die arbeitereindlichen Methoden der deutschen Schwerindustrie nach Oesterreich. Lange Zeit hindurch war die Rothschildengruppe mit diesen Methoden auch einverstanden, die ihr nahestehende Presse bekämpfte wütend die Sozialdemokratische Partei und vor allem das Werk der roten Mehrheit des Wiener

Gemeinderates; sie legte der Heimwehr gegenüber ein großes Verständnis und Wohlwollen an den Tag. Alles änderte sich mit einem Schlag, als die Kreditanstalt auf inbrünstige Bitten der bürgerlichen und ihrer Regierung die Fusion mit der Bodenreduktion vollziehen mußte. Die finanziellen Interessen des Hauses Rothschild verlangten eine friedlichere Politik im Staate, da seine Leiter wohl wußten, daß jeder gewaltsame Putsch einen blutigen Bürgerkrieg, die Zuspaltung der Wirtschafts- und Finanzkräfte, und daher letzten Endes den Zusammenbruch der Kreditanstalt nach sich ziehen könnte. Die scharfe Stellungnahme der Rothschildengruppe gegen die sozialistische Regierung Raugoin-Seipel-Starheimberg war durch dieses absolute Ruhebedürfnis geboten. Die Thyssenengruppe genigte sich nicht damit, daß ihre Vertrauensmänner in die Ministerien einzogen, sie setzte auch auf den Posten des Generaldirektors der Bundesbahnen eines seiner Werkzeuge, den Grafen. Die Bundesbahnen sind aber in Oesterreich die größten Verbraucher der Industrie, die Kreditanstalt konnte daher nicht zusehen, daß dieses Unternehmen der Thyssenengruppe ausgeliefert wird. An der Niederlage der Regierung Raugoin, die Strafella vollständig bedeckte, hatte daher auch die Rothschildengruppe einen erheblichen Anteil.

Wäre nach Oktober 1929 eine Verschlechterung der Wirtschaftslage nicht eingetreten, dann hätte die Kreditanstalt die Fusion mit der Bodenreduktion mit Gewinn durchführen können. Einige Wochen aber nach der vollzogenen Fusion setzte der Börsensturz in Neugorl ein, die Krise verschärfte sich und so wurde auch die Kreditanstalt in den Strudel hineingerissen. Es darf weiter nicht vergessen werden, daß der Zusammenbruch des österreichischen Bankwesens in sehr hohem Maße darauf zurückzuführen ist, daß im Jahre 1924 beinahe alle Banken, Industrien und großen Handelsunternehmungen des Landes an dem mißlungenen Fusionszuge gegen den französischen Frank, meistens über ihre Kräfte, teilnahmen. Schon die Bodenreduktion schleppte eine ganze Reihe von Unternehmungen mit sich, die in dem Frankenkampf tödlich verwundet wurden und nur künstlich am Leben erhalten werden konnten. Nach der Fusion fiel die Erhaltung dieses Scheinlebens der Kreditanstalt zu, wozu noch die Schwierigkeiten der eigenen Unternehmungen, teils auch aus der Zeit der Frankenschlacht stammend, gesellen. Die Feststellung, daß die österreichische Wirtschaft infolge der Frankenspekulation eine an die Milliarden Schilling gehende Kriegsschuld an Frankreich zahlen mußte, erschr durch den Zusammenbruch der Kreditanstalt eine weitere Bestätigung.

Das Ruhebedürfnis des Hauses Rothschild wurde durch diesen Anach noch größer als früher, es wird daher notgedrungen auch weiter gegen jedes innerpolitische Abenteuer Stellung nehmen müssen.

Die Pleite der Kreditanstalt hat die ohnehin stark fortgeschrittene Pleite der Heimwehrbewegung nur befestigt.

Auch die Lage der österreichischen Thyssenengruppe ist nicht danach, großzügige sachliche Experimente zu ermöglichen. Vor kurzem ging nach durch die österreichische Presse die Nachricht, daß die Alpine Montangesellschaft, die derzeit nur einen einzigen Hochofen in Donawitz im Feuer hat, einen weiteren in Elsenitz anblasen lassen werde. Nun teilt die Direktion der Alpine mit, daß die Wiederinbetriebsetzung dieses Hochofens auf unbestimmte Zeit verschoben werden mußte. Auch der Aktienkurs der Gesellschaft erlitt eine erhebliche Einbuße. Die Alpine wird sich daher darauf beschränken müssen, in ihren noch in Gang befindlichen wenigen Betrieben die Arbeiterklasse in feste Organisationen zu pressen, für neue Abenteuer reichen ihre Geldmittel nicht mehr aus. Das Ansehen des Rothschildhauses, das nach der Fusion mit der Bodenreduktion in den Augen der bürgerlichen Parteien

mächtig stieg, wurde durch den Zusammenbruch der Kreditanstalt stark erschüttert, es genügt aber noch immer, jeden innerpolitischen Schritt zu vereiteln, der den Rothschilds neue Verluste zufügen könnte. Ob die Kreditanstalt durch die staatliche Hilfsmaßnahmen endgültig saniert ist, wird nur die Zukunft entscheiden, die politischen Auswirkungen dieser Sanierung stehen schon jetzt außer Zweifel.

Aus Nah und Fern

Flugpostverkehr Shanghai-Berlin in fünf Tagen

II London, 1. Juni.

Die erste Luftverbindung zwischen Shanghai und Europa ist am Sonntag eingeweiht worden. Eine Maschine der Eurasia-Gesellschaft verließ Shanghai bei Tagesanbruch und übergab ihre Post einem anderen Flugzeug in Peking um 15 Uhr östlicher Zeit. Die Post wird weiter über Pinst nach Manzhouki auf dem Luftwege und von dort mit der Bahn nach Irkutsk geleitet, wo sie Anschluss an den regelmäßigen Flugverkehr nach Europa erreicht.

Wie die Telegraphen-Union hierzu von Berliner Flugverkehrsgesellschaft erfährt, handelt es sich bei der in Shanghai gestarteten Maschine um ein deutsches Flugzeug vom Junkers-Typ W 33. Von Irkutsk bis Moskau wird die Strecke von einer russischen Fluggesellschaft besfliegen, wo dann die Derulust (Deutsch-russische Luftverkehrsgesellschaft) den Flugbetrieb zwischen Moskau und Berlin inne hat. In Shanghai aufgelieferte Post erreicht Berlin in fünf bis sechs Tagen. Diese Shanghai-Linie wird vorläufig nur zweimal in der Woche besfliegen.

Seine Familie und sich selbst erschossen

II Pirmasens, 1. Juni.

In der Nacht auf Montag hat sich in dem außerhalb der Stadt liegenden Wohnhaus des Lederhändlers Klesmann ein furchtbares Familiendrama ereignet. Während anscheinend alles in tiefem Schlaf lag, hat Klesmann zuerst seine neben ihm liegende Frau, dann seinen 9jährigen Sohn und seine 6jährige Tochter und schließlich sich selbst durch Kopfschüsse getötet. Die Bluttat wurde erst im Laufe des Montagvormittags durch einen Angestellten entdeckt. Brandspuren im Erdgeschoss und im ersten Stockwerk sowie in den Zimmern herumliegende Behälter mit sogen. Bugg-Zement lassen darauf schließen, daß Klesmann nach dem Mord an seinen Angehörigen versucht hat, das Haus in Brand zu stecken. Das Feuer ist jedoch nicht zur Entzündung gekommen. Als Grund zu der schrecklichen Tat werden finanzielle Schwierigkeiten angenommen.

Schweres Fallschirmschicksal

Drei Todesopfer

II München, 1. Juni.

Am Sonntagnachmittag sind in der Near beim Fallschirmspringen drei Personen, ein 20jähriger Mann und zwei Schwestern im Alter von 23 und 25 Jahren, sämtlich aus München, ertrunken. Das Fallschirm wurde beim Köppler Wehr von der starken Strömung erfasst und kenterte. Zwei Leichen konnten geborgen werden.

Der ungetreue Bonner Polizeisekretär verhaftet

II Bonn, 1. Juni.

Der am Sonntagvormittag mit 54 000 RM. Löhnungsgeldern, die für die staatliche Polizeischule bestimmt waren, geflüchtete Polizeisekretär ist in Honnef festgenommen worden. Er hatte noch das gesamte Geld bei sich.

Ämtliche Bekanntmachungen

1. Unter dem Rinderbestande des Gutsbesizers **Krobitzsch in Oehls-Marktseeberg, Krobitzschstr. 6** ist die **Maul- und Klauenleuse ausgebrochen.** Gemäß §§ 161 ff. des Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehschutzengesetz vom 7. Dezember 1911 (RGBl. vom Jahre 1912 Seite 41 ff.) wird der **Ortsteil Marktseeberg einschließlich Mittergut zum Sperrgebiet** bestimmt.

Zum **Beobachtungsgebiet** gehören der Ortsteil **Oehls** sowie die Gemeinden **Erbers** einschl. **Ortsteil Croitewitz und Wachau mit Vorwerk Auenhain.**

2. Infolge Ausbruchs der Maul- und Klauenleuse in **Rüben** werden die Gemeinden **Zeimen, Stähna und Böhlen** als **Beobachtungsgebiet** erklärt.

Leipzig, am 1. Juni 1931.
Die Amtshauptmannschaft.

Montag, den 8. Juni 1931, nachm. 1/2 3 Uhr. findet im Verhandlungslokal der unterzeichneten Amtshauptmannschaft **öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses** statt. Die Tagesordnung hängt in der Flur des amtsbauhauptmannschaftlichen Dienstgebäudes zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, am 2. Juni 1931.
Die Amtshauptmannschaft.

Göhrenz **Wegsperrung** ab Dienstag, den 2. Juni 1931, ist der Kommunikationsweg von Göhrenz nach **Ab-rsdorf** in der Flur Göhrenz auf die Dauer der Arbeiten gesperrt. Der Verkehr wird über **Rauen** oder **Staatsstraße** geleitet.

Göhrenz, am 31. Mai 1931.
Der Gemeinderat.

Großsch **Tanzsteuer.** Vom 1. Juni 1931 an gilt für alle in der Stadt **Großsch** stattfindenden Tanzveranstaltungen die Bezirks-Tanzsteuer-Ordnung des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft **Borna.**

Stadttrat **Großsch**, am 29. Mai 1931.

Großsch Die Landwirtschaftliche Betriebsgenossenschaft hat einen **Beitragsvorstoß für 1931** ausgeschrieben. Er wird in den nächsten Tagen eingehoben.

Stadttrat **Großsch**, am 29. Mai 1931.

Spartasse Liebertwollwitz. Sämtliche Verzinsung aller Kapitalanlagen Girokonto Leipzig Konto Nr. 88 Volksparkkonto Leipzig 11 490.

Gute Druckerarbeiten

von der einfachsten bis zur modernsten geschmackvollen Ausführung in ein- sowie auch mehrfarbigem Druck liefert pünktlich für Private und Behörden, Handel und Gewerbe, auch Massenaufgaben (im Flachdruck und im Rotationsbetrieb herzustellen), bei äußerst billigster Preisberechnung

Leipziger Buchdruckerei AG
Leipzig C 1, Tauchaer Str. 19/21
Fernsprecher Nr. 722 06

Familien-Nachrichten

In der Nacht zum 1. Juni 1931 zerstörte der Tod mein junges Glück!
Plötzlich und unerwartet verschied nach kurzer, aber schwerer Krankheit im Alter von 29 Jahren mein lieber Mann, unser lieber Sohn und Bruder, Herr

GEORG FISCHER
Leipzig C 1, Hofer Straße 15, den 1. Juni 1931
In tiefstem Schmerze
Eise Fischer geb. Stranzky
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 4. Juni, 15.30 Uhr, auf dem Trinitatisfriedhof statt

Unerwartet erhielten wir die Nachricht vom Ableben unseres lieben Turn- und Sportgenossen

GEORG FISCHER

Wer ihn gekannt, wird unseren Schmerz ermessen. Wir trauern an seiner allzufrühen Bahre und widmen ihm ein letztes »Frei Heil!«

Riege Naturfreunde
Frauenriege Naturfreunde
1. Raftballmannschaft
im VfL Südost

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 31. Mai 1931, nachmittags 14 Uhr, im schönsten Alter von 46 Jahren meine herzengute Frau, Schwägerin und Tante, Frau

Martha Engler verw. gew. Schreiber geb. Umbreit
Leipzig O 28, den 1. Juni 1931
Mariannenstraße 74

In stiller Trauer
Emil Engler
A. Botta als Schwiegervater
nebst Angehörigen

Einäscherung findet Donnerstag, den 4. Juni 1931, 15.30 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Blumen-spenden dankend abgelehnt.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am Montag, dem 1. Juni 1931, im Krankenhause **St. Georg** im Alter von erst 44 Jahren unser lieber, guter, treusorgender, unvergeßlicher Gatte und Vater

Ernst Tillhein
Leipzig W 35, König-Georg-Straße 31
In tiefster Trauer
Emma Tillhein und Tochter Irmgard
sowie alle übrigen Angehörigen

Die Einäscherung erfolgt Freitag, den 5. Juni, vormittags 1/10 Uhr, auf dem Südfriedhof

Röstkaffee

ist aus den edelsten Sorten sorgfältig gemischt und wird täglich in unserer modernen Kaffeerösterei frisch gebrannt. Hierauf wird er sofort verworfen, verpackt und durch Spezialfahrzeuge unseren Vertriebsstellen zugestellt. Er ist in vier Preisklassen vorrätig.

1/4 Pfund **1.05 - .90 - .80 - .60**

Konsumverein
Leipzig-Magwitz u. Umg., e. G. m. b. H.

Abgabe nur an Mitglieder / Bitte Ausweisarten mitbringen
Aufnahme in allen Vertriebsstellen

Debatte über Tarnows Referat

Der Schluß der Vormittagssitzung vom ersten Verhandlungstag

Beginn der Debatte

Ströbel (Chemnitz): Nach den beinahe zweistündigen Ausführungen des Referats kann ich in zehn Minuten nur stichwortartig sprechen. Die deutsche Krise war kein unvermeidliches Schicksal, so sehr sie auch mit dem Weizen des Kapitalismus und den Zuständen der Weltwirtschaft verbunden ist. Die deutsche Krise hat ihre ganz besonderen Ursachen und Umstände, die sich als eine Art kapitalistischer Selbstzerstörungswut charakterisieren lassen. Nach dem Ruhrkrieg hat Kurt Geyer eine Broschüre darüber gegen die drei Verderber Deutschlands geschrieben, die Stinnes, Helfferich und Havenstein. Auch heute haben wir drei Verderber Deutschlands: Schacht, Hugelberg und Hiltner. Aber das Unglück ist, daß man diese drei Namen auch durch drei beliebige Vertreter der jetzigen Reichsregierung ersetzen kann, weil sie zum großen Teil die Politik der Verderber treibt. (Lebh. Beifall.) Wie steht es mit den deutschen Krisenursachen? Auch die Konsumschrumpfung durch die Weltagrarkrise war für die deutsche Krise nicht wesentlich. Der durch sie verursachte Konsumausfall betrug nur etwa 500 Millionen, der gesamte Ausfall an Kaufkraft aber 12 Milliarden. Auch die Ausfuhrstopplung spielte keine Rolle; erst 1930 ist die deutsche Ausfuhr zurückgegangen. Deutschland hat bereits 1928 eine Arbeitsmarktfrage als Folge der Fehlrationalisierung gehabt. Durch Einführung ausländischen Kapitals und Hochhaltung der Löhne wurde sie rasch überwunden. Die Schwere der gegenwärtigen Krise in Deutschland beruht auf der Fehlrationalisierung der übermäßigen Freisetzung von Arbeitskräften, der Ausschaltung von Auslandskrediten, der Kapitalflucht und dem seit 1929 einsetzenden verhängnisvollen Lohnabbau.

Wir haben eine Steigerung der Kapitalbildung und eine gewaltige Vermehrung des Volkseinkommens, eine ganz außerordentliche Hochkonjunktur in Deutschland gehabt, bis die drei Verderber Deutschlands, die durch weltwirtschaftliche Umstände mitbedingte Krise mit ihren furchtbaren Zerstörungen über Deutschland brachten. Wir stehen vor der Gefahr, daß die drei Verderber ihr Werk vollenden und uns in eine unüberwindbare Krise stürzen, die Zahl der Arbeitslosen vielleicht auf 6 oder 7 Millionen steigern.

Diese Gefahr ist durch die einseitige Politik Brünings außerordentlich gesteigert, und diese Politik haben wir leider nicht mit der gebührenden Energie gebrandmarkt und bekämpft. (Lebh. Beifall.)

Von dem Mittel zur Krisenbekämpfung will ich nur die Kapitalinjection herausgreifen. Wir können die bringen notwendigen Notstandsarbeiten nicht allein aus Steuermitteln durchführen, sondern brauchen dazu Milliardenbeträge aus dem Ausland. Diese Mittel können wir aber nur erhalten, wenn wir eine wirkliche europäische Friedenspolitik treiben. Deshalb hätten wir auch den friedensstörenden Zollunionsprojekt nicht so fatalistisch gegenübergestellt und es ohne Gegenwehr über uns ergehen lassen sollen. Es ist ein Skandal, daß der „Vorwärts“ dazu überhaupt keine Stellung genommen hat. Nur eine ganz klare und feste Europapolitik erreicht Kredite. Für diese Politik internationaler Versöhnung müssen wir eine ganz andere Aktivität entfalten als wir bisher getan haben. (Lebh. Beifall.)

Graf (Leipzig) (mit Beifall empfangen): Genosse Tarnow ist gegen die Wirtschaftskrise nicht größer Energie zu Felde gezogen und ich konnte manchmal die Empfindung nicht unterdrücken, daß da aus einem Saulus ein Paulus geworden ist. Aber über die Wirtschaftskrise gehen die Ansichten aller Theoretiker auseinander, auch innerhalb der Linken. Und ich glaube, auch innerhalb der Forschungsstelle; ich glaube, auch dort hat man in den letzten Jahren wiederholt den Standpunkt geändert. Worauf es aber ankommt ist die Feststellung, daß hier keine Konjunktur, sondern eine Strukturkrise der Weltwirtschaft vorliegt. Wir müssen uns auf ihre Dauerwirkung einstellen. Natürlich können noch Perioden besserer Konjunktur kommen, aber die Tendenz wird fortbestehen, das Niveau der Massen herunterzudrücken. Diese Strukturkrise ist in der Landwirtschaft vielleicht noch stärker als in der Industrie; die in der Landwirtschaft eingetretenen Veränderungen werden schwerlich wieder so rasch verschwinden. Die Latifundienwirtschaft auf der alten feudalen Basis ist nach dem Kriege zusammengebrochen, aber im Kleinbauernstum wird auf kapitalistischer Basis eine neue Latifundienwirtschaft errichtet. Die überreichen Staaten mit niedriger Bodenrente können viel billiger produzieren, wenn der Weltmarktpreis für die Tonne Weizen von 241 auf 100 Mark gesunken, in Deutschland aber auf 140 Mark gestiegen ist, wenn ebenso beim Roggen einem Weltmarktpreis von 70 Mark pro Tonne, ein deutscher Preis von 250 Mark gegenübersteht, dann ist unsere Getreideproduktion gesellschaftlich überflüssig geworden und ein Kaufbau am Volkswormögen. (Teilweise Zustimmung.) In diesem Zusammenhang auch ein Wort zu dem Problem Sowjetrußlands.

Wir müssen uns dazu viel sachlicher einstellen und viel weniger pharisäerhaft sein. (teilweise Beifall.)

Wir haben auch bei uns ein Wohnungseld und verzelndete Massen. Wir müssen das Rußland von heute nicht mit dem Deutschland von heute, sondern mit dem Rußland der Jarenzeit vergleichen und dürfen nicht vergessen, daß Rußland acht Jahre Krieg hinter sich hat und daß der Weg der Selbstfinanzierung, den es geht, naturgemäß mit einer Verelendung der Bevölkerung verbunden ist. Wir stehen gegenüber einer Industrialisierung nicht nur der früheren Kolonialländer; auch das ballantisierte Europa des Reichstages hat künstlich viel überflüssige Industrie großgepöppelt. Der technische Fortschritt ist heute so groß geworden, daß vielfach noch nicht abgegründete Fabrikanlagen erneuert werden müssen. Das nicht abgegründete Kapital wird dann natürlich in die Realkalkulation einbezogen. In der kapitalistischen Gesellschaft ist jede Rationalisierung eine Fehlrationalisierung. Das hat niemand besser nachgewiesen als Otto Bauer in seinem Buch: Kapitalismus und Sozialismus nach dem Weltkrieg. Jede Rationalisierung begünstigt heute den Unternehmer, während die Opfer die gesamte Gesellschaft trägt.

Dazu haben in Deutschland auch Fehler der deutschen Politik beigetragen, auch Fehler unserer eigenen Politik (teilweise Zustimmung).

Auch ich glaube im Augenblick noch nicht an einen Zusammenbruch des Kapitalismus. Aber ich sehe die Gefahr des Zusammenbruchs der Massen. Die Rebellionen in der ganzen Welt sind ein Menetekel. Wenn die Massen sich in Bewegung setzen, wird es darauf ankommen, wer sie führt. Zu wem sie Vertrauen haben, zu uns oder zu Hiltner und Thälmann. Wir müssen unsere ganze Politik darauf einstellen, die Führung zu behalten. Darum haben wir Maßnahmen in den Vordergrund zu stellen, die schnell wirken. (Lebhafter Beifall.)

Jensen (Linz): Bei der vollendeten geistigen Demokratie in unserer Partei wird der Parteivorstand gewiß dem Referat des Genossen Tarnow, das jetzt im Tempo des rationalisierten Kapitalismus gedruckt und herausgeworfen werden soll, wenigstens bei der zweiten Auflage auch die Distinktion anfügen. (Heiterkeit.) Es ist ein Stück praktischer Minderheitskunst, für den Beifall im Vorterbund so erfolgreich zugunsten der Armenier eingetreten ist. (Erneute Heiterkeit.) Die kommunistischen Zusammenbruchstheo-

rien sind für uns ohne Belang. Kein Sozialist will den Zusammenbruch des Sozialismus, der unter seinen Trümmern die Arbeiterklasse begraben würde. Was wir wollen, ist etwas anderes:

Wir wollen die Kraft zum Kampf gegen den Zusammenbruch, die Kraft zum Umbau des Kapitalismus gewinnen.

Wir werden eine solche kapitalistische Hochkonjunktur, wie die von 1895 bis 1914, nicht wieder erleben. Die strukturelle Arbeitslosigkeit wird bleiben und die Tendenz zur Verelendung der Massen steigern. Aus ökonomischen und politischen Erwägungen müssen wir deshalb die Erweiterung des gemeinwirtschaftlichen Sektors mit aller Energie erstreben. Der Sozialismus wird nur in Etappen verwirklicht werden, aber wir müssen ihn als eine nach zu erreichende Wirtschaftsform darstellen, um dadurch die Einsicht und die Kraft der Massen zu steigern. Wir müssen auf die Psychologie



Genosse Ströbel (Chemnitz)

der Massen viel größeren Wert legen. Wir müssen ihr deshalb sagen, daß sich die kapitalistische Krise zwar mildern kann, daß Rettung davor aber nur der Sozialismus ist. Wir müssen ihn nicht nur als agitatorische Wendung, sondern als praktische Notwendigkeit herausstellen — das wird für die Massenpsychologie von erst-rangiger Bedeutung sein. Wir müssen die Massen gegen den drohenden Zusammenbruch des Kapitalismus mobilisieren, und wir haben glücklicherweise für die Sozialisierung Westeuropas wesentlich andere Voraussetzungen als Sowjetrußland. Deshalb haben wir das Schlagwort auszugeben: Sozialismus ist in unserer Zeit die praktische Aufgabe jener „Mensch, auf die gestern Camille Huysmans sein Hoch ausbrachte und die unsere Hoffnung sein wird, wenn wir sie mit dem Geist des Marxismus und dem revolutionären Willen erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Crispien (Parteiorganisator): Wir stehen grundsätzlich zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Damit ist unsere Stellung zur deutsch-österreichischen Zollunion gegeben. Wir erstreben den Zusammenbruch aller europäischen Staaten. Wir fördern deshalb jeden Zusammenbruch, der in der Tendenz der allgemeinen europäischen Verständigung liegt. In der Reparationsfrage sind wir niemals in einer Einheitsfront mit den Nationalisten gewesen. Wir haben unsere Bereitschaft zur friedlichen Verständigung mit den Siegerländern gegen alle bürgerliche Parteien einschließlich der



Actur Crispian

Kommunisten durchgekämpft. In der Stellungnahme zu Sowjetrußland habe ich bei dem Vortrager nicht nur die Solidarität für unsere russischen Parteigenossen, sondern die internationale Solidarität überhaupt vermisst. Ich kann es nicht verstehen, wie ein Sozialdemokrat nicht hochgeht, wenn er daran denkt, auf wessen Kosten die Experimente in Rußland gemacht werden. Ist für uns, wie in Rußland, der Mensch wirklich nur Nebensache, nur Objekt der Machtpolitik einer Führerclique von unerhörter Brutalität, dann hat der Sozialismus seinen Sinn verloren.

Sozialismus ist für uns nicht möglich ohne bewusste freundliche Mitarbeit der breiten Massen, ohne Achtung vor dem Menschen. Wer in dieser Kardinalfrage nicht unerschütterlich festbleibt, schädigt die Internationale, schädigt den Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Auch die Darstellung kann ich nicht zulassen, daß bei der Milderung der russischen Verhältnisse diese russische Methode eben unvermeidlich war. Die russischen Proletarier empfinden diese Betrachtungsweise als Verleugnung ihrer Menschenwürde, und der Sozialdemokrat hat Gewalt und Terror bei allen Völkern und in allen Kontinenten zu verwerfen. (Beifall.) Genosse Graf hat gemeint, im Kapitalismus sei jede Rationalisierung Fehlrationalisierung. Das war der Standpunkt der Maschinenstürmer in der vorsozialistischen Zeit, das ist Gandhi's Standpunkt in Indien. Aber die Rationalisierung ist ein Fortschritt in der Entwicklung der Produktivkräfte und bleibt es, auch wenn das Kapital die Lasten auf die breiten Massen abzuwälzen sucht. Unsere sozialistische Aufgabe ist es, die Massen dagegen kampffähig zu machen. Jeder Parteifunktionär ohne Ausnahme muß sich verantwortlich fühlen für das Vertrauen der Massen zur Sozialdemokratie, keiner kann

und darf die unbequeme Verantwortung für Parteitaktik ablehnen. Jeder wirkliche Sozialdemokrat nimmt jederzeit volle Mitverantwortlichkeit auf sich. Haben wir diese Solidarität, dann werden wir mit allen Widerständen fertig werden. (Lebhafter Beifall.)

Petrich (Gera): Die tiefschenden Meinungsverschiedenheiten in der Partei haben mit Verantwortungsdenken gar nichts zu tun. Will Genosse Crispian ihre Ursachen erkennen, muß er schon etwas tiefer graben. In dem ausführlichen Referat des Genossen Weis habe ich gestern vermisst die Stellungnahme zu den unmittelbar drohenden sozialpolitischen Gefahren. (Weis: Sie nahm den Hauptpunkt meiner Rede ein.) Die schwere Bedrohung der gesamten Sozialpolitik ist gegenwärtig das Kernstück der Lage für Partei und Gewerkschaften. Ueber den organisierten Kapitalismus und die Wirtschaftsdemokratie hat Tarnow zur Zeit der Hochkonjunktur ganz anders gesprochen als heute. Aber auch heute hat er nur Theorie geredet und war völlig wirklichkeitsfern. Die Massen draußen warten ungeduldig auf praktische Lösungen. Unsere widerstandsfähige Haltung gegenüber den ökonomischen Schwierigkeiten verkennt die psychologischen Voraussetzungen und stürzt uns in wachsende Gefahren.

Wir klagen die Wirtschaftspolitik Brünings an, daß sie die Krise verschärft und die Not der Massen steigert. Aber wir tolerieren Brünings. Kann die Partei diesen Widerspruch nicht lösen, sehe ich trübe in ihre Zukunft.

Die Partei sollte im Kampf gegen die Wirtschaftskrise ihre Kraft darauf konzentrieren, die Karielle und Konzerne zu Organen der öffentlichen Wirtschaft zu machen. Was der Partei jetzt nottut, ist Klarheit, Sammlung und Kühnheit. (Beifall.)

Wieligt (Leipzig): Unter den Folgen der Wirtschaftskrise richten sich die Augen vieler Arbeiter nicht nur Deutschlands sondern nach Sowjetrußland. Alle Wahlen seit dem 14. September haben den Kommunisten Erfolge gebracht, nicht nur wegen der Enttäuschung über unsere Politik, sondern auch wegen der Hoffnung auf Sowjetrußland. Ich weiß mich von jeder kritiklosen Begeisterung für Sowjetrußland frei; aber weiteste Kreise erblicken im Fünfjahresplan einen gigantischen Versuch und verprechen ihm einen gewissen Erfolg. Auch Otto Bauer hat in ihm nicht eine Diskreditierung des Sozialismus erblickt wie Crispian, sondern eine Hoffnung, daß Sowjetrußland durch die größte Gefahrenzone hindurchkomme und der ganzen Welt die schreckliche Reaktionsperiode erspare, die der Sturz der Sowjetunion nach sich ziehen müßte. Ich übersehe in Sowjetrußland nicht schärften Lohndruck und soziale Reaktion, Lebensmittelmangel und äußerster Not, politische Unfreiheit und brutalen Terror. Aber deswegen dürfen wir Sozialdemokraten doch niemals auf das Niveau der niedrigen bürgerlichen Hege gegen Sowjetrußland herabbesinken. Wir haben an den Beschlüssen der Internationale in Marseille festzuhalten und jeden Interventionsgedanken abzuweisen.

Wir stellen unsere Gedanken nicht auf die Kritik Sowjetrußlands konzentrieren, sondern auf die Maßnahmen, durch die wir Deutschland durch das gegenwärtige Höllenland der Krise hindurchführen können.

Dazu müssen wir die Macht der deutschen Arbeiterklasse steigern und die Arbeiterklasse nicht nur apparatmäßig, sondern wirklich aktivieren zur Ergreifung der politischen Macht. Damit würden wir auch dem gesamten Proletariat Rußlands ein Helfer und kein Feind mehr sein. (Beifall.)

Mäder (Breslau): Die Partei befindet sich politisch in einer außerordentlich bedrängten Lage. Welches sind die Ursachen dieser Lage? Die politische Krise ist zweifellos hervorgerufen durch die wirtschaftliche Krise. Der Referent hat eine ganze Reihe politisch taktischer Maßnahmen genannt zur Milderung der augenblicklichen Krise. Aber darüber hinaus will das Proletariat etwas Grundständiges von uns hören, es will wissen, wie der Sozialismus aussieht, welche besonderen Maßnahmen abweichend von allen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Reformvorschlügen die Sozialdemokratie zu machen hat, um das Elend an der Wurzel zu fassen. Die Partei ist in eine absolute politische Passivität hineingeraten. Daher wäre es notwendig, daß wir uns klar werden, was geschehen soll, wenn wir zur politischen Macht kommen. Auf die Währungs- und geldpolitischen Fragen ist Tarnow so gut wie gar nicht eingegangen. Wir leben in der Zeit einer enormen Geldaufwertung, das heißt einer Deflation. Das ist das notwendige Ergebnis der Geldwährung. Die Nazi treten uns jetzt mit der Behauptung entgegen, wir möchten das Finanzkapital nicht bekämpfen. Auf die unerhörten Inflationstendenzen der Nazi einzugehen, lohnt nach der Debatte „Zeter-Motling im Rundfunk nicht.“

Aber ich halte auch das verfehlt, was die Russen gemacht haben. Ich war 1926 selbst in Rußland, habe mich mit dem russischen Finanzminister über finanzpolitische Probleme unterhalten und ich sehe gegenwärtig, daß eine ganze Fülle von Fehlschlüssen der russischen Politik, geradezu Bodsprünge auf dem Gebiete der Währungs- und Finanzpolitik zu verzeichnen sind. Wenn die Produktionsmittel zu 100 Prozent verstaatlicht wären, was in Rußland noch nicht der Fall ist, so wäre es trotzdem noch durchaus möglich, daß es kapitalistische Ausbeute gäbe. Unser eigentlicher Gegner ist der Finanz- und Industriekapitalismus.

Marie Juchacz: Was den Fünf-Jahres-Plan anlangt, habe ich Respekt vor der grandiosen Leistung, die dem russischen Volk mit gewaltigen Staatsmitteln aufgewungen wird. Das ungeheure Elend, das aus der Literatur über den Fünf-Jahres-Plan hervorgeht, hat mir doch zu denken gegeben, ob ein anderes Proletariat der Welt, das nicht durch die Geschichte der Entwicklung gezwungen ist, eine ganze Wirtschaftsepöche zu überspringen, überhaupt noch in der Lage wäre, ein solches unsägliches Elend zu erdulden, wie es dem russischen Volke und besonders auch den Frauen heute beschieden ist. Wir stellen uns sicher nicht an die Seite der bürgerlichen Hege (Sehr wahr!), die die russische Entwicklung nicht nur begreifen, sondern auch als Beispiel für deutsche Verhältnisse nehmen möchten, sondern wir müssen Solidarität empfinden mit den russischen Arbeitern. Auch mir drängt sich der Vergleich auf mit dem Frühkapitalismus, und wir, die wir uns auf dem Boden bewegen, den uns die Vorkämpfer des Sozialismus geschaffen haben, müßten doch allerhand aus der Vergangenheit gelernt haben.

Die Resolution zur Frage der Frauenerwerbsarbeit stellt eigentlich eine Selbstverständlichkeit dar, die sich, wenn auch unausgesprochen, auch aus dem Tarnowschen Referat ergibt. Wir betonen damit noch einmal einen Punkt des Parteiprogramms und einen Beschluß des letzten Parteitages in Magdeburg. Wir wünschen, daß es kein Sonderrecht gegen die Frauen geben darf und betonen vor allem, daß wir der Reaktion nicht in ihrem Bestreben, noch weitere Zerstörungstendenzen in die Arbeiterschaft hineinzutragen, zu Willen sein dürfen.

Man kann den Frauen nicht helfen, indem man ihnen Erwerbsarbeit entzieht, sondern nur auf sozialpolitische Wege. (Zustimmung.)

Nach Verlesung von Begrüßungsschreiben aus Finnland, der Schweiz und Ungarn, sowie vom Arbeiter-Radiobund, gibt Pipinski noch davon Kenntnis, daß der Vorsitzende der Partei dem Volkspräsidenten von Leipzig den Dank für die Unterstützung seitens der Polizei bei der Demonstration am Sonntag auszusprechen hat. Die weitere Debatte wird auf nachmittag 3 Uhr vertagt.

Die Nachmittagsfikung

Fortsetzung der Debatte über Tarnows Referat

Leipzig, am 1. Juni 1931.

Dittmann:

Der Parteitag kann sich dazu beglückwünschen, das vorzügliche Referat Tarnows in den Anfang dieser Verhandlungen gestellt zu haben. (Sehr richtig!) Ich hätte gewünscht, daß aus den Kreisen der Genossen, die gestern Abend ein Korreferat auf diesem Punkt gewünscht hatten, nach dem Referat Tarnows offen anerkannt worden wäre, daß ein Korreferat nicht notwendig war. Leider haben die Genossen diesen moralischen Mut nicht aufgebracht, und deshalb haben ihre Ausführungen einen recht gequälten Eindruck gemacht und waren zum guten Teil Verlegenheitsreden. Man sollte sich mehr an das erinnern, was uns allen trotz der Gegensätze in einzelnen Fragen gemeinsam ist. Wäre das geschehen, so wäre von vornherein eine psychologisch günstigere Stimmung auch auf diesem Parteitag für diese Genossen geschaffen. Gewiß soll man auf die Einstellung der Massen Rücksicht nehmen.

Aber das darf nicht bedeuten, daß die Massen, die aus einem Instinkt, aus einem Gefühl heraus urteilen, weil sie durch die kapitalistische Wirtschaft bedrückt sind, die Führung angeben.

Die Sozialdemokratische Partei hat es stets abgelehnt, ein Phantasiegebilde, eine Fata Morgana zu malen. In den tagelangen Debatten über den Zukunftsstaat hat vor Jahrzehnten schon Bebel unsere Gegner wegen dieser Forderung verhöhnt. Wir müssen die deutschen Arbeitermassen vor der Illusion behüten, daß wir in Deutschland das russische Beispiel nachahmen könnten. Das wirkt ja so faszinierend auf die Arbeiter, wenn man sagt, wir hätten 1918 in Deutschland auch die Courage haben müssen, die Bourgeoisie zu vernichten und alles neu aufzubauen, dann wäre jetzt alles anders bei uns. Ich kann Ihnen einen Kronzeugen dafür anführen, daß die Verhältnisse in Rußland mit denen in Deutschland gar nicht zu vergleichen sind. Wir haben uns damals in Moskau mit Tschitscherin darüber unterhalten, und Tschitscherin gebrauchte ein paar prächtige Bilder, die die Situation gut illustrierten. Er sagte, das Verhältnis der Entente zu Rußland kann man etwa damit vergleichen, als wenn man mit geballter Faust gegen einen großen gefüllten Gasballon stößt. Der Eindruck im Ballon ist verschwunden, sobald man die Faust zurückzieht. Aber ihr in Deutschland, sagte Tschitscherin, seid zu vergleichen mit einem Manne, dem ein Stürmer die Hand an die Kehle gelegt hat und jubriert, sobald er aufmuckt. Ich bitte Sie, das Referat Tarnows als Grundlage für die Aufklärung der indifferenten Massen, vor allem auch des Mittelstandes, der Kreise, die heute noch dem Faschismus nachlaufen, zu verwenden, dann wird unsere Agitation Erfolg haben. (Langer, lebhafter Beifall.)

Ziegler (Breslau):

Nach dem ausgezeichneten Referat Tarnows und den ergänzenden Diskussionsreden kann ich es mir erlauben, theoretische Ausführungen zu den Krisenursachen zu machen. Die Stadt Breslau steht vor dem finanziellen Zusammenbruch. Aber was soll werden, wenn die Gemeinden die Arbeitslosen nicht mehr unterstützen können. Freiwillig werden sie das Schicksal des allmählichen Verhungerns nicht auf sich nehmen. Trotz aller Propaganda gegen den Sturz der Wirtschaftsordnung werden sie eines Tages handeln, wie 1918 die Kriegsteilnehmer gehandelt haben, und mit unhaltbaren Zuständen Schluss machen. (Beifall.) Die Stimmung der Massen kann nur der feststellen, der täglich mit den verzweifeltsten Arbeitkollegen zu tun hat. Bei ihnen würde es einen Massensturm bei Entlassung ergeben, wenn man ihnen mit Tarnow sagen wollte, die Sozialdemokratie fühle sich als Arzt, der den kranken Patienten der kapitalistischen Wirtschaft helfen will.

Was schwankt, das sollen wir nicht lühen und heilen, sondern kürzen und vernichten. (Stürm. Beifall auch auf den Tribünen.)

Wir sind verantwortungsbewußt, aber nicht gegenüber Brüning und der Regierung. Wenn eine neue Rotterordnung Arbeitslose und Kranke benachteiligt, dann fragen wir nach den Interessen und dem Kampfwillen der Masse, nicht nach Hindenburg, Brüning und Goerner. Die ewige Frage, was die Regierung und die bürgerlichen Parteien zu unserer Stellungnahme sagen werden — das ist es, was die Stimmung der Massen draußen verdirbt. (Lebhafte Beifall und Widerspruch.)

Rölling (Frankfurt a. M.):

Genosse Tarnow hat sehr viel auf die Professoren geschimpft, deswegen darf der Professor noch lange nicht auf die Gewerkschaftsführer schimpfen. Das gehört so zu den modernen gottgewollten Abhängigkeiten, die man gern in Kauf nimmt. (Heiterkeit.) Aber ein Referat von Fritz Tarnow hört sich schon verflucht nach dem Dr. h. c. an, und mein lieber Tarnow, wenn du erst auf der schiefen Ebene bist, dann gibst es vor dem Professor kein Halten mehr. (Große, langanhaltende Heiterkeit.) Von der ökonomischen Betrachtungsweise Tarnows scheint mir ein außerordentlich interessantes Licht auf die nationalsozialistische Bewegung zu fallen. Wir kommen ja nicht weiter, wenn wir den Nationalsozialismus nur hinstellen als Produkt der Gasse, als rübe Verhezung, als wirtschaftlichen Nihilismus, als schillernde Giftblüte auf dem Sumpf der kapitalistischen Krise.

Wir müssen den Nationalsozialismus begreifen als die erste misshandelte Form der sozialen Rebellion der kapitalistischen Zwischenschichten; wir müssen selbst den Nationalsozialismus so sehen als ein Entwicklungsmoment.

Diese Krise hat die Eigenschaft, daß sie nicht nur die beiden Pole der Gesellschaft, Bourgeoisie und Proletariat, ergreift, sondern auch die kapitalistischen Zwischenschichten in den Maßstrom der Proletarisierung hineinzieht. Trotz aller Verwirrung und Unklarheit vollzieht sich jetzt die seelische Ablösung weiterer bürgerlicher Kreise vom Kapitalismus. Das Kapital verliert in der Demokratie seine Massengrundlage. Dem entgegenzuwirken bleiben nur zwei Möglichkeiten:

Entweder es rückt von der Demokratie ab, und in der Tat ergehen sich weite kapitalistische Kreise in pusillimsten Stimmungen, oder aber der Kapitalismus versucht, sich unter Trugparolen Landsknechtstruppen zu schaffen.

Aber mit 100 Prozent bürgerlichen Parolen kann er keine Massen mehr in Bewegung setzen. Die Parole von der Heiligkeit des Privateigentums, noch wirksam bei der Fürstenabfindung, macht heute keinen Eindruck mehr auf die Massen. Auch das hüde nationale Gefühl: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ reizt nicht mehr mit. Irgendwie muß jetzt jede Massenbewegung sich sozialistisch verkleiden. Es ist unser stärkster Trumpf gegen den Nationalsozialismus, daß sogar Adolf Hitler ein verwandter Entelknirps von Karl Marx ist. Sie kennen das Dichterwort, daß selbst die Frage für den Gott zeugt, den sie entstellt.

Nichts zeugt so stark für den Sozialismus, als daß wir selbst unsere Gegner gezwungen haben, unsern Ideal einen heuchlerischen Appendent zu erweisen. Das kleinbürgerliche Mißverständnis wackelt.

Das Kleinbürgerertum beginnt, den Kapitalismus als Problem zu begreifen. Gewiß weiß es noch nicht, wo die Kloden hängen, aber es hört sie schon läuten. Noch erkennt es nicht, daß der Besitz es ist, der die Arbeit ausbeutet, aber es spricht schon von Ausbeutung und schwört nicht mehr auf die kapitalistische Welt. Es empfindet die kapitalistische Welt nicht mehr als gut, wie Gott am liebsten den Schöpfungstag, sondern stellt sie zur Diskussion. Die Mittelschichten begreifen die Proletarisierung noch nicht als Schicksal, sondern empfinden sie noch als Schicksalschlag. Deshalb suchen sie nach dem Schuldigen, dem Juden, dem Young-Plan oder dem Marxismus. Aber die ersten sozialen Rebellionen gehen immer am Nächsten vorbei, treiben immer historische Falschmünzerei. Die Identität

der sozialen Lebenslage, Unterbewußtseinslage ist bei diesen Schichten noch nicht erreicht, aber das nachhinkende Bewußtsein muß sich eines Tages mit der wirklichen Lebenslage decken. Die soziale Buchführung, die das soziale Kleinbürgertum mit der Arbeiterklasse vorgenommen hat, muß ihm auch eines Tages politisch bewußt werden. Für diesen Tag brauchen wir eine Partei von genügender sozialer Weiträumigkeit. Ich möchte die Freunde von der anderen Schattierung — von Richtungen sollen wir ja nicht mehr sprechen — darauf aufmerksam machen, daß die Arbeiterklasse 1907 50 Prozent der werktätigen Bevölkerung ausmachte, heute aber nur noch 45 Prozent.

Die rein proletarische Front reicht nicht aus, um in der Demokratie die Mehrheit zu gewinnen. Wir brauchen eine Front-erweiterung.

So tief der Kapitalismus im jetzigen Stadium in die Wirtschaft hineinkriecht, desto klarer muß die Front der Arbeit gegen den Besitz des Arbeitseinkommens, gegen die Rente, der Schaffenden gegen die Ausbeuter werden.

Wer wird die neue Massenbewegung führen? Das wird zwar von einem großen Teile von uns selbst abhängen.

Wir können eine Verwirrung erzeugen, daß die Massen uns entgegen müssen. Darum keine trügerischen Illusionen! Vor allem nicht der Trug von der letzten Krise des Kapitalismus!

Wenn im Sommer ein besonders schweres Gewitter niedergeht, spricht kein naturwissenschaftlich Gebildeter vom Weltuntergang. Genau so weiß ich, daß dies nicht die letzte Krise des Kapitalismus ist. Und fort mit dem Trug vom Arbeiterparadies Rußland! Selbst wenn der Fünf-Jahres-Plan gelänge — drei Fragezeichen am Rande — würde es für uns gar nichts bedeuten; Ruß-



Genosse Ziegler (Breslau)

land kämpft um die Erweiterung einer unzureichenden Produktionsbasis und führt dazu eine brutale Konsumreduzierung durch; wir leiden an der Überdimensionalität des Produktionsapparates, und unsere Sorge gilt der vermehrten Nachfrage nach Konsumgütern. Unsere Wirtschaft hat also eine völlig andere Problematik.

Und keine unerfüllbaren Versprechungen. Unerfüllte Versprechungen sind das stärkste Dynamit für den Sturz der Arbeiterbewegung (stürmischer Beifall); und die ausgeputzten Rabulistikos von heute sind die Deserteure von morgen (erneute, lebhafte Zustimmung.)

Wir wollen nicht den Elan lähmen, nicht das Tiefenfeuer des Sozialismus auslöschen, aber wir wollen keine Verwirrung der Geister betreiben. Wir brauchen Zielstabilität, aber auch Wegbereitschaft. Und den Willen zum Weg! Sozialismus als Traum ist 2000 Jahre alt. Den Sozialismus als Traum haben auch andere.

Was wir herauszustellen haben, ist der Sozialismus als Wachstumsidee! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Kirchner (Bauhen):

Die Ausführungen des Genossen Ziegler waren etwas demagogisch. Es wird auch ihm nicht gelingen, jetzt auf einmal bessere Verhältnisse für die Arbeiter herbeizuführen. Ich gehöre seit drei Vierteljahrhundert zu den fünf Millionen Erwerbslosen. Aber trotzdem mache ich mir keine Illusionen, daß man in der Lage wäre, uns von heute auf morgen andere Verhältnisse zu schaffen. Das Referat Tarnows hat in allen Zügen das getroffen, was uns bewegt. Ganz unfinnig sind die von der jetzigen Regierung getroffenen Maßnahmen, der Lohnabbau und die Preisentwertung. Eine Preisentwertung kann erst erfolgen, wenn man mit dem Kapitalismus abzugeben beginnt, den die Wirtschaft zu tragen hat.

Kleineißt (Lobau):

Tarnow hat mit vollem Recht erklärt, daß er kein Rezept zur Behebung der Wirtschaftskrise zu geben habe. Ein solches positives Programm kann natürlich auch von uns Zehnminutendebatoren nicht verlangt werden. Wir haben auch gar keinen Grund, den Wert des Referats Tarnow anzuzweifeln, ich will nur versuchen, ein paar Ergänzungen zu geben. Alle Redner haben gesagt, der Sozialismus sei heute populär. Ich sage, er ist heute vor die Frage seiner Bewährung gestellt. Die Zeit schreit nach etappenweiser Verwirklichung des Sozialismus. Wir haben ja eine Berggesellschaft in den Kartellen und Trusts, aber diese haben heute den Staat unter ihrer Vormherrschaft. Wir aber wollen den Staat als Kontrollorgan einschalten.

Ein Vorschlag zur Ergänzung wäre die Neugemeindliche Zusammenfassung der Industrie, insbesondere auch der Konsumtionsindustrie.

Mit dieser Zusammenfassung folgen wir dem Gang der Entwicklung, wir tun dasselbe, was die Kapitalisten tun, aber mit einem anderen Ziel. Wir verlangen, daß der Staat die Profitlucht einschränkt. Kapitalflucht und Steuerhinterziehung können nur wirklich verhindert werden, wenn der, der sie verhindern will, in diesem Betrieb drinsteht. Wichtig ist auch die Einwirkung des Staates auf die Reichsbank. Ein Getreidemonopol müßte ausgebaut werden zu einem Ernährungsmonopol. In dieser Weise muß ein konstruktives Programm ausgearbeitet werden. Das ist Aufgabe einer Gemeinschaftsarbeit, nicht eines Einzelnen. Ich würde die kapitalistische Wirtschaft nicht mit einem Patienten vergleichen, den man nicht sterben lassen kann, sondern mit einem schlecht geführten Unternehmen, das man nicht sanieren kann, in dem man denen, die Pleite machen, die Verfügungsgewalt gibt. Wir können es nur sanieren, in dem wir uns einschalten. Natürlich kann man da alles nur durchsehen, wenn wir die Massen für uns gewinnen. Rölling meinte: keine unerfüllbaren Versprechungen. Aber werden diese Versprechungen nicht unerfüllbar, wenn man einerseits Lohnabbau fordert und andererseits damit Zustimmung zu einer Politik gibt,

die das Gegenteil bedeutet. Hier betrafen sich die wirtschaftlichen Fragen mit den politischen. Wir müssen die Einheit nicht nur unseres Programms auf weite Sicht, sondern auch auf nahe Sicht mit unserem Handeln herstellen. Dann werden wir die bereits sozialistisch infizierten Massen hinter uns bringen, statt daß sie Scharlatanen nachlaufen. (Langer Beifall.)

Kirsten (Breslau):

Wenn dieser Parteitag seine historische Aufgabe erfüllen will, dann darf um das Grundproblem nicht herumgeredet werden dann müssen Parolen von diesem Parteitag ausgehen, die die Möglichkeit eröffnen, für die Arbeiterklasse Entscheidendes zu leisten. Die Arbeiter werden nicht verstehen, warum wir den kranken Körper des Kapitalismus noch irgendwie verarzten wollen und aus Blut und Knochen der Arbeiterklasse die Medizin liefern sollen, damit der Kapitalismus gesunden. Die Sozialdemokratie muß erkennen, daß sie an einem geschichtlichen Wendepunkt steht, wo es gilt, alle Kräfte zu mobilisieren, die bereit sind, diesen kranken, im Innern verfaulenden Kapitalismus ein möglichst schnelles Ende zu bereiten. Gesunden kann dieser Kapitalismus nur auf Kosten des Proletariats. Alle die, die wirkliches Interesse für die Höherführung der Arbeiterklasse haben (Lebhaftes Höri! Höri! und Unruhe.) sollten sich auf den Boden der Resolution Graf-Petrich stellen und eine Politik treiben, die die Masse der Arbeiter einigt. (Beifall und Zurufe.)

Steinig (Berlin):

Genosse Tarnow, du hast mit deinem Beispiel vom Patienten etwas Schreckliches angedeutet, denn wenn alle diejenigen, die schon ihr Rezept zur Heilung des Patienten mitgeteilt haben, in der Zwischenzeit an den Patienten herangekommen wären, hätten wir eine wirtschaftliche Katastrophe in Deutschland, wie wir sie uns heute noch gar nicht vorstellen können. (Sehr wahr!)

Es ist doch hier etwas zu einfach vom Sterben des Kapitalismus gesprochen worden. Man hat dabei die Menschen vergessen, die ein solches Sterben begehren müssen. (Sehr wahr!)

Das Schicksal des Kapitalismus ist auch mit das Schicksal der Menschen, die in dieser Wirtschaft leben. Und unsere Verantwortung liegt darin, eine Wirtschaftspolitik zu treiben, die immer zuerst an das Schicksal dieser Menschen denkt, nicht an irgendeine Idee oder den schön klingenden Wunsch: dies System muß sterben. (Sehr gut!) Wenn man das so einfach sterben lassen könnte — einen Außenhandel in der Größenordnung von 20 bis 25 Milliarden Mark, von dem die deutsche Industriearbeiterzahl lebt, mit dem Schließungswesen, mit der Arbeitslosenunterstützung! Das was in Rußland seit zehn Jahren mit beispielloser Aufwendung an Kraft und menschlicher Energie vor sich geht unter der Vorgabe, es sei Sozialismus, ist in Wirklichkeit ein Sterben, das Millionen von Menschen mit ihrem Leben bezahlen. Und uns ist der letzte Arbeiter zu schade, daß er bei einem Experiment sein Leben lassen soll. (Sehr wahr!) Die Schwierigkeit der Agitation in dieser Zeit liegt für uns daran, daß wir immer an die Verunsicherung der Massen appellieren müssen. Die Formulierungen könnten sehr viel feuziger sein, wenn wir nicht so viel Verantwortung zu tragen hätten. Es gibt auch in der Politik Leute, die alles, wie der Prophet Welkenberg, mit weisem Risse heilen möchten. Wenn man anfängt, an der Währung zu kurieren und solche Einzelheiten herauszunehmen wie Genosse Wäber (Wäber: Was sagt die Gewerkschaftsinternationale?), sie hat mit Recht davon gesprochen, daß Preise und Zoll dann am ehesten zu ertragen sind, wenn sie stabil sind. Das ist ein richtiger Gedanke. (Wäber: Darüber hat Tarnow aber nichts gesagt.) Tarnow war nicht verpflichtet, alles zu sagen. Aber er hat eine ganze Menge Vernünftiges gesagt. Es ist doch ein Irrtum, daß das kapitalistische System nur daran krankt, daß die Währung nicht in Ordnung ist.

Wenn das Thermometer korrigiert wird, wird die Temperatur nicht anders. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Wir dürfen uns über die Lebensfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft nicht täuschen. Schon auf allen Parteitagungen ist angekündigt worden, daß der Kapitalismus im Sterben liegt. In Wirklichkeit ist etwas ganz anderes geschehen. Aus dem preussischen Dreifachenswahrheit ist die Demokratie geworden. Aus dem Hohenzollernstaat die Republik. Aus der tariflosen Zeit ein weltumspannendes Arbeitsrecht, in der Weimarer Verfassung ist der Gedanke der sozialen Verantwortlichkeit gegenüber der Allgemeinheit verankert.

Wir wären viel glücklicher daran, wenn jeder einzelne den Mut hätte, auch einmal das zu loben, was die Sozialdemokratie geleistet hat. (Stürmischer Beifall.) Man muß aber immer wieder erst ins Ausland kommen, um zu hören, mit welchem Respekt man dort von den Leistungen der deutschen Arbeiterbewegung spricht. (Sehr wahr!)

Vor allem müssen wir also die Massen zur Erkenntnis bringen, daß die deutsche Arbeiterbewegung auch etwas zu verlieren hat. Unser Grundsatz soll sein: Was wir haben, wird gehalten! (Lebhafte Beifall.)

Bande (Berlin):

Wir haben in Referat und Debatte einmütig festgestellt, was nicht geschehen darf: wir dürfen nicht mit dem bolschewistischen Experiment die Wirtschaft zerhacken, von der wir alle leben. Aber diese negative Feststellung, dieses Ertragen, Tolerieren, Zögeln, ist eine ungeheure Kraftanstrengung unserer Herzen. Darum müssen wir zur Ergänzung auch das Positive sagen, und das finden wir, wenn wir den Blick über den Tag hinaus richten. Wir leben ja nicht in einem reinkapitalistischen System; die starken politischen Kräfte des Proletariats arbeiten ja tagaus, tagein dem Kapitalismus entgegen. Täuschen die Zeichen nicht, wird das deutsche Proletariat aus der Wirtschaftskrise mit geminderter Arbeitslast hervorgehen. Auf der anderen Seite stehen wir vor einem weltgeschichtlichen Rückgang aller Preise. Nach der Krise werden die Gewerkschaften den Lohnkampf sofort und nachdrücklich wieder aufnehmen. Täuschen die Zeichen nicht, so werden wir nach der Krise die deutsche Arbeiterklasse im Besitz gesteigerter Reallohns sehen. Wir hatten vor dem Krieg 40 lange schwere Kampfsjahre. Die zehn Jahre nach dem Krieg waren Entgeltzeit; wir haben politische Freiheiten und wirtschaftliche Fortschritte durchgeleitet, die wenige Jahre zuvor noch keiner geglaubt hätte. Jetzt leben wir wieder in einer ganz schweren Krise. Aber dahinter blüht eine neue Ernte. Gewiß, jetzt müssen wir stillhalten, jetzt müssen wir wirtschaftliche Rückschläge in Kauf nehmen, aber das ist nur eine Episode im Kampf um die Form des Sozialismus, die die deutsche Sozialdemokratie als die einzig mögliche erkannt hat, den fortschreitenden Aufstieg des Proletariats zur politischen und wirtschaftlich ausschlaggebenden Macht. (Lebhafte Beifall.)

Brudt (Dresden):

Die Opposition hat weder in der Analyse der Krise noch in der Nachweisung von Rettungswegen etwas gesagt, was über Tarnows Referat hinausging. In dem Willen zum sozialistischen Fortschritt sind wir alle einig. Aber wenn wir von den Rednern der Opposition zu hören glauben, wie wir möglichst rasch sozialistische Fortschritte durchsetzen könnten, antworten sie uns, Rettung bringt nur der Sozialismus. Das wissen wir allein, aber das ist in diesem Zusammenhang nur ein Wunschziel. Wir werden also weiterhin in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen die Lebenslage der arbeitenden Menschen zu bessern suchen und dadurch Voraussetzungen für den Sozialismus schaffen. Wir werden Methoden und Wirkungsgrad unserer Arbeit zu verbessern suchen, aber wir werden weiter unserer Kampf innerhalb des Sozialismus führen. Und wir werden weiter die Massen nicht gewinnen mit Wechseln auf die Zukunft, sondern mit realen Gegenwartserfolgen. Wir werden weiter für den Aufstieg der Arbeiterklasse kämpfen, weil wir nur so praktische Arbeit für die Verwirklichung des Sozialismus leisten. (Beifall.)

Reh (Frankfurt a. M.):

Ich glaube, daß die Resolution Tarnow mit ihren ausgezeichneten praktischen Vorschlägen uns auch agitatorisch eine wirksame

Hilfe sein wird. Der Hauptstoß der politischen und wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse muß jetzt auf die Verkürzung der Arbeitszeit gerichtet sein. Genosse Ziegler (Breslau) hat uns ein ergreifendes Bild des Arbeitslosenlebens namentlich bei den Metallarbeitern gezeichnet. Aber wir haben seit Monaten daran gearbeitet und werden nächste Woche hoffentlich zum Abschluß kommen, den Zehntausenden entlassenen Metallarbeitern von Lintorfmann im Wagon- und Lokomotivenbau wieder Arbeit zu verschaffen. Und wir leben bei dieser praktischen Arbeit in der Überzeugung, daß wir damit den Arbeitslosen mehr nützen als mit allen Ziegler'schen Redeschwüren gegen den Kapitalismus. (Sehr gut!)

Wenn man die Menschheit, statt mit praktischer Arbeit, mit Parolen glücklich machen könnte, hätten die Kommunisten uns schon längst den Himmel auf Erden geschaffen. (Heiterkeit.)

Keiner von uns hat je im Traum daran gedacht. Wir hielten es nur für nützlich, wenn Genosse Graf und seine Freunde ihre Aufmerksamkeit der Tatsache zuwenden, daß die russischen und die deutschen Kommunisten seit zehn Jahren unsere Arbeit in Deutschland mit den schamlosesten Befeidigungen herunterreißen, daß sie die deutsche Sozialdemokratie, die deutschen Gewerkschaften und alle sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen zu Spalten und zu zertrümmern suchen. Ein Teil der überflüssigen Kritik, die an der

Partei geübt wird, auf das verbrecherische Treiben der Weltrevolutionäre gemaßt — damit würden Graf und seine Freunde der deutschen Arbeiterklasse einen großen Dienst erweisen. (Sehr gut!)

Talber (Waldenburg, Schlesien):

Zehn Jahre praktischer Erfahrung als Betriebsrat in einem Bergwerk haben mich gelehrt, daß es nicht leicht ist, die Massen zu führen. Natürlich jubelt die Masse allen Versprechungen zu, die ihr ein geschickter Redner macht. Aber wehe, wenn er sie nicht verwirklichen kann; dann ertönt sehr rasch das „Kreuziget ihn“. In Sachsen und Mitteldeutschland hätte man doch eigentlich genug Erfahrungen sammeln können, wie Massen auf Versprechungen hin den Kommunisten zugeströmt und enttäuscht wieder zu den Indifferenten abgezogen sind. In der Eile Menschen zum Zertrümmern der Wirtschaft zu bringen, wäre gewiß nicht unmöglich. Aber haben wir die geschlossene Macht zum Wiederaufbau? Genosse Ziegler hat den Kommunisten Larnow sehr verübelt, daß er zwar das kapitalistische System bekämpfe, aber nicht die Wirtschaft ruinieren will. Weiß Genosse Ziegler wirklich nichts davon, daß, wenn ein Betrieb stillgelegt werden soll, die Arbeiter Arbeit unter Tarif oder verlängerter Arbeitszeit anbieten, nur um nicht arbeitslos zu werden? Weniger Kritik Genossen, mehr Selbstkritik und geschlossen vorwärts zur sozialistischen Arbeit. (Beifall.)

Damit ist die Rednerliste erschöpft.

Programm sei. Es sind aber nur Richtlinien, zu denen noch eine Reihe anderer Nummern hinzukommen müßten. Ueber den Vorschlag der Steuergemeinschaften der Industrie läßt sich reden. Die Idee kommt übrigens nicht von Kleinheiß, sondern von Georg Bernhardt. Es ist ein Problem der praktischen Politik. Das, was Ströbel über die Zuführung von Krediten gesagt hat, enthält auch meine Resolution. Im übrigen ist das keine sozialistische, sondern eine kapitalistische Lösung. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob ich Ströbel richtig verstanden habe mit seiner anderen Forderung, daß man das geflüchtete Kapital mit einer Zwangsanleihe ersetzten soll. Das ist sicher eine ausgezeichnete Idee. Ströbel wird vielleicht so freundlich sein, der Fraktion die näheren Möglichkeiten dafür zu nennen. Es wäre jedenfalls nicht zweckmäßig, daß wir hier in der Öffentlichkeit die Methoden dieser Erfassung bekanntgeben, denn dann kriegen wir das Geld bestimmt nicht. (Große Heiterkeit und sehr richtig!)

Dann hat man mir vorgeworfen, ich sei bei Beurteilung der russischen Frage nicht sachlich genug gewesen. Ich habe das Gefühl, daß ich an die Grenze dessen gegangen bin, was man an diesen Dingen verschweigen darf. (Sehr gut!) Auch hier liegt es wieder an der gefühlsmäßigen Einstellung der Genossen. Sie haben die von mir vorgetragene Forderung nicht als falsch bezeichnet, sondern haben nur angedeutet, darüber spricht man nicht unter Brüdern, wir sollten darüber den Mantel der sozialistischen Nächstenliebe decken. Dies Gefühl der Solidarität gegenüber den Sozialisten in der ganzen Welt ist gewiß eine schöne und große Forderung. Aber ihre Verwirklichung hängt nicht von uns allein ab. Man kann uns wirklich nicht zumuten, hundertprozentige Solidarität denen gegenüber zu üben, die das Gegenteil von Solidarität uns gegenüber zeigen. (Sehr gut!)

Und wenn man der Meinung ist, die Pflicht der Solidarität verbiete jede Kritik an Sozialisten, dann sollte man diesen kritischen Grundgedanken gegenüber der eigenen Bewegung üben. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Gegenstand, der vorhanden ist, scheint mir lediglich in der Beurteilung der politischen Methoden zu liegen. (Sehr wahr!) Die praktische Politik können wir nicht bestimmen, sondern sie wird bestimmt durch die Verteilung der politischen Machtverhältnisse. Diese zu ändern ist selbstverständlich unsere Aufgabe. Wir werden aber die Massen nicht mit Parolen gewinnen, an die wir ehrlich selbst nicht glauben können. Wir würden bei solchen Parolen auf jeden Fall den Kern der organisierten Arbeiterklasse, den wir heute haben, verlieren.

Wenn wir unsere Organisation geschlossen und einig machen, werden wir besser vorankommen als mit falschen Parolen. (Lebhafte Beifall.)

Angenommen wird der Antrag des Parteivorstandes in bezug auf die Frauenerwerbsarbeit.

Darauf wird zunächst über die Resolution Petrich-Gras abgestimmt. Sie wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Resolution Larnow wird dann fast einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen.

Nach Begrüßung des inzwischen erschienenen Vertreters der Jüdischen Arbeiterpartei werden die Verhandlungen auf Dienstag vertagt.

Das Schlußwort des Referenten

Zarnow

Nach den Anträgen von Stellung von Korreferenten war ich auf scharfe Gegenlichkeiten und ernsthaften Meinungsstreit gefaßt. Aber jetzt, nach der Debatte habe ich nicht das Gefühl, als ob ich ordentlich verprügelt worden wäre; ich persönlich habe von grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik nichts gemerkt. Genosse Graf hat diese ihm peinliche Uebereinstimmung der Anschauungen durch meinen Geklingelungswechsel zu erklären versucht, und Genosse Petrich hat gemeint, ich hätte früher über Wirtschaftsdemokratie ganz anders gesprochen.

Nein, auch was ich heute gesagt habe, waren lauter Rezepte der Wirtschaftsdemokratie.

Was hat sich denn sonst Petrich unter Wirtschaftsdemokratie vorgestellt? Den Monopolkapitalismus habe ich nie für einen Teil der Wirtschaftsdemokratie erklärt; ich habe nur auseinandergelegt, daß wir an ein zersplittertes, privatkapitalistisches Unternehmertum mit gesellschaftlicher Macht nicht herankommen, wohl aber an den konzentrierten Kapitalismus. Und diese Forderung auf Monopol- und Kartellkontrolle haben die Gewerkschaften mitten in der Hochkonjunktur aufgestellt. Wenn einer der Redner gemeint hat, er könne sich darunter nichts vorstellen, so soll er nur unseren Geklingelungswechsel zur Kartell- und Monopolkontrolle lesen, dann wird er schon ein klares Bild bekommen. Ich stelle also fest, die angeblichen Meinungsverschiedenheiten waren nur Mißverständnisse, und mein Referat hat klargestellt, daß wir eigentlich alle dasselbe wollen. Da möglicherweise die Leute draußen nicht so schnell begreifen werden, daß wir reiflos einig sind, will ich noch einmal formaleren, worüber wir einig sind:

1. Die Theorie vom automatischen Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft wird von niemandem vertreten. Genosse Zelen formuliert logar, sie sei niemals von einem Sozialdemokraten vertreten worden.
2. Die Theorie, daß dies die Endkrise des Kapitalismus sei, wird von niemandem verteidigt.
3. Alle erkennen an, daß der Übergang vom kapitalistischen zum sozialistischen System kein einmaliger und kurzfristiger Akt, sondern ein langdauernder Umwandlungsprozess ist.
4. Niemand glaubt, daß es ein Generalrezept gibt, das alle Uebel und Älde des Augenblicks schnell beseitigt und den Sozialismus verwirklichen könnte.

Viele Genossen draußen werden überrascht sein, daß wir in diesen vier Grundansätzen einig sind. Sie werden geglaubt haben, es befänden hierin grundsätzliche verschiedene Auffassungen. Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist.

Nun zu meiner Rolle als Arzt des Kapitalismus. (Heiterkeit.) Ich habe gesagt, daß wir am Krankenlager der kapitalistischen Wirtschaft nicht nur als Diagnostiker stehen können, sondern auch als Ärzte und Erben. Ich habe ausdrücklich hinzugefügt, die Arbeiterklasse wolle den Sturz des kapitalistischen Systems, aber nicht die Vernichtung der Wirtschaft. Den Kapitalismus wollen wir lieber heute als morgen beseitigen; aber wir dürfen nicht die Wirtschaft zerstören, von der die Millionen leben, die wir nicht in physische Vernichtung hineinstürzen dürfen. So habe ich gegen die Vernichtung der Wirtschaft gesprochen, und nur wenn jemand den Sinn meiner Worte versteht, kann es draußen bei den Arbeitern auch nur einen einzigen Empörten geben. (Lebhafte Beifall.)

Man sagt, wir verraten unsere Grundzüge, wenn wir uns als Arzt des kapitalistischen Systems fühlen. Die Resolution, die von der anderen „Schattierung“ vorgelegt ist, ist in dieser Beziehung außerordentlich interessant und aufschlussreich. Da heißt es an einer Stelle:

Die Arbeiterschaft steht an einem entscheidenden Wendepunkt; die Zeit, da sie in ihrer Lebenshaltung mit der Entwicklung des Kapitalismus emporstieg, gehört der Vergangenheit an. Das heißt: von jetzt ab gibt es solange das kapitalistische System existiert, keinen Empörten der Arbeiterklasse mehr. Diese Behauptung ist nicht neu in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Ich erinnere an die Distinktionen über die Strophusarbeit der Gewerkschaften, die wir vor dem Kriege leider geführt haben. (Sehr gut!) Es taucht die Behauptung nun neu auf. Ich halte sie für einen Irrtum. Es fragt sich nur, ob die Genossen, die diese Anschauung haben, sich nicht täuschen lassen durch eine vorübergehende Stimmung, oder durch das Bedürfnis, eine frägstigere Formulierung zu finden, die den Beifall der Tribüne leichter hervorruft als eine verständnisgemäße Formulierung. (Sehr gut!) Auf diese Frage komme ich deshalb, weil später in der Entschließung eine ganze Anzahl von positiven Vorschlägen enthalten ist, die im übrigen vollkommen identisch sind mit meinen Vorschlägen, wo zum Beispiel eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich, eine Erhöhung der Reallohne usw. gefordert wird. Nun kann es doch nur eines geben:

Entweder keine weiteren Verbesserungen mehr für die Arbeiterklasse, und dann kann man nicht solche Forderungen erheben, oder eben die Möglichkeit einer weiteren Hebung der Lebenshaltung auch im kapitalistischen System. Also dieser Widerspruch ist ein klarer Beweis von der Unvollkommenheit der Deutungsweise dieser Genossen. Sie lassen sich immer wieder vom Gefühl hinarbeiten, aber wenn sie gezwungen werden, mit den Mitteln logischen Denkens die Tagesforderungen für die Arbeiterschaft zu formulieren, so stehen sie wieder mit uns auf derselben Linie. (Sehr gut!)

Darf man überhaupt, wenn man den Kapitalismus überwinden will, irgend etwas tun, was dieses kapitalistische System nur noch weiter rücken könnte? Die ganze Entwicklungsgeschichte der Arbeiterbewegung ist doch tatsächlich nichts weiter als ein Stützungsprozess der kapitalistischen Wirtschaft. Nach der Theorie des Zusammenbruchs muß das kapitalistische System an seinen inneren Widersprüchen zugrundegehen. Ich halte diese Theorie auch für richtig. Aber die Arbeiterbewegung hat die kapitalistische Wirtschaft niemals an ihren Widersprüchen zugrundegehen lassen. Wir haben vielmehr immer Gegenmaßnahmen gegen die Widersprüche des kapitalistischen Systems durchgesetzt. Wir haben zum Beispiel zu diesem Zweck die soziale Funktion des Staates entwickelt. Wir haben den Lohnkampf der Gewerkschaften organisiert und haben die Theorie der kapitalistischen Wirtschaft, daß auch der Preis der Arbeitskraft sich auf dem freien Markt entwickeln müsse — ein

Widerspruch, an dem das System zugrunde gegangen wäre — durch unsere Gemeinschaftsbewegung unwirksam gemacht.

Aktuell ist im Augenblick unsere Stellungnahme zum organisierten Monopolkapitalismus. In dieser Strukturwandlung könnte das kapitalistische System zugrunde gehen, weil das eine Aufperkelführung des natürlichen Automatismus der kapitalistischen Wirtschaft bedeutet. Entweder muß dieser Störungsfaktor aus dem System wieder herausgerissen werden oder er muß in die Hand der gesellschaftlichen Kontrolle genommen werden, damit er kein Störungsfaktor mehr ist. Niemand von den Rednern hat aber gesagt: Wir wollen den Monopolkapitalismus sich ausstoben lassen, damit es zum Zusammenbruch des Systems kommt, sondern wir sind uns einig, daß wir auch diesen Widerspruch überbrücken müssen.

Das bedeutet nicht Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems, denn immer sind die von uns vorgeschlagenen Mittel zur Überbrückung der Widersprüche sozialistische Lösungen gewesen.

Was ist nun an neuen Vorschlägen in der Diskussion zum Vorschein gekommen? Alle praktischen Vorschläge halten sich im Rahmen meiner Resolution. Ein Unterschied liegt nur in der Nummerierung der Vorschläge in der anderen Resolution. Eine solche Nummerierung hatten wir auch geplant, sind aber davon abgekommen, weil die Gefahr besteht, daß eine solche Spezialisierung den Eindruck erweckt, als ob das unser hundertprozentiges

Resolution Petrich-Gras

Alle Länder der Welt ohne Ausnahme erleben zur Zeit die Schrecken einer Wirtschaftskrise von nie gekannter Wucht. Die heutige Krise ist nicht nur in ihrem Ausmaße heftiger als frühere Krisen, sondern sie ist auch ausgedehnter.

Wachsende Industrialisierung und Rationalisierung haben die Produktivkräfte der Welt in unerhörtem Maße entwickelt, während gleichzeitig der Weltmarkt in beängstigender Schrumpfung begriffen ist.

Ihre besondere Schärfe erhält die Krise durch das gleichzeitige Uebergreifen auf die Landwirtschaft. Hierin manifestiert sich das erste große Eindringen der Maschine und des Finanzkapitals in die landwirtschaftliche Produktion, wodurch nicht nur neue billige Böden der landwirtschaftlichen Produktion erschlossen, sondern auch die Methoden der Produktion von Grund auf umgewälzt werden. Die Agrarkrise vermindert die Kaufkraft breiter Bauernmassen und verengt entsprechend die Absatzmöglichkeiten der Industrie.

Die Krise trifft den Kapitalismus in einer wesentlich veränderten Struktur. Die freie Konkurrenz ist weitgehend durch das organisierte Vorgehen von Kartellen und Konzernen ausgeschaltet, die verhängnisvolle Fehlleitungen des Kapitals zur unauwendlichen Folgen hat. Die stürmische Rationalisierung hat diese Entwicklung noch gefördert und statt zu einem Abbau zu einer Erweiterung des Preisniveaus beigetragen. Während bei früheren Krisen der Preisabbau dem Lohnabbau vorausging, sucht heute das Unternehmertum infolge der hohen fixen Kosten den Profit durch Abbau der Löhne und der sozialen Schutzleistungen aufrecht zu erhalten. Der Preisabbau, das wichtigste Krisenventil, erweist sich als verstopft.

Das erschreckendste Phänomen der Weltwirtschaftskrise ist die katastrophale Arbeitslosigkeit, die infolge der Rationalisierung bereits eingeleitet hat, als die Produktion noch im Steigen begriffen war. Gleichzeitig steht das Ventil der Auswanderung nicht mehr offen.

Im Verlauf der Krise hat die Arbeitslosigkeit Formen angenommen, die alle zum Schauer der Arbeitslosen geschaffenen Einrichtungen in wachsendem Maße entwertet. Ein beunruhigendes Beispiel hierfür liefert die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung. Ein immer größerer Teil der Arbeitslosen wird auf die öffentliche Wohlfahrtspflege verwiesen. Die hieraus für die Arbeitslosen entstehenden Gefahren werden um so größer, als die Krise auch die öffentlichen Finanzen weitgehend erschüttert. Reich, Länder und Gemeinden geraten in wachsende Finanzbedrängnis, und da die Kapitalistenklasse sich jeder weiteren Besteuerung entzieht, so rückt der völlige Zusammenbruch des Sozialversicherungs- und Unterstützungswezens in greifbare Nähe.

Zu den Weltursachen der Wirtschaftskrise tritt in Deutschland besonders verhängnisvoll hinzu:

1. Die Drosselung aller öffentlichen Arbeiten infolge der Abschneidung der Auslandskredite durch die Reichsbank und die

Kürzung der Hauszinsenermittel für den Wohnungsbau, wodurch die Arbeitslosigkeit erheblich gesteigert worden ist.

2. Die Führung der Reparationsverhandlungen durch Schacht in einem Geiste, der das ausländische Kapital zur Zurückziehung kurzfristiger Kredite und das deutsche Kapital zu geiziger Kapitalflucht veranlaßt;
3. Der wirtschaftspolitisch widerwärtige Lohn- und Gehaltsabbau, der die „Massenkraft“ um weitere Milliarden schwächte;
4. Die dadurch herbeigeführte Zerstörung des inneren Marktes steigerte bei dem Großkapital den Anreiz zur wirtschafts-imperialistischen Ausweitung des äußeren Marktes durch eine Konjunktion mit Osteuropa und Südost-Europa, die unermüdlich zu schwersten Konflikten mit den Wirtschaftsbestrebungen und politischen Interessen der anderen europäischen Mächte führen müßte.

Das deutsche Proletariat hat diese wirtschafts-imperialistischen Projekte mit aller Stärke zu bekämpfen und den größten Nachdruck auf den Wiederaufbau des inneren Marktes zu legen.

Die Arbeiterschaft steht an einem entscheidenden Wendepunkte. Die Zeit, da sie in ihrer Lebenshaltung mit der Entwicklung des Kapitalismus emporstieg, gehört der Vergangenheit an. Sie kann ihrer eigenen Existenzbedingungen nur noch sichern, indem sie die Existenzbedingungen des Kapitalismus aufhebt, d. h. indem sie die kapitalistische Ausbeutung und damit das kapitalistische Wirtschaftssystem beseitigt. Die Frage Kapitalismus oder Sozialismus ist darum auf die Tagesordnung gerückt.

Obwohl eine endgültige Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftskrise erst unter der Herrschaft einer sozialistischen Wirtschaftsordnung möglich sein wird und auch die Notwendigkeit einer sozialen Umwälzung gerade jetzt mehr denn je betont werden muß, so ist doch nicht außer acht zu lassen, daß es dringend erforderlich ist, die verheerenden Folgen der Krise von den breiten Massen möglichst fernzuhalten.

Zu diesem Zwecke hat die Partei eine Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Forderungen zu stellen, um deren Durchsetzung der parlamentarische und außerparlamentarische Kampf mit allen Konsequenzen zu führen ist. Als vorrangige Forderungen betrachten wir:

1. Gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich in dem durch das Ausmaß und das Tempo der Rationalisierung gebotenen Umfang; Herabsetzung der Invaliden-Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre.
2. Steigerung der Kaufkraft der Massen durch Erhöhung des Reallohnes.
3. Sicherung und weiteren Ausbau der gesamten Sozialpolitik mit dem Ziele, allen Opfern des kapitalistischen Systems eine menschenwürdige Existenz zu sichern; Verbesserung des Arbeitsrechtes.
4. Stärkere Heranziehung der Besitzteuern, Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftsteuer, Rückgängigmachung der Herabsetzung der Vermögenssteuer für die Einkommen von 5000 bis 20 000 Mark, Öffnung der Steuerlisten, rückwärtslose Befämpfung der Kapitalflucht und Aufnahme langfristiger Auslandskredite zur Wiederaufhebung der Wirtschaft.
5. Wirksame Kartellkontrolle mit dem Ziel der Umwandlung der Kartelle und Konzerne in Körperschaften der öffentlichen Wirtschaft. Abbau der Hochkonzentration; Unterlassung aller direkten und indirekten Subventionen an Industrie und Landwirtschaft.
6. Planmäßige Entwicklung der agrarischen Berebelungsproduktion und Organisation entsprechend dem Bedürfniswandel der Verbraucher und den weltwirtschaftlichen Strukturwandelungen der Landwirtschaft.
7. Umfangreiches Arbeitsbeschaffungsprogramm; Wohnungsbau; Errichtung öffentlicher Bauen in öffentlicher Regie.
8. Ausgestaltung und Erweiterung der öffentlichen Wirtschaft.
9. Befämpfung der wirtschafts-imperialistischen Bestrebungen der Reaktion; energisches Eintreten für allgemeine, sofortige Abrüstung und internationale Verständigung.

Der Parteitag verpflichtet die Parteifinanz, auf der Grundlage der hier angebotenen Forderungen, ein ausführliches Gegenwartsprogramm aufzustellen, das für sofort eine großzügige Agitation unter den Massen zu entfalten und es zur Richtschnur ihres gesamten politischen Handelns zu machen.

Ein Meer von roten Fahnen . . .

Ein Meer von roten Fahnen grüßt die Welt:
Wir sind Gewalt auch ohne Waffen.
Wir werden mit des Geistes Schwert
Den neuen Staat der Menschheit schaffen.

Wir streuten nicht umsonst den Samen,
Der alte Glaube brach sich Bahn.
Es zieht, mit schmetternden Fanfaren,
Das Heer der Jungen uns voran.

Wir bangen nicht mehr um das Morgen,
Wir wissen, daß das Licht sich breitet
Und daß mit uns nach diesen Tagen
Die Jugend freudig vorwärts schreitet.

Leipzig, 31. Mai 1931. J. H. E. Büttner.

Der zweite Verhandlungstag

Das Referat Breitscheids über: „Die Ueberwindung des Faschismus“

Leipzig, den 2. Juni.

Die Sitzung beginnt kurz nach neun Uhr mit dem Referat: „Die Ueberwindung des Faschismus“.

Rudolf Breitscheid

Der Faschismus ist eine Staatsform oder die Bewegung zu einer Staatsform hin, die im Gegensatz zur Demokratie die oberste Gewalt im Staat und das Recht zur politischen Willensbildung nicht der Gesamtheit der gleichberechtigten Staatsbürger, sondern einem einzelnen oder einer bevorzughenden Minderheit zuerkent. Dabei braucht auf die äußeren Formen der Demokratie nicht vollständig verzichtet zu werden, und wir sehen in der Praxis, wie um den Schein zu wahren, zu pseudoparlamentarischen Methoden gegriffen wird, die, wie z. B. das italienische Parlament, mindestens ein Mitbestimmungsrecht aller Staatsbürger vortäuschen sollen und dadurch unterschleiert sich dann der Faschismus von der Diktatur im eigentlichen und engeren Sinne. Wenn man so will, stellt er infolgedessen einen Fortschritt gegenüber der Despotie und der Diktatur dar, als er der Demokratie immerhin eine gewisse Reserveerweitert und sich mit ihrem Mäntelchen zu umhüllen sucht. Von der staatsrechtlichen Wirkung aus gesehen, gibt es keinen Unterschied zwischen Moskau und Rom. Die Differenz liegt nur in den Klassen, die die Herrschenden stützen, und in der Zielsetzung. Während das Sowjetregime die Demokratie im Namen der Arbeiterklasse bekämpft, wendet sich der Faschismus gegen die Demokratie im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus.

Das wesentliche Ziel des Faschismus ist die Beseitigung der Demokratie und die Zurückweisung der Ansprüche einer Klassenbewußten Arbeiterschaft.

Mussolini wird hingestellt als der Große aus dessen Haupt der Gedanke der politischen und sittlichen Wiedergeburt seines Landes entsprungen ist, der bewußt mit einem fertigen Programm klar und getadelt seinen erhabenen Ziele zutreibt und unter dessen Führung der Bolschewismus vernichtet und Italien wirtschaftlich wieder aufgerichtet und als Großmacht wieder hergestellt wurde. Alle Hohenzollernlegenden verfallen gegenüber dieser grandiosen Geschichtsbildung. Mussolini hat einmal der sozialistischen Partei angehört, aber er ist nie Sozialist gewesen. Er besaß weder sozialistisches Wissen noch sozialistisches Willen. Die Partei war für ihn nur das Fundament, von dem aus er seine egoistischen Ziele verwirklichen wollte. In der sozialistischen Partei stand Mussolini auf der äußersten Linken. Er war vor allem Revolutionär des Wortes. Er haßte jede Autorität, die des Staates wie die der Religion. Als der Weltkrieg einsetzte, verfocht er mit Vehemenz die italienische Neutralität, um dann wenige Monate später der glühende Befürworter des Eingreifens Italiens an der Seite der Entente zu werden. Ob dieser Wechsel auf Bestechungen zurückzuführen war, tut bei ihm verhältnismäßig wenig zur Sache, was es der Fall, so wird dadurch sein Charakterbild kaum geändert. Nach dem Kriege war Mussolini die Rückkehr zum Sozialismus versperrt. So gründete er den Verband der Kriegsteilnehmer, die Zelle der faschistischen Partei. Die Taten seiner Organisation zeichnen sich durch Programmlosigkeit und zynischen Opportunismus aus. Trotzdem rühmen ihm seine deutschen Bewunderer und Anbeter Entschlossenheit und Zielklarheit nach. In der Praxis erbrachte Mussolini seit Ausübung der Macht den Beweis, daß er sehr weit von dem Ideal des Ordnungstifters entfernt ist, als den man ihn hinstellen will. Als das erste Experiment der Fabrikbesetzung in Italien gemacht wurde, stärkte Mussolini den Arbeitern den Rücken und in seinem Kampf gegen die Staatsgewalt schrie er den Satz: Wir sind unbedingte Gegner jeder Diktatur.

Erst als die Arbeiterschaft den Kampf verloren hatte, als das Groß- und Kleinbürgertum wieder aufstehen, ihr Haupt zu erheben, trat der Faschismus als Ordnungstifter auf.

Er wurde die Sammelleiste der Bourgeoisie, der Kriegsgewinnler und der Grundbesitzer, überhaupt aller derer, die sich an der Arbeiterschaft rächen wollten. Militärisch beginnen in dem Faschismus eine große Rolle zu spielen und helfen, die Banditenzüge, die Raub- und Mordkampagnen gegen die Häuser der organisierten Arbeiterschaft und gegen das Leben der Proletarier selbst organisieren. Als Mussolini später mit 34 seiner Parteigenossen in das Parlament einzog, ist er bereit zu einer Verteidigung mit den Sozialisten.

Zeitweise spricht er davon, daß er sich von der Führung einer Partei in der die Kapitalisten das große Wort führen, zurückziehen wolle. Dann aber setzt er doch auf die Karte des gewandten Faschismus, weil ihm keine andere Wahl mehr bleibt und weil er es nicht ertragen kann von d'Annunzio aus seiner Rolle als Führer verdrängt zu werden. Der Führer folgt der veränderten Gesogtschaft. Aber Vorsicht, wenn man will Freiheit, bestimmen doch immer wieder sein Handeln. Der Marsch auf Rom, der den faschistischen Triumph begründet, wird ohne ihn durchgeführt. Er bleibt in der kritischen Zeit in Mailand, um der Schweizer Grenze nahe zu sein und er erscheint in Rom erst, als der Erfolg gesichert ist; dank der Feigheit des liberalen Bürgertums, dank der erbärmlichen Schwäche der Regierung, dank der Zersplitterung und Unentschlossenheit der Arbeiterschaft. Von jetzt an ist Mussolini endgültig der Mann des kapitalistischen Bürgertums und der Faschismus mit ihm.

Er tröstet sich selbst über diesen Gestimmungswandel hinweg mit der Versicherung, der Faschismus werde eine Synthese zwischen den unzerstörbaren Grundthesen der liberalen Wirtschaftslehre und den neuen Kräften der Arbeiterwelt herstellen.

Der deutsche Faschismus ist später erstarrt. Nicht, als ob bei uns unmittelbar nach dem Kriege nicht ähnliche Vorbedingungen vorhanden gewesen wären, wie in Italien. Das wirtschaftliche Elend war ebenso groß. An Empörung der Krieger über die Dabeingelassenen, die sich während der Soldaten ihr Blut vergossen, bereichern konnten, fehlte es nicht. Ebensovienig fehlte es an jenen deklassierten Existenzen, an den Menschen, die nach vier Jahren Krieg nicht wieder in das bürgerliche Leben zurückfinden, die Landstroläcker waren und Landstroläcker blieben. Da gab es Freikorps, da gab es allerlei andere mehr oder weniger geheime, auf Anwendung von Gewalt und auf den Sturz der Republik gerichtete Verbände. Auch die Nationalistische Arbeiterpartei ist schon frühzeitig gegründet worden, nur daß sie zunächst keine Rolle spielte. Die festere Organisation der alten Parteien, die sich nach dem Kriege, wenn auch unter veränderten Namen, wieder zusammenfanden, hinderte sie daran. Auch die größere politische Schulung, namentlich der Arbeiterklasse, war ein Hemmnis für das Erhalten einer faschistischen Bewegung. Dazu kam vielleicht auch die Reue der Demokratie in Deutschland. Das Elend der Dauernden Arbeitslosigkeit, die Unfähigkeit des Erwerbes, die Verarmung breiter Schichten hat die Zahl der Anhänger des Faschismus nach und nach in der Nachkriegszeit immer mehr erstarren lassen. Aber eben so wie in Italien waren es außer dem Lumpenproletariat in der Hauptsache mittelständische Schichten, die dem Hafentanz-Banner folgten. Bauern, Handwerker, Angestellte, Beamte. Diese Kategorien haben sich bei uns niemals ernsthaft mit Politik beschäftigt. Sie sehen nur sich selbst und ihren engsten Interessentkreis. Einer solchen Geistes- und Gemütsverfassung entspricht natürlich auch die Bewegung, die, ohne die Köpfe mit wissenschaftlichen Erwägungen zu belasten und ohne von Prinzipien zu reden, den schnellen Umschwung zum Besseren stellt. Was diese Bewegung Neues brachte, war im Wesentlichen die Vehemenz der Propaganda und die Romantik der Ziele wie der Methoden.

Was ihr zum Vorteil gereichte, war das Anwachsen der Klasse, die durch die Entwicklung zum Großbetrieb und zum Monopol-

kapitalismus hin ihrer Selbständigkeit mehr und mehr verlustig geht, die sich proletarisiert sieht und die doch diese Proletarisierung fürchtet und abwenden möchte.

Sinzu kam die Sucht nach dem Neuen. Die alten Parteien haben die Lage nicht zu bessern vermocht. Gut, so versuchen wir es mit einer neuen, die mit Ungestüm auftritt und goldene Berge verheißt. Der Kommunismus vermochte nicht dieselbe Anziehungskraft auszuüben, dann wendet man sich eben dem dritten Reich zu, dessen Propheten bei allen Klassen die gleichen Hoffnungen und Illusionen erweckt, die je nach Bedarf arbeitervreundlich oder unternehmerfreundlich tun, je nach Bedarf die Kleinbauern und Großgrundbesitzer in ihre Arme schließen und im gleichen Atemzug dem Handwerker, dem Kleinrentner, dem Kriegsbeschädigten und dem Angestellten ihre ganz besondere Sympathie versichert.

Konstruiert wird ein Staatswesen im lustleeren Raume, in dem die diktatorische Leitung dafür sorgt, daß den Untertanen aller Kategorien das gleiche Genüge geschieht. Damit hat man dann auch eine Plattform gefunden, von der aus sich gegen die marxistischen Klassenkampfparteien reiten läßt. Daneben gibt es noch anderes. Zunächst einmal die verlogene Darstellung, als ob Deutschland seit dem Jahre 1919 marxistisch regiert worden ist und daß daher alle Not von der Sozialdemokratie verantwortet werden müsse. Nicht zuletzt aber wird das nationale Prinzip ins Treffen geführt. Auch das ist in der Hauptsache eine Waffe gegen die internationale Sozialdemokratie, die schwächlich, feige und ver-



Rudolf Breitscheid

räterisch die Interessen des deutschen Volkes preisgeben. Dem Volk, das unter dem Vertrag von Versailles leidet, wird das Traumbild einer Wiederaufrichtung zur alten militärischen Macht und Herrlichkeit vorgegaukelt und so getan, als ob seine Verwirklichung nur von dem nationalen Willen, von der Wehrhaftigkeit und dem Kampf gegen den Pazifismus abhängt.

In diesen Anschauungen wird einer Erkenntnis bewußt oder unbewußt aus dem Wege gegangen, nämlich der, daß die Wässer gerade durch die Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu einem großen Organismus zusammengefaßt sind. Wo man diese Beziehungen sieht, sucht man sie auf die verhängnisvollen Einflüsse des Judentums zurückzuführen und hat mit dem Antisemitismus ein neues Rodmittel für die unter dem Bankkapital und dem hohen Zins leuchtenden Mittelständer. Jede Politik der Verteidigung der nationalen Belange gibt, ist Gewalt.

Ob die Hitlerianer zur Macht gekommen, die praktischen Konsequenzen aus ihren so laut vertretenen Ideen ziehen würden, ist zu mindesten zweifelhaft. Ich erinnere nur an den Briefwechsel, den Hitler unmittelbar nach dem Wahlerfolg ausgerechnet mit dem Franzosen Hervé geführt hat.

Die Wirkung der ganzen nationalsozialistischen Agitation, die sich scheinbar mit gleicher Liebe an alle wendet, ist die sozial höchstbunte Zusammenziehung der nationalsozialistischen Partei, in der vom Hohenzollern-Prinzen bis zum kriminellen Lumpenproletarier alles beieinander sitzt und auf die Erfüllung seiner Spezialwünsche hofft. Die Programmlosigkeit, mit der man sich noch gelegentlich besonders brüsst, ebenso wie Mussolini es getan hat, ist eines der Bindemittel für die heterogenen Bestandteile. Von einer Partei, die sich durch kein Programm festgelegt hat, kann jeder alles erwarten, wenigstens so lange sie nicht in einer Verantwortung sitzt. Dazu kommt dann der militärisch diktatorische Aufbau der Partei. Ein Mann ist an die Spitze gestellt, der künstlich mit dem Mythos der politischen Unfehlbarkeit umgeben wird und unbedingten Gehorsam fordert.

Mussolini ist kein Charakter, aber ein Talent der Charakterlosigkeit. Hitler ist nicht einmal das. Er hat nur seinem großen Vorbild abgesehen, wie er sich räuspert und wie er spuckt.

Donnerstag abend ins Alte Theater zur »Ehe« Festvorstellung aus Anlaß des Parteitages!

Alle Genossen und Gewerkschafts-Kollegen können Karten bekommen im Büro des ABI (Volkshaus), in den Verkaufsstellen des ABI, in allen Volkszeitungs-Filialen, im Gewerkschaftskartell (Volkshaus), im Büro des Bezirks-Bildungsausschusses, Tauchaer Str. 19/21; Ho-

Karten zu 1.75 Mark, 1.25 Mark, 40 Pfennig

Aber wir müssen gerecht sein: es gibt trotz allem innerhalb des Faschismus auch so etwas wie eine Ideologie. Es gibt, wenn auch nicht in der Masse der Mittläufer, so doch zum mindesten in einem Teil seines Kerns geistige und philosophische Triebkräfte. Sie sind bestimmt durch die starke Abwehr der letzten Jahrzehnte von dem sogenannten philosophischen Positivismus, das heißt jener Lehre, die nur die Existenz dessen zugestehen will, was mit Händen zu greifen und nach ewigen Gesetzen zu erschauen ist. Wir können hier nicht in eine Kritik eintreten; aber Tatsache ist, daß sich gegen die eine Reaktion bemerkbar gemacht hat, die das rechnerische Zahlen und Gesetzesmäßige verachtet, die die Kraft des persönlichen Willens betont und bei der eben der Mythos eine so große Rolle spielt. Diesen Elementen kommt die Romantik und die Programmlosigkeit des Faschismus entgegen. Sie erblicken in ihm eine Erlösung aus der Nüchternheit des grauen, auf Kalkulationen aufgebauten Alltages. Sie stürzen sich in ihn wie in eine erfrischende Fut.

Die Führer der Hitlerpartei sind sich durchaus bewußt, daß sie auf die Dauer weder durch eine so starke Betonung des Charakters ihrer Bewegung als einer Arbeiterbewegung, noch durch das Festhalten an nebelhaften Formulierungen sich über Wasser halten können. Sie suchen deshalb, wenn auch vorsichtig, so doch mit vollem Bewußtsein den Anschluß an die kapitalistische Klasse und geben sich dabei höchstens der Hoffnung hin, daß die Massen ihre Wendung nicht ohne weiteres erkennen oder daß sie immer noch mit Hilfe der nationalen Phrasen bei der Stange halten würde.

Für den größten Teil der leitenden Männer im deutschen Nationalsozialismus waren das Proletariat und der Sozialismus nie viel mehr, als auf der einen Seite Stimmgang und Erpressungsmittel auf der anderen.

Die Herren wären bereit gewesen, schon unmittelbar nach der Wahl vom 14. September mit den bürgerlich-kapitalistischen Parteien gegen die Arbeiterschaft zusammenzugehen und die Brücken zu betreten, die ihnen nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch die Deutsche Volkspartei und ein Teil des Zentrums zu bauen entschlossen war. Grundzüge hinderten sie nicht an dem Begehen dieses Weges. Nur fürchteten sie damals von einem so plötzlichen Entschluß unerfreuliche Rückschlüsse für ihre Bewegung.

In ihrem Uebermut stellten sie damals zunächst Forderungen, die von den Verhandlungspartnern nicht erfüllt werden konnten. Vor allem aber wurde das Zusammengehen der Bürgerlichen mit ihnen durch die Abwehrpolitik, zu der sich die Sozialdemokratie entschloß, aufs äußerste erschwert. Aber gerade die Unterstützung, die die Sozialdemokratie einer bürgerlichen Regierung gewährte, und die diese sich gefallen ließ, veranlaßte den Nationalsozialismus, zunächst noch einmal in seiner Agitation zu einer starken Hervorhebung antibürgerlicher und antikapitalistischer Tendenzen. Er griff die Sozialdemokratie wegen ihres „Verrates“ von Grundfragen an und stürzte gegen die Regierungsparteien los, weil sie sich in Abhängigkeit von den Marxisten begeben hätten. Dabei richteten sie die Schärfe ihres Schwertes namentlich gegen das Zentrum und machten auch vor der katholischen Kirche nicht halt. Dennoch hat die Volkspartei, die in Thüringen mit den Nationalsozialisten auf einer Regierungsbank saß, sehr lange die Phrasen von den wertvollen nationalen Kräften wiederholt, die in der Hitler-Partei vorhanden seien. Nur die Furcht vor den wirtschaftlichen Folgen eines Bürgerkrieges, der bei den kaum verhältnismäßig nationalsozialistischen Aufrufen zur Legalität kaum zu vermeiden gewesen wäre, und ferner der starke Gegensatz, in den der Katholizismus zu der Hitlerbewegung geraten war, ließ die Volkspartei auf ihre Pläne vorläufig verzichten.

Immerhin hat die Taktik der Nationalsozialisten in diesem Winter mit einem Mißerfolg geendet. Und ihr Auszug aus dem Reichstag war im Grunde nur der Ausbruch dieses Mißganges. Zunächst war es natürlich ein Schritt, der sojuzagen gewaltsam eine Lösung in ihrem Sinne herbeiführen sollte. Sie erwarteten unüberwindbare Schwierigkeiten, rechneten mit einem Bruch zwischen Regierung und Sozialdemokraten, die nach ihrem Auszug mit der Kommunisten eine scheinbare Majorität besäßen, oder mit dem völligen inneren Zusammenbruch der Sozialdemokratie für den Fall, daß sie diese Mehrheit nicht ausnutzte. Die Sozialdemokratische Partei und ihre Reichstagsfraktion aber haben sich nicht verhalten lassen, das Spiel ihrer Gegner zu spielen.

Gewiß haben wir neue und schwere Opfer auf uns nehmen müssen, aber wir haben verhindert, daß der Wunsch der Rechten in Erfüllung ging, das Parlament arbeitsunfähig wurde und die Feinde des Parlamentarismus damit an ihr Ziel kamen.

Das aber bedeutet, daß die Hitler-Partei sich jetzt ernsthaft die Frage vorlegen muß, ob sie auf den alten Wegen weiterstreiten kann, und daß sie sowohl ihre Stellung zum Kapitalismus und seinen Parteien wie ihre Kampfmethoden einer Revision zu unterziehen hat. Was die Kampfmethoden angeht, so häufen sich ihre Legalitätsbetuerungen. Die sind wahrhaftig nicht sehr ernst zu nehmen, und wenn man Herrn Goebbels sagen hört, die Partei sei nur zur Legalität gezwungen, so weiß man, daß sie zur Illegalität in demselben Augenblick zurückkehren wird, in dem der Zwang sich etwa lockern sollte. In der Zwischenzeit sind die Nationalsozialisten mit Hugenberg zu den denkbar weitestgehenden Arrangements gelangt. Je größer die Aussichten auf eine solche Verständigung werden, um so bereitwilliger werden die Nationalsozialisten auf sein, auf alle Formeln zu verzichten, an denen das Unternehmertum heute noch Anstoß nehmen kann. Man spricht ja auch bereits von einem neuen Wirtschaftsprogramm. Wenn bei ihm Hans Kuypke mit seinen Ansichten über die Notwendigkeiten eines weitgehenden Abbaues der sozialen Versicherung Vate steht, dann werden die etwaigen Widerstände der anderen Seite schon zu überwinden sein. In diesem Falle wird wohl auch von den für den Mittelstand berechneten übertrieben Phantasien über Beseitigung der Zinsneuschaffung u. m. nicht viel übrigbleiben; denn der Kapitalismus kann mit ihnen nichts anfangen.

Schließlich wird man sich auch bereitfinden, alle antiröhmischen und antikatolischen Rehereten abzuwürgen, um seinen Frieden mit dem Zentrum zu machen.

Ich sage nicht, daß die nationalsozialistische Verbrüderung mit dem Kapitalismus unmittelbar bevorsteht, ich weise nur auf die Tendenzen hin, die wir nicht außer acht lassen dürfen, und die schließlich auch in den nationalsozialistischen Reihen selbst erkannt werden. Die Rebellion der Stennes-Leute hängt damit zusammen. Aber wir wollen uns vor der Annahme hüten, als könne die ausgesprochene Hinwendung zum Kapitalismus und das Lippenbekenntnis der Nationalsozialisten zur Legalität für die Partei sofort eine starke Erschlüderung oder sogar ihre Lösung bedeuten. Das wird um so weniger dann eintreten, wenn diese Wendung zugleich eine Wendung zur Macht ist. Von dem lumpenproletarischen Prätorianertum ganz abgesehen, wird sie fürs erste alle diejenigen nicht verlieren, die von der zur Macht und politischen Einfluß gelangten Partei persönliche Vorteile erhoffen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß sie bei der Begünstigung ihrer Anhänger weniger strapaslos sein werden als wir; denn sie verabscheuen nur den Parteibeschmutzungen, der nicht über das Buch ihrer Partei verläßt.

Nun zu der Anziehungskraft der Nationalsozialisten auf die Jugend. Machen wir uns klar, daß die Jugend aber ebenso wie die Generationen Klassenmäßig gebunden ist, sich aber in geringem Maße als diese Klassen gebunden fühlt. Die Jugend

Fortsetzung 3. Beilage

Breitscheids Referat

Fortssetzung von der 2. Beilage

Ist durch den Krieg und die Wirrnisse, die ihm folgten, in das politische Getriebe hineingezogen worden. Vier Jahre lang ist die Gewalt angebetet worden, und man konnte nicht erwarten, daß gerade bei der Jugend nach dem Kriege die Idee der Gewalt als Mittel der Politik ihre Bedeutung verlieren würde.

Alles das sind Erwägungen, die angestellt werden müssen, wenn man sich die Frage vorlegt, ob die Wendung der Hitler-Partei zum Kapitalismus und zur scheinbaren bürgerlichen Wohlstandigkeit die Reichen des Nationalsozialismus stark und binnen kurzer Frist lichten werde.

Wir haben unsere ganze bisherige Abwehr in erster Linie auf die Fernhaltung der Nationalsozialisten von einer Beteiligung an der Regierung in Gemeinschaft mit bürgerlichen Vertretern eingestellt. Das Wesentliche war für uns, eine Loslösung auf friedlichem Wege zustandekomme bürgerlich-nationalsozialistische Koalition zu verhindern und, es besteht also kein Anlaß, im Grund- sache die bisher angewandten Methoden zu ändern.

Sie waren von der Sorge befißt, daß die Hitler-Partei zur Mitregierung berufen, ihren Einfluß benutzen würde, um die Demokratie zu unterminieren, um sich in alle erreichbaren Volken hineinzubringen und so, wenn auch nicht ein rein faschistisches, so doch ein von faschistischen Ideen stark durch- sehtes Staatsleben zu schaffen.

Wenn man also unsere bisherige Politik für richtig hält, so sehe ich in der stärkeren Betonung der Legalität durch die National- sozialisten und den Koalitionsmöglichkeiten, die aus ihr erwachsen können, keinen Grund, neue Wege einzuschlagen. Ich halte sie für die bisher einzig möglichen. Was sie zu ihrer Modifizierung ver- anlassen könnte, ist nicht die Aenderung in dem zu bekämpfenden Gebaren des Gegners, sondern könnte nur sein die Erkenntnis, daß durch unsere Politik und ihre Wirkung auf die Arbeiterklasse die Stützpunkt der Sozialdemokratischen Partei so geschwächt würde, daß sie Gefahr liefe, auf die Dauer nicht mehr der Faktor im poli- tischen Leben zu sein, der sie heute ist. Wir haben gewußt, daß unser Verhalten bei den Arbeitern, die nicht fest zu unserer Organi- sation stehen, Bedenken erregen könne, und wir durften nicht daran zweifeln, daß die Kommunisten, die auch unter den gegen- wärtigen Umständen in uns den verhassten Feind sehen, unseren notgedrungenen einseitigen Verzicht auf bestimmte Programm- forderungen gegen uns ausbeuten würden.

Wir haben heute, genau wie bisher, in jedem einzelnen Falle abzuwägen, ob das, was wir selbst und die anderen uns zu- muten, kein zu hoher Preis für die Abwehr des Faschismus ist.

Allerdings dürfen wir auch keinen Zweifel darüber lassen, daß die Politik des Tolerierens und des Ausweichens von uns nicht um ihrer selbstwillen getrieben wird, daß wir in ihr nur eine harte und vorübergehende Notwendigkeit erblicken, daß wir das Kabinett Brüning nur am Leben erhalten, so lange es entschlossen und in der Lage ist, die faschistischen Aspirationen abzuwehren, und daß wir Verletzungen der demokratischen Form nur dulden, um den demokratischen Inhalt der Verfassung zu retten. Wir müssen uns und den anderen klar machen, daß die Politik, die wir seit dem November befolgt haben, ihre Grenzen hat,

aber wir müssen gleichzeitig dafür Sorge tragen, daß Deutsch- land nicht das Schicksal Italiens erleidet, wo der Faschismus triumphieren konnte, weil die Regierung schwach und die sozia- listische Partei innerlich zerrissen und daher entscheidungsunfähig war. (Sehr richtig!) Unsere Kritiker müssen in aller Klarheit sagen, was geschehen wird und geschehen soll, wenn Brüning stirbt. (Sehr richtig!)

Wenn wir für Maßnahmen eintreten, die geeignet sind, die wirtschaftliche Not zu lindern und die Zahl der Arbeitslosen her- abzuhängen, wenn wir uns gegen eine Verschlechterung der sozial- politischen Gesetzgebung und insbesondere gegen eine Verminderung der Leistung für die Arbeitslosen zur Wehr setzen, so sind wir damit auch darauf aus, dem Nationalsozialismus eine seiner Wur- zeln abzugraben. Daß bürgerliche Parteien uns in diesem Be- streben nicht unterstützen, daß sie im Gegenteil aus engstirniger Rücksicht sich gerade gegen Sozialpolitik wenden und den breiten Massen die Kosten der zweifellos sehr notwendigen Sanie- rung der öffentlichen Finanzen auferlegen wollen, so ist das ein Beweis dafür, daß sie die vom Faschismus drohende Gefahr gering einschätzen oder daß sie sie nicht abwehren und überwinden wollen.

Diese Tatsache gehört zu denen, die der Sozialdemokratie die Durchführung der Politik, die sie im Herbst vorigen Jahres aufgenommen hat, so außerordentlich schwer machen.

Es wäre indessen falsch, wenn man im Nationalsozialismus ausschließlich ein Elendsprodukt erblicken wollte. Ihm hängen zweifellos auch Menschen an, die sich nicht als Kaufbolde anspre- chen lassen, die geistige Interessen besitzen und die der Ueber- zeugung sind, daß ihre Organisation tatsächlich eine moralische, wirtschaftliche und politische Neugeburt Deutschlands erschaffen und auch erreichen werden. An diese Kreise muß sich unsere Aufklä- rungsarbeit richten. Es ist gut, wenn wir immer wieder versuchen, dem Volk das wahre Gesicht des Nationalsozialismus zu zeigen. Diese Kritik aber bedarf der Ergänzung durch den ständigen Hin- weis auf das, was die Sozialdemokratie für die Arbeiterklasse und für die Gesamtheit geleistet hat und leisten will. Die Behauptung, daß wir nach dem Kriege unseren Sozialismus in die Erde gestellt hätten und verbürgerlicht wären, ist eine Unwahrheit. Gewiß sind wir sehr stark in den Tagesarbeiten ausgegangen, das war sicher eine durch die Umstände gebotene Notwendigkeit, und diejenigen, die uns nahestanden, mit uns leben und mit uns politisch tätig sind, wissen, daß die sozialistische Idee darüber nicht zu kurz kommt. Aber für die anderen muß die Idee doch immer wieder schärfer beleuchtet werden.

Wir müssen ihnen das Bild des „Zukunftstaates“ wieder mehr vor Augen führen und darauf, daß er ein erstrebenswertes Ziel und zugleich eine geößere Realität ist als das phantastische dritte Reich.

Und für dieses Ziel sollen wir säkliches Interesse und ideale Begeisterung zu erwecken bemüht sein. Zugleich aber ist es auch eine unserer vornehmsten Aufgaben, die Demokratie zu rechtfertigen und ihre Bedeutung für das arbeitende Volk auseinanderzusetzen. Weisen wir immer wieder darauf hin, daß gerade die Interessen der Arbeitnehmer nur in einem demokratischen Staate, in dem der Wille der Massen den letzten Ausschlag gibt, wahrzunehmen sind.

Allerdings muß die Demokratie sich selber zu disziplinieren im- mer wieder in die Hände und entschlossen sein.

Sie hat vor allem dafür Sorge zu tragen, daß wirklich feste und stabile Mehrheiten zustande kommen, wenn in dieser Beziehung eine Aenderung des Wahlsystems Erfolg versprechen sollte, so dürfen wir vor ihr nicht zurückweichen. Wir haben nicht zuletzt der Jugend klar zu machen, daß unser Faschismus nicht eine Angelegenheit von Schwächlingen und Feiglingen ist, sondern daß auch er eine Art von Heldentum erfordert, das sich Ziele setzt, die schöner und edler sind als diejenigen der Kriegspolitik.

Nichts ist verfehlter, als auf dem Gebiete der ausländischen Politik nationalsozialistische Ideologie entgegenzukommen. Damit verfällt man in jene verhängnisvollen Halbheiten, mit denen man den Nationalismus durch Entgegenkommen gewinnen will.

Ich bin der Ueberzeugung, daß, wenn wir den Faschismus überwinden wollen, nichts notwendiger ist, als die Jugend umzu- stimmen und zu gewinnen. Wir müssen der jungen Generation und ihrem Willen ein größeres Verständnis entgegenbringen, als es auch in unseren Reihen vielfach bisher der Fall war. Wir sollen ihr nicht mit dem Spott des Ueberlegenen kommen. Wir sind auch einmal jung gewesen. (Stürmischer Beifall.) Wir haben gerade der Jugend gegenüber die Pflicht, den Willensfaktor hervorzuheben und sollen es nicht allzu tragisch nehmen, wenn sie Kritik an jenen ein-

gelesen übt. Wir wollen sie nicht verhöhnen, sondern ihnen Ge- legenheit geben, die Stihaltigkeit ihrer Ansicht in praktischer Mit- arbeit zu erproben.

Wir wollen uns dabei nicht auf die Beschäftigung mit der Ar- beiterjugend im engeren Sinne beschränken, sondern sie auf die jungen Akademiker ausdehnen, die zum guten Teil nichts anderes sind, als neues zuwachsendes Proletariat. Ihnen unsere Auffassung näher zu bringen, ist unsere Pflicht.

Auf die Dauer kann, wenn wir in dem von mir aufgezeichneten Sinne arbeiten, der Faschismus in Deutschland nicht triumphieren!

Feiger Gedanken
Bängliches Schwanken
Wendet kein Unheil,
Macht uns nicht frei.

Allen Gewalten
Zum Trost sich erhalten
Rufet die Arme der Götter herbei.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Der Parteitag tritt um 1/2 12 Uhr in eine zehnminütige Pause ein.

Der Bericht der Reichstagsfraktion

Berichterstatler Wilhelm Sollmann, Köln

Als auf dem Parteitag in Magdeburg unter Fraktionsführung Dr. Breitscheid den Bericht der Reichstagsfraktion erstattete, wa- deutscher Reichstagsminister unser Genosse Hermann Müller. Wir trugen die schwere und unendbare Belastung der großen Koalition. Die Fraktionspolitik hat auf dem Parteitag zahlreiche Kritiker gefunden. Diese Kritiker können insofern einen Erfolg buchen, als wir im Reich seit 14 Monaten nicht mehr an der Regierung beteiligt sind. Ob die Gegner der großen Koalition mit der politischen und wirt- schaftlichen Entwicklung Deutschlands und Europas seit unserem Ausschcheiden aus der Reichsregierung zufriedener sind, darf man wohl bezweifeln. Und jedenfalls wage ich nicht zu hoffen, daß der Parteitag die Reichstagsfraktion mit einmütigem Beifall über- schütten wird. An nur wenige Ereignisse der vergangenen zwei Jahre können wir mit Freude denken. Der größte außenpolitische Erfolg, den die Republik erzielt hat, ist einem sozialdemokratisch geführten Kabinett zu danken: die Rheinlandräumung. Keine der Parteien, die das Wort national im Firmenschild führen, hat für die Freiheit der Rheinlande auch nur das Allgeringste getan.

Nicht nur die deutsche, auch die internationale Sozialdemokratie hat gegen die Befehlungs- und Sanktionspolitik stets eine klare einseitige Linie eingenommen. (Sehr wahr!)

Gemeinsam mit den deutschen Sozialdemokraten haben die Führer unserer ausländischen Bruderparteien MacDonald, England, Vandervelde und Huysmans, Belgien, und Leon Blum in Frank- reich mehr für die Befreiung deutschen Bodens von fremden Truppen getan, als die Soldie, Dösterberg, Hitler, Hugenberg und alle nationalsozialistischen Schreier Deutschlands zusammengenommen. Die deutsche nationalsozialistische Opposition ist außenpolitisch pharisäer- haft und verlogen. Einen brauchbaren Weg zur Revision der Friedens- und Reparationsverträge hat sie niemals zeigen können. Unsere Partei war im Kampfe gegen den nationalsozialistischen Volks- betrug nicht immer aktiv genug. Ich glaube, daß unsere außen- politische Fraktionsarbeit in der Partei kaum umstritten ist. Auch in dem Willen- den-Youngplan-Anzunehmen, war die Fraktion einzig. Wir hätten auch den Youngplan trotz seiner angeblichen Eingängigkeit nur für einen Abstrich zu einer vernünftigen inter- nationalen Reparations- und Schuldenregelung. Niemand wird der deutschen Jugend auf die Dauer klar machen können, daß sie

bereit oder nicht vorbereitet worden ist, bildet kein Ruhmesblatt für die außenpolitischen Künste der gegenwärtigen Reichsregierung. Inseiner Fraktion hat an dieser vorunglücklichen Aktion keinen Anteil. Damit ist nichts gegen das Recht Deutschlands und Österreichs ge- sagt, im Rahmen ihrer Souveränität Verträge zu schließen. Die Sozialdemokratie ist großdeutsch seit Wilhelm Liebknecht und August Bebel. Wir sind aber nicht nur großdeutsch, sondern auch Euro- päer. Wir dürfen keine Atmosphäre schaffen, die das Mißtrauen gegen Deutschland erhöht und allen Europäern in allen Ländern die Arbeit erschwert. Wiederholt hat unser Außenpolitiker Breit- scheid im Reichstage Erklärungen gegen die hysterische Furcht Auf- lands vor einer Interventionspolitik abgegeben. Es mag Leute geben, die das Volksweltenerperiment von außen her gewaltsam beenden möchten. Diese Politiker werden immer auf den entschie- denen Widerstand der Sozialdemokratie stoßen. Es mag in Auf- land viel Barbarei existieren, aber die Führer des Weltkapitalis- mus sind die Leuten, die irgendeinem Lande höhere Kultur bringen könnten. Innerpolitisch lebten wir während der Reichszeit in einer schweren Krise des Parlamentarismus und der Demokratie. Die gesellschaftlichen Umsichtigungen erschlitterten das politische Parteileben. Die Sozialdemokratie hat in dieser Lage Politik aus zwei klaren und festen Willensäußerungen getrieben:

Bereitigung des Lebensstandards der arbeitenden Massen und Aufrechterhaltung aller ihrer demokratischen Rechte als der besten Grundlage des Klassenkampfes in einem hoch- entwickelten Staate wie der deutschen Republik. (Beifall.)

Solange die Sozialdemokratie in Deutschland parlamentarisch arbeitet, hat unsere Reichstagsfraktion niemals in einer Wirt- schaftskrise und Finanzkrise von ähnlichem Ausmaße gestanden. Es heißt die Front vollkommen verschieben, wenn man unsere parla- mentarische Arbeit beurteilt, ohne stark zu betonen, welche engen Grenzen ihr in solchen Zeiten gezogen sind. Sozialpolitische Er- oberungen lassen sich unter solchen Verhältnissen nicht machen. Es ist schon ein bedeutender Erfolg, wenn bei zerrütteter Wirtschaft und Milliarden-Gehlbeträgen in allen öffentlichen Kassen die So- zialpolitik im wesentlichen aufrechterhalten bleibt. Die Genossen und Genossinnen von der Dorfgemeinde an, bis zum Reichsparla- ment, die in Kommissionen jäh um jede Mark Rente und Unter- stützung für unsere armen Volksgenossen ringen, sind mindestens so gute Klassenkämpfer wie diejenigen, die immer theoretische Artikel verfassen oder dialektisch glänzende Reden halten.

Unsere Sozialdemokratie hat andere Leistungen aufzuweisen als die aufgeregten Aphaskliteraten, die unsere Partei verläßt und verbostzt schmähend und nichts spüren von dem großen sozialen Ethos und dem ungebrochenen Kampfwillen, der in der deutschen Arbeiterpartei lebt.

Unter der rein bürgerlichen Reichsregierung ist alles viel schlimmer geworden. Das Bürgertum könnte manchem unserer Genossen ein Beispiel geben, wie man die eigenen Minister schont und anerkennt. Die 21 Monate Kabinett Hermann Müller waren innerpolitisch erfüllt von schweren Kämpfen um die Ge- staltung der Finanz- und Sozialpolitik. Hauptgrund für die Zu- spitzung der innerpolitischen Krise war die Verschärfung des Klassenkampfes von oben. Wie hypnotisiert starre das Bürgertum auf zwei Ziele: Senkung der Besitzsteuer und Senkung der So- ziallasten. So wurde Hitlerbergs Witscht, den Etat und die Reichsfinanzen zu sanieren, vernichtet. Die latente Krise im Kabinett Müller wurde im März 1930 akut. Rückschauend ist die Haltung unserer Reichstagsfraktion glänzend gerechtfertigt, wenn sie die Steuerentlastung ablehnte und auf Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung bestand. Deutsche Volkspartei und andere Teile der bürgerlichen Mittelparteien wollten den Bruch der großen Koalition. Der damalige Zentrumsführer und jetzige Reichskanzler Dr. Brüning verfolgte den großen staatspolitischen Plan, die christlich-konservativen Kräfte der Rechten von Hugenberg zu trennen und an den republikanischen Staat heranzuführen. Ein Zentrumspolitiker von den strengkatholischen Anschauungen und der politisch-konservativen Geisteshaltung Brünings wird, wenn es unvermeidlich ist, auch mit der Sozialdemokratie eine politische Vernunftsehe eingehen,

aber keine Herzenneigung gehört den konservativen Kräften der Rechten. Das Zentrum als die Partei der Mitte wird immer koalitionsfähige Partner auch nach rechts zu suchen wissen.

Die neue Regierung Brüning hat das Schwerkgewicht ihrer Tätig- keit nach rechts verlegt. Ihre Jugendländnisse an den ostelbischen Großgrundbesitz, an die Wirtschaftspartei und an die Deutsche Volks- partei zeigen, wie stark der Widerstand unserer Minister gegen solche Absichten gewesen ist. Brünings staatspolitische Idee erlitt sofort eine Niederlage, weil er Hugenbergs Fraktionsdiktatur nicht brechen konnte. Wie stark hochkapitalistische Interessen die neue Regierung beherrschten, zeigte der baldige Sturz Moldenhauers durch den Industriestiefel seiner Partei. Damals, am 19. Juni 1930, schrieb die Kölnische Zeitung:

Die Industrie will eine Sanierung der Finanzen nicht von der Steuerseite her, sondern sie will eine Entlastung der Wirt- schaft durch Abbau von Löhnen und Gehältern.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dagegen am 23. Juni 1930 ein eigenes Programm gegen die Wirtschaftskrise aufgestellt. Es ist bis heute nicht überholt und hat auch recht- behalten in folgender Voraussage:

Eine Senkung des Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten kann die Wirtschaft nicht beleben, sondern muß die Krise verschärfen.

Mitte Juli 1930 sah die Regierung Brüning parlamentarisch fest. In klarer Erkenntnis der Gefahr einer Staatskrise stellte unsere Fraktion nur eine entscheidende Bedingung für die Weiter- verhandlung der Steuerpläne: Freigabe der Kopfsteuer, gegen die der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich selbst große Bedenken er- hoben hatte. Reichskanzler Dr. Brüning ging diesen Weg der Verhandlungen nicht, er verordnete seine Steuern auf Grund des



Wilhelm Sollmann

durch zwei Generationen für die Sünden des Kaiserreiches büßen soll, unter dessen Herrschaft sie noch gar nicht gelebt hat.

Wir achten die Verträge und sind verpflichtet, sie zu erfüllen, aber jede Erfüllung hat ihre Grenzen an der materiellen und seelischen Kraft Deutschlands.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird sich dem wachsenden Revisionswillen nicht entziehen; sie wird ihn führen, und gerade darum wird sie niemals zu außenpolitischen, nationalsozialistischen Ex- perimenten sich hergeben. Die Abrechnung des Youngplanes würde eine außenpolitische und eine wirtschaftliche Katastrophe herbei- geführt haben. Diejenigen würden als erste ihr Geld im Auslande in Sicherheit gebracht haben, die am lautesten Lippenbekenntnisse für eine entschiedene Befreiungspolitik ablegten. Dennoch müssen wir mit allem Nachdruck sagen: die Sachverständigen des Young- planes haben falsche Vorstellungen von der Leistungsfähigkeit Deutschlands gehabt.

Die deutsche Arbeiterpartei, zu der Millionen Menschen gehören, die ein Elendsleben führen, wird immer wieder im Einklang mit der Internationalen den Auf nach einer Lösung der Reparationsfrage erheben, die internationale Wirtschaft- beziehungen aufbaut, statt sie zu verwüsten. (Beifall.)

Von außenpolitischen Fortschritten zugunsten Deutschlands ist seit unserem Regierungsaustritt nichts zu spüren. Von einer Ueberlegenheit der bürgerlichen Staatskunst ist nichts zu bemerken. Die Art, wie die deutsch-österreichische Jollusionen diplomatisch vor-

Art. 48. Auf unsern Antrag wurden dieser Verordnungen aufgehoben. Reichstagsauflösung und neue Notverordnungen waren die Folge. Die Auflösung war ein Spaltpfeil, dessen Milliardenverluste heute noch die deutsche Wirtschaft bücken muß.

Die Reichstagsauflösung hat der deutschen Wirtschaft viel mehr gekostet, als ein rechtzeitiges Entgegenkommen an die Sozialdemokratie gekostet haben würde. (Stürmischer Beifall.)

Der 14. September hat eine ganz neue innerpolitische Nachtgruppierung geschaffen. Unsere Reichstagsfraktion konnte nicht eine Politik betreiben, als wenn nichts geschehen wäre. Wir haben parlamentarisch nicht mehr Macht, als uns das Volk gegeben hat. Im neuen Reichstag sitzen unter 577 Abgeordneten 225 erklärte Anhänger der Diktatur. Daneben gibt es in den bürgerlichen Parteien Dutzende unklarer Kantonsisten. Die Nationalsozialisten wagten keinen illegalen Schritt. Herr Adolf Hitler ist gewiss ein mächtiger politischer Kopf, aber sozial hat er immerhin begriffen, daß man mit Stummabteilungen, Schutzstaffeln, Kampfbünden und ähnlichen Gründungen politischer Romantik ein modernes Staatsgefüge nicht überrennen kann.

Wer die Panzerkürme, Militär und Polizei der modernen Staatsgewalt erobern und für sich einsehen will, muß ihre Befehle kommandieren, also legal in diese Panzerkürme eindringen können.

Der Nationalsozialismus, der das begriffen hat, was leider noch nicht einmal alle marxistischen Sozialdemokraten eingesehen haben, ist viel gefährlicher als der lächerliche Bolschewismus des Jahres 1923. Im Oktober vorigen Jahres war die Lebensenergie der Regierungsmacht durch die Nationalsozialisten groß und unmitttelbar. Die Sozialdemokratie hat diese Gefahr abgewendet. Das ist eine deutsche und europäische Tat. Die Nationalsozialisten waren uns allerdings dabei behilflich, durch ihre maßlosen Forderungen und durch ihren Frontalkampf gegen die katholische Kirche, der noch keiner Partei und keinem Staatsmann gut bekommen ist.

Der politische Weg, den wir im neuen Reichstage eingeschlagen haben, bedeutet Opfer und Zugeständnisse. Er war aber der einzig mögliche, und eine zahlenmäßig starke Opposition ist unter dem Eindruck des 14. Septembers damals nicht laut geworden. Jedermann sagt, daß der Zusammenbruch des ganzen politischen Systems drohte. Es gab nur die Alternative:

Kabinett Brüning oder offene faschistische Diktatur. Wir konnten nicht die Politik der Nationalsozialisten treiben und den Parlamentarismus vernichten.

Wir erzwangen die Ausschüßberatung der Brüning'schen Notverordnungen. Der Kampf endete mit klaren Zugeständnissen an die Sozialdemokratie: mindestens 8 Millionen Proletariat wurden von der Arzneigeld- und Krankengeldgebühren befreit. Mindestens 8 Millionen Proletariat wurden befreit von der Bürgersteuer; außerdem wurde sie wenigstens einigermaßen gestaffelt. In der Arbeitslosenversicherung wurden die Verschlechterungen für Millionen Jugendliche und Versicherten mit verhältnismäßig kurzer Anwartschaft abgewehrt. Diesen Erfolg verdanken diese armen Leute allein der Sozialdemokratie. Der Reichstag hat in diesem ganzen Winter am Abgrund gestanden. Die Gefahr war vielleicht am größten im Dezember 1930. Die Reichsregierung versuchte sie mit 25 Notverordnungen steuerlicher, sozialpolitischer und wirtschaftspolitischer Natur zu beseitigen. Daß diese Notverordnungen uns in Einzelheiten nicht passen, ist klar. Was hätte aber eine Aufhebung dieser neuen Notverordnungen bedeutet? Wir hätten selbst die erreichten Verbesserungen in der ersten Notverordnung zu Fall gebracht. Wir hätten einen finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch und eine politische Krise mit unvorstellbaren Auswirkungen herbeigeführt. Die Fraktion hat in dieser Lage ein Bild voller Disziplin.

Die Isolierung dieser großen Notverordnungen war eine politische Belastung, der gegenüber mir die Stimmenthaltung bei den paar Millionen Bauern für Panzerschiffe harmlos erscheint. (Sehr wahr!)

Unsere Anhänger, auch die Erwerbslosen und Wohlfahrtsgeldempfänger, zeigten ein wunderbares politisches Verständnis. Sie steigerten die Aktion gegen den Faschismus. Im Parlament erreichten wir durch unsere Taktik die Isolierung der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen. Das Zentrum und der Katholizismus traten in eine klare Kampfstellung gegen die Nationalsozialisten. Kritik in Thüringen wurde gestützt: die Preußenkoalition festigte sich zu einer geschlossenen Front gegen das faschistische Stahlhelm-Volksbegehren. Im Februar erhob sich die Mehrheit des deutschen Parlaments aus eigener Kraft zu einer Gesundheitsaktion des deutschen Parlamentarismus. Die Einschränkung der Immunität und die Aenderung der Geschäftsordnung richtete sich gegen notorische Verleumder, die ihre Abgeordnetenimmunität zu unbedingten Strafmaßnahmen mißbrauchten und gegen unerlöste Agitationsanstrengungen ohne Rücksicht auf die finanzielle Deduktion. Keine Demokratie kann bestehen, wenn Staat und Parlament sich nicht die Autorität verschaffen, die notwendig ist. Die Aeroität der Rechtsparteien führte zu ihrem Auszug aus dem Parlament. Die Kommunisten, als die angeblichen Totbeiden des Parlamentarismus, schlossen sich dem Ausmarsch nicht an.

Sie wissen den parlamentarischen Kampfboden sehr wohl zu schätzen und erkennen die Bedeutung der formalen Demokratie, wenn sie wirklich in Gefahr ist.

Die Nationalsozialisten sind wohl nicht zuletzt geflohen, weil sie sich außenpolitisch bloßgestellt fühlten. Die kommunistische Konkurrenz im nationalen Befreiungskampfe kann auch von den Nationalsozialisten nicht überboten werden. Seit den verflochtenen Nationalliberalen ist nirgends mehr so oft das Wort „national“ so oft ausgesprochen worden, wie bei den Kommunisten im letzten halben Jahre. Wenn sie auch das Wort „Waterland“ noch flüchtig aussprechen lernen, sind ihre patriotischen Entwicklungsmöglichkeiten nicht auszudenken. Parlamentarisch wurde die Situation für uns ruhiger, aber nicht leichter. Die Kommunisten jonglierten mit der kommunistisch-sozialdemokratischen Scheinmehrheit. Diese „Mehrheit“ auszunutzen, war schon deshalb unmöglich, weil der Reichstag gegen jeden Gesetzesentwurf Einspruch erheben kann, und dann eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage notwendig ist. Wenn wir die großen gesetzgeberischen Aufgaben lösen und den Etat verabschieden wollten, war eine Verständigung zwischen den Parteien der Mitte und uns notwendig. Jede andere Taktik hätte mit der triumphierenden Rückkehr der Nationalsozialisten enden müssen. Grund zur Unzufriedenheit mit unserer parlamentarischen Arbeit ist sicher reichlich vorhanden. Die letzten anderthalb Monate unserer parlamentarischen Tätigkeit waren die schwersten. Jeder verhehlte parlamentarische Schachzug konnte zur Lahmlegung des Reichstags und zu einer akuten Staatskrise führen. Nur so ist unsere vorzügliche Taktik zu begründen. Die Reichsregierung forderte eine Ermächtigung zu Sparmaßnahmen im Reichshaushalt. Wir rangen ihr das Zugeständnis ab, daß von dieser Ermächtigung alle Etatpositionen ausgenommen bleiben, die auf Beurlaubten beruhen. Es galt dem Schutze der Sozialgesetze. Bei der Beurteilung der Gestaltung des Haushalts für das Reichsarbeitsministerium ist zu berücksichtigen, daß der Ritzung um 450 Millionen Mark Beitragserhöhungen zur Arbeitslosenversicherung gegenüberstehen, die das Unternehmertum ähnlich hoch belasten.

Jedenfalls hätte eine Reichsregierung ganz andere sozialpolitische Abbaupläne verwirklicht, als die Reichsregierung Brüning unter dem Druck der Sozialdemokratie wagte.

Allein aus Mitteln der öffentlichen Versicherungsträger und des Reichs werden jetzt 7 bis 8 Milliarden im Jahre für soziale Aufgaben aufgewendet, gegen 1371 Millionen Mark im Jahre 1913. Als Karl Marx vor mehr als 80 Jahren das Wort prägte, daß die Arbeiter nichts zu verlieren hätten als ihre Ketten, war es eine revolutionäre Tat. Jetzt ist es, wenn es für die Gegenwart nachgehoben wird, eine fortreaktionäre Mäße. Wir müssen den Arbeitern sagen, daß die sozialpolitischen Errungenschaften eines halben Jahrhunderts zum Teufel gehen, wenn wir nicht alle Kräfte zusammenreißen. Wir haben den Reichsarbeitsminister zu Er-

klärungen gegen eine Senkung der Reallohn gezwungen, zu Erklärungen zur Verkürzung der Arbeitszeit. Das von den Unternehmern und den Kommunisten gleichermaßen bekämpfte Schlichtungswesen wurde aufrechterhalten. Wir kämpften für einen Gesetzentwurf zur einheitlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung. Bei der Wirtschaftspolitik darf nicht vergessen werden, daß wir im Reichstag eine starke Mehrheit für eine Hochschulpolitik gegen uns haben. Wir haben uns stets und nicht ohne Erfolg bemüht, Verbraucherschutz in die Zollgesetzgebung einzubauen. Wir haben abgewehrt, daß die Reichsregierung eine allgemeine Vollmacht zur Festlegung der agrarischen und Industriezölle erhielt, was vom Reichsrat schon angenommen war. Die Industriezollermächtigung wurde von uns beseitigt.

Schutzklauseln gegen die Erhöhung des Brotpreises und gegen eine allgemeine Steigerung des Preisindex wurden durch uns erzwungen. Daß diese Klauseln ein nicht unwirksames Druckmittel auf die Regierung bilden, haben die letzten Tage bewiesen. Die Fraktion war sich darin einig, daß in Zeiten bitterster Not Anforderungen für Erleichterungen der Marine unterbleiben müssen.

Marineschwärmer gibt es in der Sozialdemokratie nicht. Die Erleichterungen für die Panzerschiffe waren von zwei verschiedenen Reichstagen wiederholt mit großer Mehrheit beschlossen worden. Die Reichsregierung konnte sich im Reichstag auf eine Mehrheit von 157 gegen 220 plus Reichsrat und plus Reichspräsident stützen. Eine Verhinderung des Panzerschiffbaues durch uns war also ganz unmöglich. Wir konnten nur den Sturz Groeners, den triumphierenden Einzug der Nationalsozialisten in den Reichstag herbeiführen und ihnen die Türe zur Regierung öffnen.

Wenn wir an den paar Millionen für den Panzerkreuzer unsere Reichs- und Preußenpolitik hätten scheitern lassen, konnten sich Eugenbergs und Selbste die Kosten und die Wagnisse ihres Volksobersteins sparen und einen Dankbrief an die Reichsregierung richten, weil sie so einsäffig war, die Wünsche Eugenbergs und Hitlers gehorsamt zu erfüllen. So kamen wir zur Stimmenthaltung.

Wir liehen aus höchsten politischen Erwägungen einen Beschluß passieren, den wir unter keinen Umständen verhindern konnten. Die Fraktion stimmte in drei Teilen: die große Mehrheit stimmte getreu dem Fraktionsbeschlusse mit Enthaltung, etwa 20 Fraktionsmitglieder verließen den Saal, was ihnen gestattet war, 8 Fraktionsmitglieder dagegen stimmten mit Nein, obwohl die Fraktion mit erdrückender Mehrheit beschlossen hatte, die Abstimmung nicht freizugeben.

Die sehr große Mehrheit unserer Reichstagsfraktion hält diese Aktion der neun für einen unerträglichen, gefährlichen, das politische Ansehen der Fraktion schwer erschütternden Disziplinbruch.

Sie erwarten, daß der Parteitag den Schritt der Neun verurteilt und Garantien gegen eine Wiederholung solcher Disziplinbrüche schafft. Es geht hier nicht um Personen und um Rich-

tungen, sondern um das hohe Gut der Parteidisziplin mitten im Kampfe. Wir können kein Sonderrecht für Parlamentarier und für Richtungen schaffen. Die neue Fraktionsmitgliedschaft, ihre Abstimmung sei nur ein einmaliges Signal. Ein unbegreiflicher Standpunkt. D. h. doch: Wir nehmen das Recht zum Disziplinbruch für uns in Anspruch, aber nun darf niemand mehr denselben Anspruch stellen. Was dem Reichstagsabgeordneten recht ist, muß dem Landtagsabgeordneten und dem Gemeindevorordneten billig sein.

Wenn der Parteitag nicht eine ganz klare Entscheidung trifft, so kann in Zukunft jeder sozialdemokratische Parlamentarier ungefragt die Fraktionsdisziplin brechen, wenn er sich berufen fühlt, als einzelner die Parteigrundsätze zu wahren.

Wie würde es denn z. B., wenn über kurz oder lang eine Fraktionsmehrheit beschließen würde, ein Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung Brüning einzubringen? Wie würde es, wenn dann ein Duzend oder noch mehr sozialdemokratischer Abgeordneter sich weigerten, gegen Brüning zu stimmen, sondern für ihn stimmten, weil sie dies partei- und staatspolitisch für richtig halten. Wäre das dann ein Disziplinbruch oder nicht?

Ich bin überzeugt, auch die Verteidiger der Neun werden vor diesem Beispiel für die Notwendigkeit strenger Fraktionsdisziplin gewinnen. Die Reichstagsfraktion ist eine Kampfgenossenschaft, nicht ein Diskussionsklub, wo jeder schließlich nach seinem Gemissen entscheiden kann. Wenn es um die Generallinie der Partei geht und das ganze politische System des Parlamentarismus, dann muß die Fraktion wie eine eiserne Front zusammenstehen. Es gibt keine Gefahr für die Einheit der Partei. Wer nach rechts oder nach links spalten wollte, dringt in den Abgrund. Niemand in der Reichstagsfraktion ist von unserer letzten Politik begeistert. Niemand will sie länger führen, als um Schutze der Republik und zum Wohle des Arbeitvolkes notwendig ist. Wir sind nicht an Herrn Brüning gebunden. Gebunden sind wir nur an unsere politische Einsicht, die für das Arbeitsvolk in Deutschland und die Völker Europas das unabsehbare Unglück abwenden will, das eintreten muß, wenn die Demokratie in Deutschland vor die Hunde geht. Aus solchen Erwägungen haben wir auch gewisse Einengungen der Demokratie, die die lange Vertagung des Reichstags und die Notverordnungen gegen politisches und kriminelles Rowdytum in Kauf genommen. Insbesondere die Freidenker haben Bedenken gegen diese Notverordnungen.

Die Freidenker berufen sich auf das Wort von Karl Marx, das Religion Opium für das Volk sei. Aber sie werden auch zugestehen, daß die Gottloshenpropaganda der Kommunisten gemeinster Fasel für das Volk ist.

Wir sind stolz darauf, daß die sozialdemokratischen Freidenker über diese kommunistische Rohheit hoch erhaben sind. Der Reichstags- und der Reichsinnenminister mögen sich gefast sein lassen, daß die Sozialdemokratie eine Kulturdiätur der christlichen Weltanschauungen nicht zulassen wird.

(Schluß des Referats in der Mittwochnummer.)

Köpfe vom Parteitag

Otto Wels

Otto Wels ist nach wie vor der politische Führer der Partei. Als er zu seiner Eröffnungssprache das Rednerpult betritt, löst der Beifall spontan aus der Versammlung empor.

Otto Wels hat eine schwere Krankheit hinter sich. Man merzt sie ihm aber nicht mehr an. Er spricht, wie immer, vor Temperament. Leicht wird er zornig, wenn ihm etwas gegen den Strich geht. Dieser häufig von einer leichten Rote überzogene Stroph wird aber weich und nachgiebig, wenn er auf Menschentum und Werkändnis stößt.

Der ehemalige Tapazierergeselle steht im 59. Lebensjahr. Man merkt ihm jedoch den kommenden Sechziger noch lange nicht an. Er ist immer noch der vollstimmliche Hüte in der sozialdemokratischen Bewegung der Nachkriegszeit, der im Augenblick der Reorganisation die Massen des Berliner Nordens und Ostens mit den Raumburger Jägern vereinigt und damit dem Kaiserreich den letzten Stoß verlehrt hat.

Wilhelm Bod

Der 55jährige Wilhelm Bod (Gotha) ist mit voller Absicht neben Wels und Lipinski zum Ehrenvorsitzenden des Parteitages gewählt worden.

Wilhelm Bod ist nahezu zwei Jahrzehnte der „Älterpräsident“ des Reichstages gewesen und hat mit Würde und mit Energie sein mehrkündiges Amt bei jeder Reichstagsöffnung durchgeführt. Erst bei der letzten Reichstagswahl hat er sich aus dem parlamentarischen Leben zurückgezogen. Damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß der alte Wilhelm, der schon vor einem halben Jahrhundert dem Einigungskongress von Gotha präsiert hat, die Freierlauf der politischen Agitation in die Tasche gesteckt hat. Mit seinem Strohhautes bewaffnet, sitzt er in den Gärten des Volkshauses hin und her. Als der Fadelzug der Jugend die Reiter Strafe heruntermarschiert, schwingt er sich sogar mit einer eleganten Wendung zum Fensterbrett empor. Ein unverwundliches Stück Sozialdemokratie.

Wanderve de

Ein hart gewählter Kopf. In dem scharf geschnittenen Gesicht sitzt ein schmaler Zwicker über den hell aufblühenden Augen. Ein Knobelbart umrahmt den Kopf, wie ihn der französisch-belgische Bürger trägt, wenn er etwas gelten will. Das gepflegte Äußere

Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit Resolutionsentwurf der Zentralinstanzen

Der Kampf um die Behebung der Arbeitslosigkeit ist von Unternehmertum und Reaktion dazu benutzt worden, um die Kampfbasis zu verschieben und die Massen von den eigentlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit und von den wirksamen Möglichkeiten, sie zu bekämpfen, abzulenken. Die sozialdemokratische Partei bekämpft aufs schärfste die Hege gegen die arbeitende Frau — gleichviel, ob sie ledig oder verheiratet ist. Nicht die erwerbstätige Frau ist schuld an der anwachsenden Arbeitslosigkeit, sondern das kapitalistische System, das es mit voller Energie zu bekämpfen gilt. Wir verwerfen die Versuche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, einen Keil in die Arbeiterklasse hineinzutreiben und bekennen uns erneut zu der bereits in unserem Heidelberger Programm aufgestellten Forderung: „Gleiches Recht der Frau auf Erwerbsarbeit“. Daß bei Entlassungen die soziale Lage des einzelnen Berücksichtigung finden muß und daß vor allem der wirtschaftlich Schwächere seinen Arbeitsplatz behalten soll, ist selbstverständlich und sowohl von der Partei wie auch von den Gewerkschaften zu wiederholten Malen zum Ausdruck gebracht worden. Ebenso selbstverständlich ist es aber auch, daß der wirtschaftlich Stärkere absolut nicht die Frau, auch nicht die verheiratete Frau sein muß.

Wir wenden uns aufs entschiedenste gegen die Versuche, auf diesem Wege einen Kampf der Arbeiter untereinander zu initiieren. Unsere Forderung heißt nicht: „Kampf gegen die Erwerbsarbeit der Frau“, sondern: „Kampf gegen das kapitalistische System“ das allein die Schuld an der wachsenden Arbeitslosigkeit trägt.

Zu diesem Kampfe brauchen wir alle Männer und Frauen. Die Frauen werden nur dann geschlossen und kampffreudig in den Reihen der kämpfenden Massen des Proletariats stehen, wenn sie gleichberechtigt sind und nicht unter ein Sonderrecht gestellt werden.

verrä den Minister, den Diplomaten, der zusammen mit hohen Geistlichen des heiligen Alerus immer wieder einmal ein Ministeramt auszuüben hat. Wandervebe spricht mit einem hinreißenden Temperament. Die Hände fahren fast bei jedem Satz in die Höhe. Er spricht oft mit einem leisen Jucken der Finger. Dazwischen schlägt er mit der Faust auf das rot bekleidete Pult. Seine Stimme ist voll Saft und Klang.

„C'est notre espoir, que bientôt tous le pays soient organisés sous le drapeau rouge.“ — „es ist unsere einzige Hoffnung, daß recht bald alle Völker stehen unter dem Banner des Proletariats.“ Er hebt die Hände und weist zur Seite auf die rote Standarte der Partei.

Longuet

Longuet ist hochgewachsen und schmal. Eine große grauschwarze Mähne weht wie eine Fahne über ihm, wenn er in den Saal schmettert: „Comrades, ich grüße euch vom Proletariat von Paris!“ Der lange, schmale, getränkte Kopf, in dem ein schmaler Zwicker sitzt, zittert bei jedem Satz. In seinem Äußeren ist Longuet nicht so diplomatisch ministeriell aufgemacht wie Wandervebe. Beim Reden verstrahlt er die Arme hinter dem Rücken. Von Zeit zu Zeit aber löst er mit den Händen vor. Er redet zunächst ruhig und mit einer verhaltenen Wärme. Aber dann wird er plötzlich lebend heiß. Die graue Mähne legt hinter ihm her, wenn er den Kopf zur Seite wirft. Die braunen, schmalen Finger greifen in das rote Tuch. Die Perioden werden anklagend und hart:

„La misère des ouvriers, dans tout le pays...“
„Die Internationale der Kartelle und Trusts...“
Die Worte flitzen und flitzen.

„Wir Deutschen und wir Franzosen, wir sind seit Generationen getrennt durch einen Strom von Blut!“

Aber über diesen Strom hinweg reisen wir uns die Bruderhand.

Contre la réaction! Pour la paix! Pour le socialisme international!“

Max Sendewitz

Ein Führer der Opposition. Einer, auf den man hört. Das gebräunte, slavische Gesicht hat trotz der Jugend etwas verarbeitete und durchfurchte, etwas greisenhafte Züge. Die schmalen und gestiffenen Augen verraten Rascheigentümlichkeiten. Sendewitz ist am 19. 12. 1882 in Forst in der Lausitz geboren. Offensbar selbstwiderliche Abstammung. Ein Preuze aus dem wendischen Eiland in der Mark Brandenburg; dem Spreewald. Wie die kleinen kompliziert geführten Wasserläufer der Spree in dieser Gegend — so sind im Gesicht von Max Sendewitz die Absichten und die Furchen gezogen.

Er ist der praktische Kopf der Opposition. Bietet sich der sympathischste von allen. Festgelegt durch das Redaktionsbüro der Zeitschrift „Klassenkampf“ des sächsischen Linkssozialismus: Der junge Arbeiter inmitten der Akademiker.

Hans Vogel

Hans Vogel ist einer der Kandidaten zum dritten Vorsitzenden der Partei. Vogel ist am 18. Mai 1881 in Urtelsdorf in Mittelfranken geboren. Er lernte nach dem Besuch der Volksschule das Holzbildhauerhandwerk und ging dann auf die Wanderschaft. Die „Walze“ brachte unsern schlanken Hannes zur Gewerkschaftsbewegung und zur Sozialdemokratie. Hans Vogel ist menschlich und politisch unbeflehtlich, mutig und wahr. Beim Reden meldet er die Phrasen — um so mehr schwingt ein herzlicher Ton aus seinen Sätzen hervor.

Wilhelm Sölmann

Im Wilhelm Sölmann hat man als Kandidaten zum Parteivorsitzenden manche harte Stunde spintiert und gekämpft. Sölmann sollte der politische und journalistisch geschulte neue Kopf der Partei sein. An seine Wahl hat sich vor allem die Hoffnung der Jugend gehängt.

Wilhelm Sölmann ist zwar nicht von Geburt Rheinländer — aber seit Jahrzehnten sucht er als Führer der rheinischen Sozialdemokratie in dem festlichen Köln. Der Ausbau der Rheinischen Zeitung ist sein Werk. Darüber hinaus aber ist Wilhelm Sölmann der geistige Führer der jungen Generation und vor allem der Publizistik der Partei. Als Kenner der katholischen Bewegung im Rheinland und als Politiker von Format wird er in kurzem die Hoffnung all derer sein, die der Partei ganz neue Wege in die Zukunft weisen wollen.

Die Arbeitszeit im Kohlenbergbau

Die Genfer Beratungen - Extratour der deutschen Unternehmer

Genf, 1. Juni.

Die Kohlenkommission hat heute die sachlichen Beratungen über die Dauer der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken begonnen. Der Entwurf des Arbeitsamtes schlägt eine einheitliche internationale Arbeitszeit von 7 1/2 Stunden vor.

Die Arbeiter beantragen 7 bzw. 7 1/2 Stunden, die Unternehmer 8 Stunden. Der französische Arbeitervertreter erklärte, daß die Arbeiter sich unter Umständen mit der 7 1/2stündigen Arbeitszeit abfinden wollten. Der englische Regierungsvertreter sprach sich gleichfalls für den Entwurf des internationalen Arbeitsamtes aus, wenn auch die englische Regierung von sich aus eine kürzere Arbeitszeit lieber gesehen hätte.

Den Standpunkt der deutschen Unternehmer (die natürlich wieder ihre reaktionäre Gestinnung besonders zum Ausdruck bringen mußten), legte der Generaldirektor des Zechenverbandes in Essen, Wiskott, dar. Er faßte seine Ausführungen in folgenden Punkten zusammen: 1. Die deutschen Unternehmer nehmen nur unter Vorbehalt an der Beratung der Kommission teil. 2. Sie sind aus allgemeinen Gründen, besonders aber wegen der Deutschland obliegenden Reparationszahlungen gegen jede internationale Bindung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau. 3. Eine Verkürzung der Schichtzeit wird wegen der Verteuerung der Kohle, die in Deutschland gewonnen und dringend notwendige allgemeine Preisentlastungen fördern. 4. Die Verkürzung der Schichtzeit muß zu einem verschärften Wettbewerb der deutschen Kohle führen und infolgedessen wirtschaftliche Verhandlungen unter den Wettbewerbsländern erschweren.

In Vertretung des deutschen Regierungsvollziehers gab Ministerialrat Dr. Classen die kurze Erklärung ab, daß der Standpunkt der deutschen Regierung in der Frage der Arbeitszeit sich gegenüber dem Vorjahre nicht geändert habe. Sie nehme den Vorschlag des Arbeitsamtes an. Im Einvernehmen mit der britischen Regierung beantrage die deutsche Regierung die in dem Abkommensentwurf vorgesehene Frist von fünf Jahren, nach der eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit erfolgen soll, um zwei Jahre zu verkürzen.

Genf, 1. Juni.

Die Kohlenkommission der Internationalen Arbeitskonferenz hat heute nachmittag beschlossen, gemäß den Vorschlägen des Internationalen Arbeitsamtes in den Entwurf des Abkommens über die Festsetzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau eine Arbeitszeit von 7 1/2 Stunden für den Bergbau unter Tage aufzunehmen. Die von der Arbeitergruppe beantragte siebenstündige Arbeitszeit wurde abgelehnt, ebenso der Antrag der Unternehmergruppe auf eine achtstündige Arbeitszeit. Der deutsche Regierungsvollzieher hat für die 7 1/2stündige Arbeitszeit gestimmt, den Antrag der Arbeitergruppe, ebenso wie den der Unternehmergruppe abgelehnt. Der englische Regierungsvollzieher hat sich bei dem Antrag der Arbeitergruppe der Stimme enthalten. Abgelehnt wurde auch ein Antrag der Arbeitergruppe auf Festsetzung einer Arbeitszeit von 7 1/4 Stunden. Der Vorschlag des Internationalen Arbeitsamtes auf 7 1/2 Stunden wurde mit den Stimmen der Regierungen und der Arbeiter gegen die Stimmen der Unternehmergruppe angenommen.

Nordwest-Scharfmacher fordern zweite Lohnabbauwelle

Der Kampf gegen die Unabdingbarkeit der Tarifnormen.

SPD Düsseldorf, 1. Juni.

In seinem Bericht für das 26. Geschäftsjahr erklärt der Arbeitgeberverband Nordwest, daß die durch den Schiedsspruch von Dornhausen eingeleitete Lohnsenkungsaktion nicht folgerichtig durchgeführt worden sei. Sie habe ihre Aufgabe nicht erfüllt. Die von den privaten und öffentlichen Binnenmarktgesellschaften nach Dornhausen durchgeführten Lohnsenkungen wären nicht dazu angetan gewesen, die gerade von dieser Seite her zu fordernde Unterstützung der Wirtschaft herbeizuführen. Sie wären vor allem nicht dazu angetan, die Opfer der in den Exportindustrien beschäftigten Arbeitnehmern einigermassen auszugleichen. Die tarifliche Gebundenheit hoher und höchster Löhne richte sich gegen die wahren Interessen der Arbeiterschaft sowohl als Hindernis voller Konjunkturlebens wie als Ursache der Unwirtschaftlichkeit der Betriebe und der Arbeitslosigkeit in Krisenzeiten. Da die erste Senkung der Tariflöhne unzulänglich war, komme es für die Wirtschaft auf

eine zweite allgemeine und schnelle Senkung der Tariflöhne

an. Es sei aber ausichtslos, diese Aufgabe im Wege von Vereinbarungen zu lösen; andererseits bedürfe die Wirtschaft endlich einer Zeit der beruhigten Arbeit. Daher würde es für den Augenblick die glücklichste Lösung sein, sämtliche Tarifverträge von Geheltes wegen einen Lohnpaktum zu geben, dergestalt, daß die einzelnen Betriebe durch Vereinbarung mit ihren Belegschaften die Tariflöhne um einen gewissen Prozentsatz unterbrechen dürfen.

Neuer Konflikt in Nordfrankreich

Schwere Differenzen in der Metallindustrie

SPD Paris, 2. Juni.

In Nordfrankreich droht ein neuer Lohnkonflikt auszubrechen. Der Unternehmerverband der Metallindustrie von Roubaix-Tourcoing hat den sozialistischen Gewerkschaften am Montag mitgeteilt, daß die Löhne demnächst um 4 Prozent gesenkt werden würden. Die Unternehmer begründen ihre Forderung mit der kürzlich von der Interkommission festgestellten Senkung der Lebenshaltungskosten. Die Gewerkschaften, die gegen den neuen Index protestieren, werden bei den Verhandlungen, die in den nächsten Tagen zwischen beiden Parteien stattfinden, sich einer Lohnsenkung energisch widersetzen.

Die Textilunternehmer haben am Montag eine Mitteilung veröffentlicht, in der sie behaupten, daß die belgischen Arbeiter-Gewerkschaften mit der Abschaffung der Anwesenheitsprämie, die den Beiträgen für die Sozialversicherung entspricht, einverstanden sind.

Die christlichen Gewerkschaften haben in mehreren belgischen Grenzorten Versammlungen abgehalten, in denen die Arbeiter aufgefodert worden sind, die Bedingungen der Unternehmer anzunehmen und am nächsten Montag den Streik abzubrechen. Um die Arbeiter beim Ueberschreiten der Grenze vor Gewalttätigkeiten zu schützen, soll die Polizei in den Grenzorten verstärkt werden.

Kündigung des Gehaltstarifs im Berliner Einzelhandel

SPD Berlin, 2. Juni.

Der Unternehmerverband für den Einzelhandel Berlin hat den Gehaltstarif für die Angestellten für den 30. Juni gekündigt. Die Kündigung hat große Erregung in die Angestelltenkreise getragen, da sie nur einen Gehaltsabbau bezwecken kann.

Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs über den Mantelstarif war vom Schlichter verjagt worden. Die Einzelhandelsangestellten müssen also Mantel- und Gehaltstarif neu abschließen.

Versammlungskalender

Dienstag, 2. Juni.
Bund sog. Freidenker, Ortsgr. Engelsdorf, Jugendheim, 20 Uhr.
Mittwoch, 3. Juni.
Bliesenleger, Stadt Merseburg, 17.30 Uhr.

Die Beamtenvertreter beim Reichskanzler

Endgültiges über den Zeitpunkt der Veröffentlichung der Notverordnung noch nicht bekannt.

Berlin, 1. Juni.

Amlich wird mitgeteilt: „Der Reichskanzler empfing im Laufe des heutigen Vormittags in Gegenwart der Reichsminister Dietrich, Wirth, Schögel und von Gustard Vertreter des Deutschen Beamtenbundes, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und des Reichsbundes der höheren Beamten zu einer vertraulichen Aussprache über die Frage der weiteren zwischen 4 bis 8 Prozent gestaffelten Gehaltskürzung der Beamten. Der Reichskanzler legte den Standpunkt der Reichsregierung dar und nahm die Auffassung der Vertreter der Beamten entgegen.“

Am Dienstagmorgen werden die Ministerpräsidenten der Länder in Berlin sein, um auch ihrerseits informiert zu werden. Wann die Notverordnung in der Fertigstellung ihres Wortlautes endgültig abgeschlossen sein wird, kann gegenwärtig noch nicht gesagt werden. Fest steht nur, daß der Reichskanzler zusammen mit dem Reichsaußenminister Mittwochabend Berlin verlassen wird, um sich zum Besuch der englischen Regierung nach Chequers zu begeben. Auch über den Termin der Veröffentlichung der Notverordnung ist Bestimmtes noch nicht bekannt.

Scharfer Protest des D. A. Leipzig des ADB gegen jede weitere Gehaltskürzung

Am 29. Mai 1931 nahm der Ortsausschuß Leipzig des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes folgende Entschlüsse einstimmig an:

Der Ortsausschuß stellt fest, daß der von der Reichsregierung eingeleitete Abbau der Löhne und Gehälter nicht zur Belebung der Wirtschaft geführt hat. Das Gegenteil ist eingetreten. Durch die Verringerung der Massenauftrags ist die Beschäftigungslosigkeit der Industrie und der übrigen Wirtschaftszweige weiter ver-

größert worden. Der Ortsausschuß hält sich daher für verpflichtet, die Reichsregierung auf das eindringlichste vor der Durchführung einer neuen Kürzung der Beamtengehälter zu warnen. Er lehnt ab, einen solchen weiteren Abbau der Beamtengehälter vorzunehmen zu lassen. Gerade die Beamten der unteren und mittleren Gruppen, die heute schon vielfach in Not und Schanden geraten sind, können eine weitere Verschlechterung ihres Lebensstandards nicht ertragen. Diese Beamtengruppen sind nicht in der Lage, einen nochmaligen Gehaltsabzug zu ertragen. Sie haben jetzt schon besonders schwer unter dem völlig ungerechten und unlogischen sechsprozentigen Gehaltsabzug, der gerade die am schlechtesten bezahlten Beamten belastet, zu leiden.

Der Ortsausschuß weist alle Angriffe auf die Beamtenschaft, die jetzt wieder von einem Teile der Öffentlichkeit in völlig verständnisloser Weise erhoben werden und die mehr und mehr zu einer wahren Beamtenechse ausarten, auf das entschiedenste zurück und bedauert, daß die Reichsregierung diesen Treibereien nicht energischer entgegentritt. Die Beamtenschaft gewinnt den Eindruck, daß die maßgebenden Stellen diese mit unsachlichen Mitteln erzeugte öffentliche Stimmung zur Rechtfertigung für eine weitere Herabdrückung der Lebenshaltung der Beamtenschaft benutzt. Die Beamtenschaft, die in den vergangenen Jahren jahrelange Opfer bringen mußte, verwahrt sich ganz entschieden gegen eine solche Behandlung, die nicht geeignet ist, das Vertrauen zwischen ihr und den leitenden Stellen im Staate zu befestigen.

Der Ortsausschuß Leipzig vom ADB betont nochmals die vom ADB und seinen Verbänden stets vertretene Auffassung, daß die Beamtenschaft das größte Interesse an einer geordneten Finanzwirtschaft in den öffentlichen Körperschaften hat. Die Beamtenschaft kann aber erwarten, daß die notwendige Sanierung nicht fortgesetzt wird auf Kosten der Beamten, sondern daß auch dort gespart wird, wo in der heutigen Notzeit Ausgaben unterbleiben können. Die Mittel zur Ueberwindung der gegenwärtigen Krise sind durch gerechte Verteilung unter Heranziehung aller, insbesondere der tragfähigen Schichten, auszubringen.

Der Ortsausschuß Leipzig bringt auch ferner zum Ausdruck, daß der ADB und seine Verbände den Kampf um eine Herabsetzung der überaus langen Dienstjahren und Arbeitszeiten im Reichsbahnbetrieb und an den übrigen Verwaltungen und Betrieben nachdrücklich unterstützen. Bei dem heutigen Stande der Arbeitslosigkeit ist es nicht länger zu verantworten, daß auf der einen Seite ein Teil des Personals übermäßig beansprucht wird, während auf der anderen Seite Kurzarbeit und Festschichten eingeführt werden.

BAUMARKT DER STADT LEIPZIG



OHNE AUFSICHT UND

IM EIGENEN SAFT

werden alle Speisen in der PROTOS-Kleinküche gar. Der eigentümliche Vorzug des elektrischen Kochens, Schmorens, Dünstens usw. ist der, daß keine offene Flamme die Koch-Gefäße berührt. Allseitig von heißer, nach außen abgeschlossener Luft umhüllt, bleibt z. B. der Fisch in der PROTOS-Kleinküche erstaunlich saftig, braucht der Braten und Kuchen nur ganz wenig Fett. • Besuchen Sie unsere Kochvorführungen jeden Dienstagnachmittag 4 Uhr.

SIEMENS-SCHUCKERTWERKE AKTIEGESELLSCHAFT TECHNISCHES BÜRO LEIPZIG, SCHÜTZENSTR. 4



OSWALD WERNER Leipzig C 1, Masowstr. 2 • Telefon 67615 Baumaterialien, Öfen, Herde, Kesselherde

AUGUST LÖHR & CO. GmbH, Leipzig, Bayrische Str. 56, Tel. 32970 Ausführung von Heizungs-Anlagen, Badeanlagen u. Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen f. Partei- u. Genossenschafts-Unternehmen Referenzliste über Verbandshäuser, Gewerkschaftshäuser, Konsumvereine usw.

MAX POHLE Leipzig-Plagwitz, Zschöcherstr. 66-70 Telefon 40115. Seit 1877 Ständiges großer Lager in allen Nutz-, Bau- und Sperrhölzern

WAGNER & CO. Leipzig C 1, Bayrische Str. 58 • Tel. 38003 Spezialwerkstätten für Aufzüge Hebezeuge und Transportanlagen

EMIL GRAICHEN Leipzig, Emilienstraße 38 • Fernruf 18688 Bauschlosserei Eisenkonstruktion

STÄDTLER & KUNATH Leipzig O 28, Eisenbahnstr. 119, Ruf 61424 Elektrische Licht- und Kraftanlagen Ständiges Lager in Beleuchtungskörpern

Asphaltwerke R. Tagmann AG. Leipzig O 30, Tauchaer Str. 45 Telefon 210 37 und 204 85

Straßenbau in Asphalt und Teer Asphaltierungen gewerblicher Räume Höfe, Einfahrten, Gehwege, Kegelbahnen, Holzpflaster, Dachdeckungen Isolierungen

A. Degner, Leipzig, Körnerstr. 41-43 Ruf: 31846 und 36352 Fensterfabrik :: Schaufenster-Anlagen :: Bautischlerei

Bauhütte Leipzig G.m.b.H., Leipzig C 1 Gallertstraße 7 Ruf 28153 u. 28779

Großbau-Unternehmen Abteilungen: Eisenbeton-, Maurer-, Zimmerer-, Maler-, Isolierer-, Fliesen- und Dachdeckerarbeiten

OTTO LEHMANN GLASERMEISTER Werkstätten für moderne Fenster- und Türenfabrikation / Verglasung jeder Art Leipzig W34 / Fernruf 40191 Dieskaustr. 216 / Triftstr. 22 Schiebefenster System „Braun“ D.R.P.a. Alleiniger Hersteller für Leipzig

R. Foerstendorf, Leipzig W31, Jahnstr. 74 Gegründet 1880 • Fernruf 41307 BAUMATERIALIEN

B. Wermann, Leipzig C 1, Alexanderstr. 6 Gegründet 1872 • Fernsprecher 22271 Bauklempnerei u. Wasseranlagen Kupferdächer • Zinkarbeiten • Sanitäre Anlagen Warm- und Kaltwasseranlagen • Gasanlagen

Naturwissenschaft für Arbeiter

Eine geistige Waffe im Klassenkampf

Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß es die vornehmste Aufgabe des Klassenbewußten Arbeiters sein muß, alle seine Kräfte daran zu setzen, seine Stellung und die Stellung seiner Klasse in der Gesellschaft so zu gestalten, wie sie der Bedeutung der Arbeit entspricht.

Die Kulturentwicklung steht in innigstem Zusammenhange mit den Fortschritten der Technik, die unter dem Gedanken der Beherrschung der Natur zusammengefaßt werden. Wenn das auch nicht ganz zutrifft, so ist doch sicherlich die Technik, ja jede Arbeit nur angewandte Naturwissenschaft.

Das erste, was der Arbeiter erkennen muß, ist, daß die Naturbeherrschung ihre Grenzen hat, daß bis jetzt trotz höchstentwickelter Technik die Natur noch den Menschen beherrscht.

So viel steht aber fest, je umfangreicher und je tiefer die Erkenntnis der Umwelt wird — und das ist im weitesten Sinne die Natur —, desto sicherer wird ihre vernunftgemäße Ausnutzung, um so leichter wird die Ausschaltung von Hemmnissen des Fortschrittes.

Die letzten 100 Jahre waren dem immer tiefer führenden naturwissenschaftlichen Experiment gewidmet, dessen Erfolge in einer ungeheuren Bereicherung der menschlichen Lebensbedingungen gipfelten. War das Werkzeug in der Hand des Menschen von jeher eine bedeutungsvolle Erzeugnis, so wurde seine zielbewusste Verwendung noch wichtiger.

Organe und Leistungen, die nicht geübt werden, verkümmern. Dazu gehören in erster Linie Denkleistungen, die nötig sind, um sich das Verständnis des Lebens zu erwerben. Wo ihnen kein Raum gestattet ist, zieht Verumpfung und Verdummung ein.

Aber nur der Besitz der geistigen Waffen, die der Unterdrückte besitzt, sichert den Erfolg im Kampfe um die Befreiung von seinem Druß.

In erster Linie notwendig ist die Erkenntnis der Bewegungsgesetze der Gesellschaft als Grundlage politischen Handelns. Für weitere Geistesarbeit mangelt es leider noch an Zeit. Aber zum Verständnis des inneren Wesens der Gesellschaft ist die Erkenntnis ihrer Naturgesetzmäßigkeit unerlässlich.

big, denn die Zeit zur geistigen Arbeit fehlt, aber die Massen drängen nach diesem Ziele, dem auch die Bewegung der Freidenker gewidmet sein soll. Die negative Seite ist das Widerstreben gegen dogmatische Bevormundung mit hochtrabenden Redensarten, die positive Seite wird erst mit einer gut begründeten geistigen Schulung zur Kritik und Selbstkritik errungen.

heit des Menschen mit ihr wiederzugewinnen, das unser Kulturleben zu zerstören im Begriff ist. Zuerst ist der Mensch ein Stück Natur und als solches ein Glied der Gesellschaft.

Wenn der Mensch seine Zugehörigkeit zum Ganzen der Natur erfaßt hat, wird es ihm ein Leichtes sein, sich so einzuordnen, daß für ihn aus der naturgebotenen Gemeinamkeitsarbeit der größte Nutzen entspringt. Das Gesellschaftswesen Mensch ist ja nur durch die Organisation seiner Arbeit in der Gemeinamkeit zu der heute erreichten Höhe der Zivilisation gelangt.

Die Arbeiterschaft wird in ihrem Kampfe die Erkenntnisse aus der Naturwissenschaft nicht entbehren können. Dr. O. Popik.

C. P. Hiesgen: Die jungen Vögel schreien!

Juni — die jungen Vögel schreien! Aus Bäumen und aus Büschen klingt und klirpert es, als wären all die grünerbüchigen Vogelnester „Klingelbeutel“ voll lebendiger Gold- und Silberstücke.

Die Sonne prägt und jesselt in Linden und Buchen Millionen Herzen und Ovale. Sie bügelt wie ein helles Eisen alle Morgen jedes Blatt. Sie hängt die wunderbarsten Valenciener Spigen über den Kastanienbaum.

Die öffentlichen Gärten sind die Zuchtstätten aller, die nach einem Stück von Paradies schmachten. Mütter mit ihren Kindern sitzen hier und alte Invaliden und junge Arbeitslose. Hier braucht du keine Silbermappe, willst du von Räte Kolowich Bilder sehen.

Vor mir im Rasen jappelt ein bronzefarbener Käfer mit halben Beinen und zerbrochenen Flügeln. Ein junger Star hat ihn aus seinem Schnabel fallen lassen und schon ist auch die Starenmutter hinterher, schlägt zwei, dreimal dem Käfer auf den Kopf, greift ihn und über mir fliehe ich das Kerbtier in einem großen, gelben Schnabel, der sich aus einem Astloch recht, verschwinden.

Die Jungen schreien lauter, wenn die Sonne steigt. Sie schreien, daß es aus den Gärten auf die Straßen bringt, die sich wie feinerne Kanäle um die Gärten ziehen. Die Fronten der sich gegenüberstehenden Hotels und Warenhäuser sind wie steile, schroffe Uferwände, um die eine Brandung der Asphaltkanäle tobt.

Im Licht und Schatten grüner Kuppeln sitzt ein arbeitsloser Zimmermann, der mit mir stempeln geht. Er sieht nicht auf aus seiner englischen Grammatik. Ein arbeitsloser Zimmermann baut sich ein Sprungbrett nach Amerika.

Gestern warf jemand zur Mittagszeit eine ganze Butterdoppelpfunde von circa 15 Zentimeter Durchmesser und je vier Zentimeter Höhe auf den Rasen. Sogleich entpann sich ein würender Kampf um die Stulle. Das köstliche Brot rollte im Gras hin und her. Wie kleine Teufel schlugen sich die Spahen für „Nest und Junge“ um das Brot, das mit seiner blanken, gelben Kruste wie eine kostbare Krone im Gras fullerte.

und je zahlreicher sich die Spahen heranwagten, um so dichter hagelten die Schläge.

Dem Schauspiel sahen mit mir eine Anzahl Müßiggänger zu. „Das muß wohl ein sehr nützlicher Vogel sein?“ fragte eine freudige Stimme neben mir und ein Lorgnon ging auf und nieder. — Mitten im Würgen und Schluden haute der Star mit seinem Butterbestäubten Schnabel dazwischen. — Mein Freund, der arbeitslose Zimmermann, sah einen Augenblick dem Kampf des Stärkeren gegen die viel zu schwachen Spahen zu und sprang gegen das Verbot über den gepflügten Rasen. Er griff das Brot, zerbröckelte es in seinen Fäusten und streute die Krumen hin, wie einer, der voll glücklichen Vertrauens viel gute Saat, auf seine Erde streut.

Heute sitzt der arbeitslose Zimmermann wieder neben mir. Er könnte, nach dem Gesicht zu urteilen, Lindberghs Bruder sein! — Er will zum Unterschied von jenem jungen Lindbergh über ein Meer von Ufend sehen, daß mindestens so stürmisch und tragisch ist wie jeder Ozean!

Das Schwabenvolk, das eben noch wie Pfeile nach der Sonne schob, schritt plötzlich nahe schreiend über unsere Köpfe weg, als wären eine Notbremse gezogen oder als wollten eiserne Luftdruckbremsen ein nahendes Unglück verhüten. — Ein Sperber fällt wie ein Stein in einen Taubenschwarm, stößt nach und trägt sein Opfer auf ein Kirchenkreuz. Dort oben auf den Zinken zerfleischt der Sperber seine Taube schnabelrecht für seine Brut, die irgendwo aus einer Lute hungrig schreit.

Ein Mädchen hat sich uns gegenüber hingelegt. Es breitet eine Silderet auf seinem Schoße aus und frist. Ich sehe in der Mädchenhand den roten Faden, der tief hinein zum heißen Herzen ruft. Ich sehe Stuch um Stuch das Leben, das aus seinen Augen ruft. Sie glättet bei der Arbeit immer wieder das Rosentissen auf dem Schoß.

Ich sehe all die Rosentissen in den Mütterhöfen und sehe all die roten Fäden, die in Mutterhänden nie zu Ende gehen.

Die jungen Vögel schreien lauter als zuvor. Von allen Türmen schreit und hämmert die Zeit. Ich sehe, wie die Feiger sich zur Mittagszeit beschwören wie zwei Fäuste in die Sonne heben! — Dann steigt und schwillt die Brandung in den steinernen Kanälen brausend und wirbelnd hoch. Lauter als junge Vögel schreien Zeitungsjungen und eiliger als aller Vögel Flügelschlag rattern Motore ihr heißhungrig Lied.

Ich sehe nur die Häuserfronten, die wie steile, schroffe Felsen stehen, fühle mich mit Millionen anderen arbeitslos daran geteilt und höre junge Vögel nach mir schreien!

Gute Filme

Im höchsten Maße sehenswert ist in den U.-L.-Lichtspielen in der Dainstraße der Aufführungsfilm „Gefahren der Liebe“. Es ist wohl schwer, die sachliche Aufklärung mit einer Spielhandlung zu verknüpfen, und darum hat dieser Film hier wie mancher andere seiner Art auch eine ziemlich große Scheidung in Belehrung und Theater. Immerhin nimmt die Belehrung mindestens zwei Drittel des Filmes ein.

nichts geschadet, wenn man die Handlung in ein Milieu verlegt hätte, das die sozialen Ursachen, die für Entstehung und Verbreitung der Geschlechtskrankheiten maßgebend sind, deutlicher zeigte.

Im Königsapavillon steht man den neuen Expeditionsfilm „Mit Büchse und Lasso durch Afrika“. Zum größten Teil eine gute Arbeit von Lutz Heck, dem Direktor vom Berliner Zoo, zum anderen Teil ein Jagdfilm aus dem Nachlaß des in Afrika verstorbenen Kameramannes Gustaf Eckert. Nashörner, Giraffen, Strauße, Affen, Antilopen, Zebras, Herden und Herden von allen Größen. Von Menschen sieht man die schöngezeichneten Massais und die zwerghaften Pygmäen. Verraten auch die meisten der Bilder die sorglich ordnende Hand des Kameramannes und ermangeln also häufig des Reizes unberührter Wildheit, so hat man doch einen annehmbaren Tierfilm vor sich, den zu sehen sich verlohnt.

Große Erfolge des Gewandhaus-Orchesters in Paris. Das zweite Pariser Konzert des Leipziger Gewandhaus-Orchesters unter der Leitung Bruno Walters ist zu einem Triumph für die deutsche Musik geworden. Bruno Walter war gezwungen, nach zahllosen Herdorren mit einer kurzen Unprache seinen und seiner Musiker Dank auszusprechen und zwei Märche von Berlioz zuzugeben, die wiederum hellen Jubel erweckten. Das Licht im Saale mußte ausgedreht werden, um das Publikum zur Ruhe zu bringen.

Altes Theater. Lizzo Waldmüller ist von den Wiener Reinhardt-Bühnen für die Leipziger Aufführungen „Victoria und ihr Husar“ (vom 19. Juni an) beurlaubt worden.

Der Weg zum Glück. Wir lesen in der „Vossischen Zeitung“: In einer Verkaufsstelle der Sächsischen Landeslotterie hing am Eingang ein Schild mit einem Bild, der nach der Tür zeigte. Auf der Tafel stand: „Der Weg zum Glück.“ Darunter war noch ein zweites Schild angebracht worden: „Vorwärts, gebodnet!“